Roland Schatz (Hrsg.)

AM ENDE SIEGT FREIHEIT

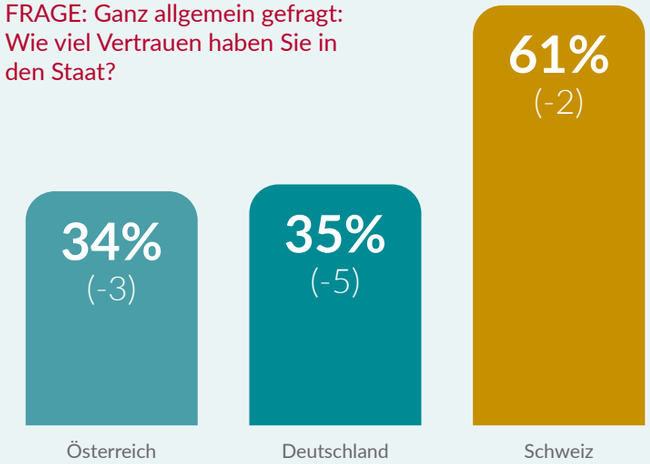
Freiheitsindex Deutschland 2024

Mit Beiträgen von Thomas Brockmeier, Dan Cassino, Otfried Höffe, Greta Klotzki, Peter Klotzki, Carsten Knop, Kai Konrad, Luisa Neuberger, Günter Nooke, Natalia Parlov, Thomas Petersen, Amélie Petschner, Nika Ristić, Annabelle Schatz, Michelle Schatz, Ralph Erich Schmidt, Ishan Pratap Singh, Evan Wright

NUR EIN DRITTEL DER DEUTSCHEN VERTRAUT DEM STAAT

Österreich zeigt ähnliches Bild – Schweiz schneidet deutlich besser ab

FRAGE: Ganz allgemein gefragt: Wie viel Vertrauen haben Sie in den Staat?



BASIS: Alle Befragten – DE (n = 8.034); AT (n = 1.003); CH (n = 1.001); Top2 (sehr) großes Vertrauen; Abweichungen zum Vorjahr in Prozentpunkten

QUELLE: Initiative D21 und Technische Universität München (Befragung 2023, durchgeführt von KANTAR)

«Freiheit besteht darin, dass jeder das tut, was er am besten kann.»

Platon, „Politeia“

Roland Schatz
EINFÜHRUNG: HEUTE IST MORGEN SCHON GESTERN 7

TEIL 1
DIE DATEN: TRENDWENDE GELUNGEN 15

Roland Schatz
AUFMERKSAMKEIT IST DIE WÄHRUNG DER FREIHEIT 17

Thomas Petersen
DAS VERTRAUEN IN DIE MEDIEN 33

Thomas Petersen, Ralph Erich Schmidt
DER FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2024 43

Dan Cassino, Thomas Petersen, Roland Schatz
VOM SELBST-BEWUSSTSEIN IST WENIG GEBLIEBEN
Vergleichsanalyse Freiheitsindex Deutschland und USA 59

TEIL 2
WIE UNFREIHEIT WIRKT 69

Carsten Knop
WO DIE DEMOKRATIEGESCHICHTE EINE RENAISSANCE ERLEBT 71

Günter Nooke
WIE ANDERS IST DER OSTEN WIRKLICH? 77

Thomas Brockmeier
FREIHEIT VERZWEIFELT GESUCHT – UNTERNEHMERTUM BRAUCHT LUFT ZUM ATMEN! 85

Greta Klotzki
DAS SCHWEIGEN DER MEHRHEIT 101

Luisa Neuberger, Evan Wright
WIR KÖNNEN NUR SO DENKEN, WIE WIR ES GELERNT HABEN 107

TEIL 3
WAS GETAN WERDEN KANN 115

Kai A. Konrad
MEHR FREIHEIT – ODER MEHR FÜRSORGE? 117

Otfried Höffe
WAS DEMOKRATIEN IN KRISEN ZUSAMMENHÄLT 123

Peter Klotzki
FREI UND BERUFEN 129

Amelie Petschner
WIR, DIE JUGEND
Ein Medienprojekt für freies Denken in der Politik 135

Annabelle und Michelle Schatz
WAS IST FREIHEIT BZW. SIND WIR FREI? 141

Ishan Pratap Singh
ZUSAMMENARBEIT17
VON ICH GEGEN DICH ZUM DU UND ICH VERSUS DAS PROBLEM 147

Nika Ristić, Natalia Parlov
DAS SDG ERASMUS CAFÉ: EIN WEG ZUR FREIHEIT DURCH BILDUNG UND ZUSAMMENARBEIT 155

LITERATUR 160

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN 162

«Freiheit ist die Fähigkeit, nach einem selbstgesetzten Gesetz zu handeln.»

Aristoteles, „Politik“

Roland Schatz

HEUTE IST MORGEN SCHON GESTERN

Das Rainer Papenfuß zugeschriebene Wortspiel bietet neben der Substanz auch Perspektive: Zukunft kann ohne ein aktives Verständnis der Herkunft kaum in der gewünschten Art gelingen. Das ist allen Freiheitsbewussten Auftrag und Verantwortung zugleich.

Heute vor 35 Jahren endete für mehr als 1000 DDR-Bürger in der bundesdeutschen Botschaft in Prag das monatelange Warten: Mit den befreienden Worten von Hans-Dietrich Genscher brachen sich alle Hoffnungen Bahn. Nicht allein in Prag. Das ZDF erinnerte an den bewegenden Moment nicht nur mit den bekannten Bildern, sondern zeigte am Beispiel von Peter Christian Bürger auch allen, die damals noch nicht auf der Welt waren (ebenso wie jenen, denen die Erinnerungen zwischen entglitten waren), in prägnanter Weise, dass die Kraft des Augenblicks dreieinhalb Jahrzehnte später sofort wieder ihre Wirkung entfaltet. Heute wie gestern und morgen ist jede Form der Unterdrückung auf Dauer keine Option. Die Studenten in Bangladesch haben dies erst wieder allen vor Augen geführt.

Heute vor 34 Jahren gaben die Deutschen den Meinungsforschern vom Institut für Allensbach zu Protokoll, dass 78 Prozent von ihnen sich in ihrem Land ohne Mauer frei fühlen, ihre Gedanken und Meinungen zu äußern. Nur 16 Prozent sagten, auch weiterhin lieber vorsichtig sein zu wollen. Ob dies an den noch mehr oder weniger offenen Wunden aus der SED-Zeit lag oder den Erfahrungen im Westen, Norden oder Süden, kann nicht mehr erforscht werden. Natürlich wird eine Gesellschaft nie den Zustand erreichen können, in dem 100 Prozent ihrer Mitglieder sich so gleichmaßen selbstbewusst wie auch bewahrt fühlen, dass sie ihr Wertvollstes (eigene Gefühle und Überzeugungen) gerne mit anderen teilen. Aber das Verhältnis des Lagers „Zuversicht“ zum Lager „Vorsicht“ mit 78 zu 16 bestätigt zu bekommen, dürfte allen, die für dieses Lebensgefühl Verantwortung tragen, die Genugtuung bieten, dass sie gemeinsam auf einem richtigen Weg sind. Es gibt Länder, in denen dies gelingt – ein Blick auf das jährlich erfragte Zufriedenheitsgefühl nach Nationen lässt einen neugierig werden, warum dort insbesondere die nordischen Staaten bestpositioniert sind. Leider ist diese Neugierde in den deutschen Leitmedien nicht besonders ausgeprägt, denn Berichte über die begeisternde Entwicklung der letzten 40 Jahre in Finnland sind dort kaum zu finden.

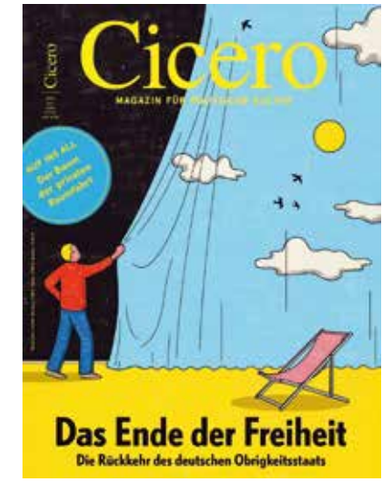
Heute vor drei Jahren wurde der Freiheitsindex für Deutschland, den Dr. Ulrike Ackermann vom Mill-Institut gemeinsam mit Dr. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie 2011 konzipiert hatten, wieder – mit neuen Leben versehen – publiziert. Da waren die Werte deutlich unter die Ergebnisse des Jahres 2011 gefallen und meilenweit vom gesunden Bewusstsein des Jahres 1990 entfernt: Gleich einem Röntgenbild wurde

sichtbar, dass mehr als die Hälfte der Nation sich ihrer Herkunft nicht mehr sicher ist: Martin Luther, Immanuel Kant, die Humboldts, Dietrich Bonhoeffer, Kurt Masur. Nicht nur die Erinnerung scheint verblichen. Den Leuchttürmen schien im Dunst gewaltiger Nebelbänke die Wirkung genommen.

Die für die kollektive Wahrnehmung Verantwortlichen in Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft schienen zu beschäftigt, diesen mehr als nur emotionalen Offenbarungseid zur Kenntnis zu nehmen. Ganz zu schweigen davon, Fragen nach dem Ursprung zu stellen. Oder gar ins Handeln zu kommen, um schon Gelungenes wieder zu ermöglichen.

Entsprechend fielen die Werte des Freiheitsindex vor einem Jahr noch weiter: Erstmals war im vierten Quartal 2023 das Lager „Vorsicht“ größer als das Lager „Zuversicht“. Der STERN erkannte als einer der ersten, dass diese Zahlen mehr als Nummern waren. Sondern ein Befund, der nicht als Schicksal achselzuckend hingenommen werden durfte.

Das HANDELSBLATT, die ZEIT, NZZ, CICERO, RTL und andere folgten dem Beispiel. Das Pen-Zentrum veranstaltete im Sommer 2024 allein 38 öffentliche Diskussionsrunden, um vor allem den Menschen in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen eine Stimme und vielfältige Plattform zu bieten, und griff damit weitere Formate wie „Deutschland spricht“ von der ARD, der FAZ, des SPIEGEL oder der ZEIT auf. Das Aufbäumen der ersten bleibt nicht ohne Wirkung – die Trendwende ist an aktuellen Werten des Freiheitsindex 2024 abzulesen: Erstmals stellen sich mit 47 Prozent der Befragten wieder mehr in das Lager „Zuversicht“ als die 41 Prozent, die sich noch immer eher im Lager „Vorsicht“ verorten.



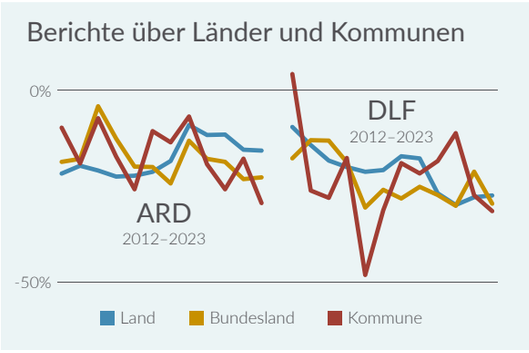
Woher die Sorge? Die Feiern zum Jubiläum „75 Jahre Verfassung“ hatten doch noch einmal in Erinnerung gerufen, dass auf dem Papier alles gut sei. Niemand hatte den Bundesbürgern ihre Pässe entzogen, das Grundgesetz sicherte unverändert das Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Berufswahl etc. Das Videoformat der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 20.1.24[1] gibt im Kleinen ein beredtes Beispiel, warum im Großen Deutschland im Jahr 2024 noch weit davon entfernt ist,

das Empfinden von 1990 zu erreichen: Damals hatten Beispiele wie die „Runden Tische“ den Menschen das Gefühl vermittelt, dass ihre Ansichten Gehör finden können. Alle hatten den Eindruck, in der einen oder anderen Form „repräsentiert“ zu sein: durch Fragen in Interviews live in den Nachrichtenformaten ihrer Wahl das eigene (Nach)Denken zumindest gelegentlich aufgegriffen zu finden.

Bei der NOZ offenbart der Vorsitzende der ARD-Intendanten, Kai Gniffke, 45 Minuten lang, was aus dem Zuhören und Repräsentieren geworden ist: eine Verächtlichmachung aller, die sich eher dem Lager „Vorsicht“ zurechnen. Seine Kollegin Ulrike Demmer, mittlerweile Intendantin beim RBB, war mit ähnlicher Geisteshaltung sechs Monate zuvor im Ruhrgebiet aufgefallen, als sie versuchte, eine Veranstaltung mit dem damaligen Richter am Bundesverfassungsgericht, Peter Müller, und dem Kabarettisten Dieter Nuhr in einer Art und Weise zu „moderieren“, dass sie – wie Gniffke – der Hälfte ihres Publikums das Gefühl vermittelte, es sei nicht im Stande, die Wahrheit (nämlich Demmers Sicht der Dinge) zu erkennen.

Aus diesem Grund wurde beim diesjährigen Freiheitsindex der Frage nachgegangen: Wie und wo fühlen sich die Menschen mit ihren Meinungen noch repräsentiert? Die Lektüre der erschütternden Resultate sei insbesondere den Richtern an Verwaltungsgerichten empfohlen, die über Recht oder Unrecht derer entscheiden, die die Gebührenzahlung für ARD, DLR und ZDF verweigern. Die Werte schließen nahtlos an den Befund des Reuters-Instituts in Oxford an, das seit Jahren erhebt, wer warum die öffentlich-rechtlichen Sender (nicht mehr) konsumiert: Im Sommer 2024 gaben allein 40 Prozent in Deutschland an, nicht länger ARD und ZDF zu verfolgen, weil die Inhalte dort „zu negativ“ seien.[2]

Um zu veranschaulichen, was die Menschen zu dieser Einschätzung bewog, seien hier drei Beispiele aus der kontinuierlichen Medien-Inhaltsanalyse wieder in Erinnerung gerufen. Das erste Beispiel bietet einen Eindruck, wie die Volksvertreter – egal auf welcher Ebene (in der Kommunal, Landes- oder Bundespolitik) sie ihrer Berufung nachkommen – sich Tag für Tag in den Hauptnachrichten von ARD und DLR dargestellt und bewertet finden: Die Linien liegen alle unterhalb der Neutralitäts-Null-Marke – das bedeutet: Egal, welcher Partei die Politiker hier in den zwischen

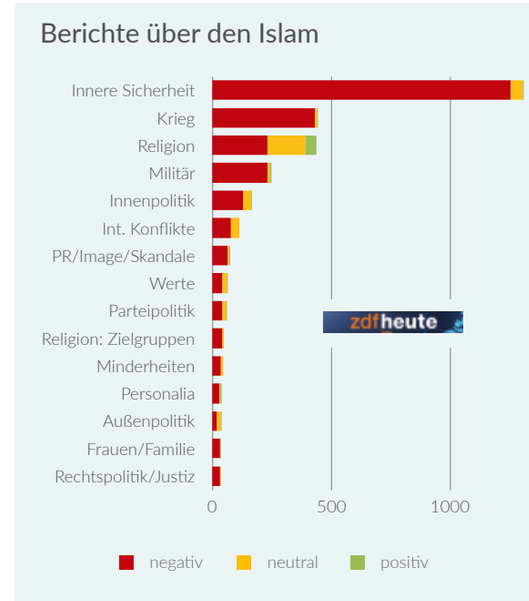


2012 und 2023 gezeigten 802.017 Beiträgen angehörten, für die Verantwortlichen der öffentlich-rechtlichen Sender war alles im Saldo schlecht. Wird dies den Realitäten zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen auch nur im Ansatz gerecht?

Das zweite Beispiel zeigt, wie deutsche Medien über drei Jahre das Agieren von Unternehmen in der Welt wiedergaben – während ihre Kollegen in den USA von Wallstreet-Journal bis zu den dortigen Abendnachrichten aus den gleichen Geschäftsberichten der Firmen zu ganz anderen Schlussfolgerungen kamen.

Und mit dem letzten Beispiel, der Darstellung des Islam in den ZDF-Heute-Nachrichten um 19 Uhr, könnte ein Gespräch darüber begonnen werden, warum Muslime in Deutschland sich immer weniger repräsentiert fühlen und warum angesichts dieser Stereotypisierung die Integration von Migranten immer schwerer fällt.

Die Daten liegen als ARD-DLR-ZDF Gremientischvorlagen den entsprechenden Aufsichtsorganen seit Langem vor. Wie Röntgenbilder illustrieren sie, was im Land der repräsentativen Demokratie zum Gefühl der freien Meinungsäußerung beiträgt – und was eben nicht. Da nutzt es wenig, wenn die derzeitige Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Manuela Schwesig, zu Festtagen das hohe Lied der Freiheit anstimmt, aber im Alltag wenig dazu beiträgt, bei den offensichtlichen Fehlentwicklungen die möglichen Veränderungen einzuleiten: Die Verantwortung für Leistung bzw. Nichtleistung der öffentlich-rechtlichen Sender liegt in der Zuständigkeit der Länder. Vor die Diskussion über die Höhen der Zwangsgebühren hat der Gesetzgeber die Transparenzpflicht



gestellt. Mit anderen Worten: eine saubere, wissenschaftlich solide Bilanz dessen, was und wie ausgestrahlt wurde und was nicht – und wie das Ausgestrahlte wirkt. Diese Bilanzen fehlen. Seit Jahrzehnten.

Die Verantwortlichen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wissen das, spätestens seit 1999 ihr Kollege und Vizepräsident des Hauses, Prof. Ernst Gottfried Mahrenholz, dies in Form einer Sammelpetition dem Bundestag zu Protokoll gab.[3] Die Ministerpräsidentenkonferenz weiß es ebenfalls. Und wenn ein gutes Rechtsprinzip lautet: „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht" – was ist dann mit den Wissenden?

Als heute vor 35 Jahren die Menschen in Leipzig, Halle oder Dresden wieder an einem Montag klar und deutlich zum Ausdruck brachten, was es bedeutet, wenn Verantwortliche glauben, Grundrechte ignorieren zu können, hatte niemand von ihnen die Ereignisse vom 9. November ahnen können. Heute ist Morgen schon Gestern. Am Ende siegt Freiheit.

Damit die Zahlen des Freiheitsindex nachempfunden werden können, werden in diesem Buch nicht nur die Daten der Medienanalyse und der Meinungsumfragen vorgestellt und interpretiert. Erstmals sind Repräsentanten aller Generationen und vieler Lebenswirklichkeiten eingeladen, ihre Erfahrungen und Hoffnungen zu teilen. Besondere Freude und Dankbarkeit empfinde ich, dass mit Otfried Höffe mein damaliger Professor auch im Heute noch zur Feder gegriffen hat: Er öffnete mir im Gestern des Jahres 1985 die Türen zum Fundament der Freiheit. 1989 sagte er spontan zu, als wir im Bärenzwinger in Dresden unsere Veranstaltungsreihe „Chancen 90" begannen. Und heute teilt er mit unverändertem Tatendrang dieses Wissen mit Studenten in China. Und wer die Beträge insbesondere der Schüler und Studenten in diesem Band liest, blickt guten Mutes auf das Morgen.

Roland Schatz, Zürich, 30.9.2024

[1] Auf https://playout.3qsdn.com/embed/5c2b2819-fe75-426a-b6ab-f0e692cf-8cfe ist die Sendung frei zugänglich.

[2] https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/digital-news-report/2024

[3] Ernst Gottfried Mahrenholz in „Grundversorgung – Pflichten und Rechte", 1999

TEIL 1

DIE DATEN: TRENDWENDE GELUNGEN

«Ein Christenmensch ist ein freier Herr aller Dinge und niemandem untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.»

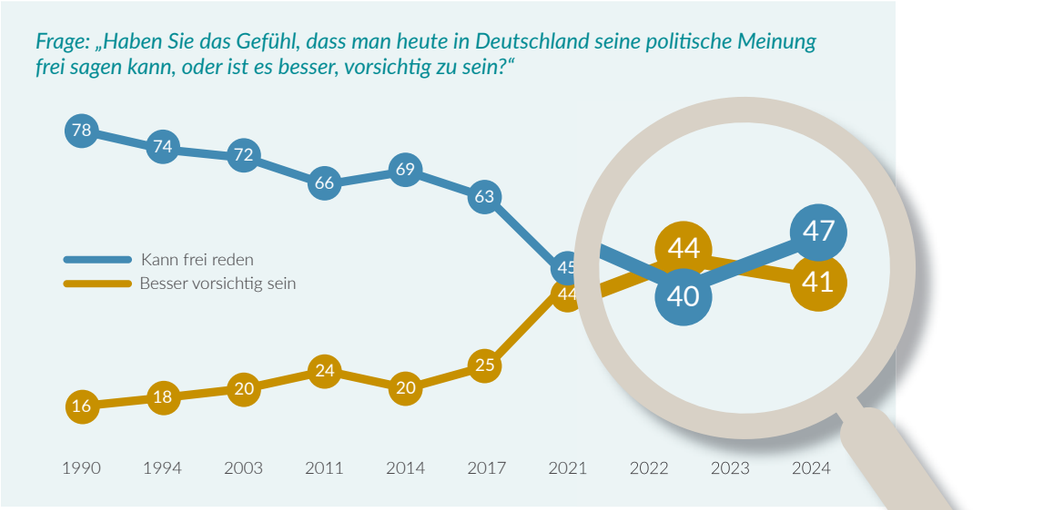
Martin Luther, „Von der Freiheit eines Christenmenschen“

Roland Schatz

AUFMERKSAMKEIT IST DIE WÄHRUNG DER FREIHEIT

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl trauen sich mit 47 Prozent wieder mehr Menschen in Deutschland, ihrer Meinung frei Ausdruck zu verleihen, als im Jahr zuvor (40 Prozent). Dennoch sind wir weit von den Befunden aus dem Jahr 1990 entfernt. Mit dem Fall der Mauer hatten die Deutschen erlebt, dass ihnen gemeinsam etwas gelingen kann, was alle für unmöglich hielten: die Teilung im eigenen Land zu überwinden. Entsprechend waren damals 78 Prozent der Bürger davon überzeugt, ihre Ideen, Gedanken und Meinungen frei zu äußern. Nur 16 Prozent sahen sich noch immer im Lager derjenigen, die mit all den Erfahrungen unter dem SED-Regime, aber auch manchen Situationen in West-Deutschland, sich lieber dafür entschieden, eher vorsichtig zu sein mit dem, was man in der Öffentlichkeit von sich gibt. Jetzt, im September 2024, ist zumindest eine Trendwende zu beobachten:

Grafik 1: Freie Meinungsäußerung – Talsohle durchschritten?
(Zustimmung in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)

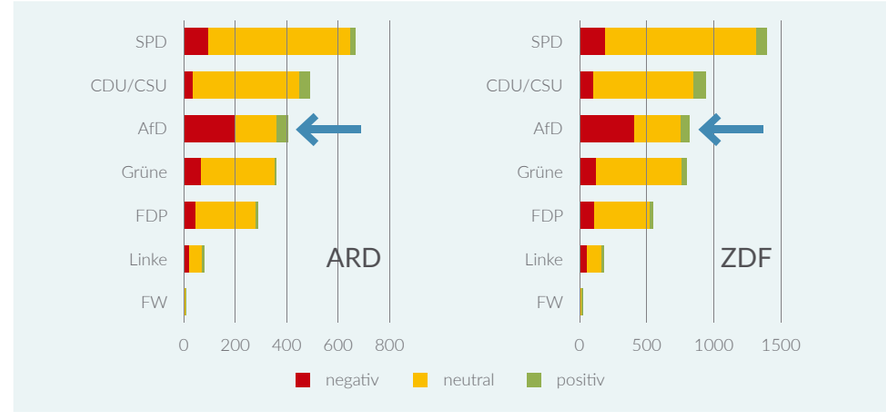


Da dem Freiheitsindex seit seinem Start vor 15 Jahren durch Ulrike Ackermann vom Mill-Institut und dem Institut für Demoskopie in Allensbach nicht allein die Meinungs-Umfragen ausreichten, sondern immer auch die Frage beantwortet wurde, welche Einflussfaktoren für die Verschlechterungen (Verbesserungen waren seit 1990 in den Umfragen nicht

AUFMERKSAMKEIT IST DIE WÄHRUNG DER FREIHEIT

zu erkennen) geltend gemacht werden könnten, war im Verlauf von 2024 zu erwarten, dass das Lager „Vorsicht“ nicht länger vorn sein würde: Immer häufiger waren Positionen in den deutschen Leitmedien sichtbar geworden, die in den Vorjahren eher ein Mauerblümchendasein fristeten: Das Aufbegehren gegen das Gendern wurde mittlerweile breit vertreten und führte im ersten Bundesland (Hessen) zur einer manifesten Trendwende (ausführlichere Daten im weiteren Verlauf des Kapitels), zu den Kriegen in der Ukraine und im nahen Osten wurde eine breitere Vielfalt an Argumenten deutlich. Und nicht zuletzt genossen die Vertreter von AfD und BSW im Jahr 2024 auch zur Prime-Time insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen TV- und Radiosendern eine Sichtbarkeit, die ihnen nicht nur in den drei Landtagswahlen zu beachtlichem Erfolg verhalf, sondern vor allem die Behauptungen ihrer Protagonisten widerlegten, sie würden vom „Mainstream“ unterdrückt:

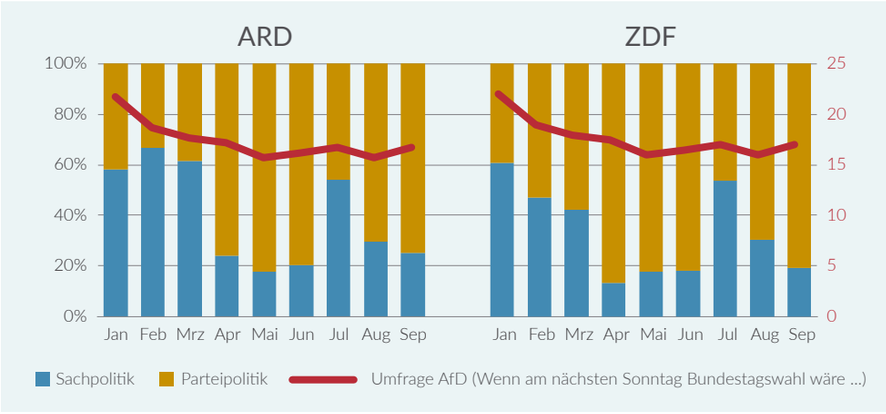
Grafik 2: AfD kommt bei ARD und ZDF auf den 3. Platz
(Stellenwert der Parteien: Anzahl der Berichte, Jan. bis Aug. 2024)



Insbesondere das TV-Duell im Frühjahr 2024 zwischen Björn Höcke und Mario Vogt auf WELT TV hatte dazu einen herausragenden Beitrag geleistet. Schon Wochen zuvor wurden im Vorfeld sowie im Nachgang der Ausstrahlung viele Aspekte diskutiert – vor allem aber, inwieweit eine solche Sendung zum weiteren Aufstieg der AfD beitragen würde oder eben nicht. Die Langfrist-Trends der Medien-Inhalts-Analysen ebenso wie die Meinungsumfragen hatten schon früh Indikatoren geliefert: Die Beschäftigung mit ihren Sachvorschlägen bietet vor allem extremen Parteien wenig

Unterstützung. Ganz im Gegenteil: Schon in den 90er Jahren war im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die SED-Nachfolgepartei, die zunächst als PDS und nun als LINKE um Wählerstimmen wirbt, deutlich geworden: Eine Zunahme in den Umfragen und in der Folge bei den Wahlen war vorwiegend dann zu beobachten, wenn sich die Leitmedien auf die jeweiligen Umfrageergebnisse der Partei konzentrierten, jedoch wenig Sichtbarkeit auf die inhaltlichen Positionen lenkten. Sobald über konkrete Vorschläge zu Wirtschaft, Außenpolitik, Bildung etc. informiert wurde, kehrte schnell Ernüchterung bei den (potenziellen) Wählern ein. Genauso wiederholte es sich im Frühjahr 2024, als insbesondere ARD, DLR und ZDF im Zusammenhang mit der AfD ihre Schwerpunkte ab Januar verschoben und begannen, die AfD-Spitze mit den Ereignissen in Potsdam, ihren Beziehungen zu Russland und Peking zu konfrontieren: Von Januar bis April fielen in der Folge die Umfragewerte.

Grafik 3: Fokus auf Sachpolitik lässt AfD von 22 auf 16 Prozent fallen
(Berichterstattung über die AfD und AfD-Politiker: Sachpolitikanteil, Jan. bis Sep. 2024)



Mit dieser redaktionellen Konsequenz war dann aber sowohl bei ARD und ZDF mit den Europawahlen im Mai Schluss. Stattdessen strahlten die Öffentlich-Rechtlichen kontrafaktisch bevorzugt Landkarten aus, die den Osten als BLAU darstellten – obwohl die am gleichen Tag in Thüringen stattfindende Kommunalwahl keinen einzigen Sieg der AfD in einem der Wahlbezirke hervorbrachte. Was diesen redaktionellen Umschwung bei ARD und ZDF auslöste, sollten deren Aufsichtsgremien transparent und aktiv kommunizieren.

AUFMERKSAMKEIT IST DIE WÄHRUNG DER FREIHEIT

Unabhängig von den Gremien aber wurde erstmals der Rechtsstaat im Geist der Informationspflicht aktiv: Seit dem 23.5.24 haben die Gebührenzahler im 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig eine relevante Instanz in Deutschland, die ihren Sorgen rechtlich bindende Aufmerksamkeit schenkt. Bislang hatten die deutschen Gerichte die eigenen Landsleute in seltener Ignoranz vereint zur weiteren Zahlung für Nicht-Leistungen verurteilt. Und das, obwohl nahezu alle wissenschaftlichen Daten die Sorgen der Bürger bestätigten, die keine der vier Funktionsaufträge (Vielfalt, Integration, Konvergenz, Vorbild) durch ARD, DLR und ZDF erbracht sahen – inklusive des damaligen Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz. Er war schon 1998 im Anschluss an eine Studie der Bertelsmann-Stiftung als Mit-Initiator der Sammelpetition für mehr Transparenz in Sachen Leistungserbringung aktiv geworden. Verwaltungsgericht um Verwaltungsgericht hielten es aber nicht für notwendig, sich mit den Argumenten ihres Karlsruher Kollegen zu beschäftigen, der zuvor für den NDR und dann als Chef der Staatskanzlei Niedersachsen nahezu allen Institutionen gedient hatte und nun den idealen Kronzeugen bot.[1] Bei einer kumulierten Schadenssumme (bis zu 10 Milliarden Euro werden von den Gebührenzahlern jährlich an ARD, DLR sowie ZDF entrichtet, ohne dass diese dafür einen wissenschaftlich validen Leistungsnachweis erbringen) allein der letzten 30 Jahre wäre dies im Klagefall der höchste je an deutschen Gerichten verhandelte Betrag. Deutlich höher als bei Wirecard, die derzeit ebenfalls wegen nicht valider Bilanzen vor Gericht stehen.

Doch erst am 23.5.24 erhörte der 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts den Einwand einer Gebührenzahlerin, die sich mit dem Urteil der Oberverwaltungsgerichts München nicht einverstanden zeigte und Rekurs in Leipzig einlegte. Weil allen Menschen in Deutschland ihr Recht auf Information nicht genommen werden kann, stellten sich die Bundesrichter auf die Seite des Publikums und forderten München auf, die Verurteilung der nicht-zahlenden Bürgerin zu überdenken.

Dieses kollektive Erleben des Nicht-Gehört-Werdens war einer der Gründe dafür, dass sich beim Freiheitsindex 2023 erstmals mehr Deutsche auf die Seite des Lagers „Angst“ schlugen und mit 44 zu 40 Prozent dem Schweigen den Vorrang einräumten, anstatt wie Martin Luther sich in das Lager „Hier steh` ich und kann nicht anders“ zu begeben. Deshalb entschieden wir, für den Freiheitsindex 2024 der Frage nachzugehen, woher dieses Gefühl der Angst kommen könnte.

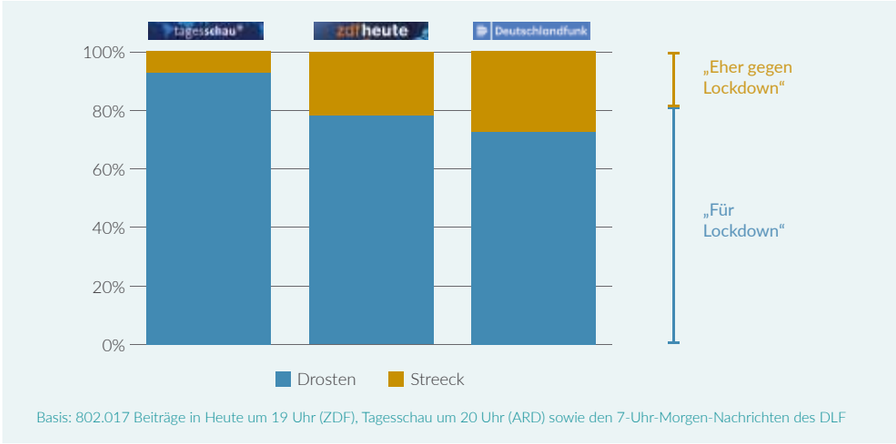
Wer die Hauptfunktion der Demokratie in Wahlen sieht, missachtet den Kern der REPRÄSENTATIVEN Demokratie. Für sie hatten sich die

vielen Väter und wenigen Mütter der Verfassung vor 75 Jahren entschieden – nach langen Diskussionen und vor allem mit Blick auf die eigenen Erfahrungen mit der Weimarer Variante sowie mit der darauf folgenden Nazi-Diktatur: Weil die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 nicht mit einer Diktatur begannen, sondern mit einer Wahl im demokratischen Design. Und im Wissen, dass im Wendejahr 1933 die 850.000 Mitglieder der NSDAP keine zwei Prozent der 66,2 Millionen Deutschen ausmachten und es dieser verschwindenden Minderheit dennoch gelang, die Geschicke der Mehrheit nicht nur im eigenen Land auf derart verheerende Weise zu bestimmen.

AUFMERKSAMKEIT lautet die Währung der repräsentativen Demokratie. Und auf das Konto der Aufmerksamkeit muss eingezahlt werden. Nicht jeden Tag, aber in nachvollziehbarer Regelmäßigkeit. Gerät dieses Konto ins Defizit, droht Kündigung. Doch wie wird die Mitgliedschaft in der Demokratie aufgelöst? Durch Nicht-Wählen. Ein Blick auf die Wahlbeteiligung der letzten Jahrzehnte zeigt, der Befund ist eineindeutig: Die Partei der Nicht-Wähler wächst stetig.

Aber die Verantwortlichen bei ARD und ZDF schenken der mittlerweile größten Partei MISSACHTUNG. Die Verbliebenen der an Politik Interessierten treffen sich Wahl für Wahl ab 17:45 Uhr um das vermeintliche Lagerfeuer der Demokratie: Jedes Mal schalten sie voller Hoffnung live in die ARD- oder ZDF-Wahlstudios, die pompöser nicht ausgestattet sein könnten. Doch obwohl nahezu mit der ersten Prognose auch die Zahl der realen Wahlbeteiligung vorliegt, kommt die Partei der Nicht-Wähler nicht zu Wort – obwohl zwischen 18 und 19 Uhr ausreichend Zeit existiert, während auf die Hochrechnungen gewartet wird. Auch kaum ein Experte nutzt seine Zeit, um die vom Wahlangebot Enttäuschten zurückzugewinnen. Dabei ist den Verantwortlichen bei ARD, DLR und ZDF mit dem Funktionsauftrag „Integration“ genau dies ins Pflichtenheft geschrieben. Dass die Sender diesem Leistungsauftrag seit langem nicht mehr nachkommen, ist nicht nur beim ZDF mehr als bekannt: Mit den Worten „Wir haben praktisch die Rolle eines Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Maßnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht unser Job“ beurteilte Claus Kleber seine eigene Leistungsverweigerung und die seines Teams beim ZDF Heute-Journal schon vier Monate nach dem Ausbruch von Covid. Um diese Fehlleistung hier exemplarisch noch einmal vor Augen zu führen, sei ein Blick auf das Verhältnis geworfen, mit dem ARD, DLR und ZDF den unterschiedlichen Expertensichten der Protagonisten des Lagers Lockdown vs. Nicht-Lockdown Sichtbarkeit „schenkte“:

Grafik 4: Drosten vs. Streeck
(Anteil der Protagonisten an der Berichterstattung)



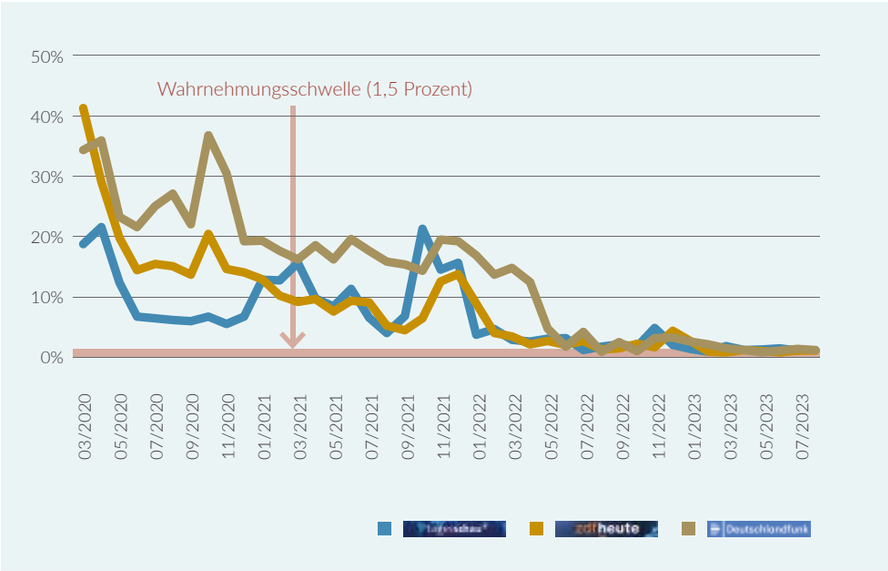
Basis: 802.017 Beiträge in Heute um 19 Uhr (ZDF), Tagesschau um 20 Uhr (ARD) sowie den 7-Uhr-Morgen-Nachrichten des DLF

Wer sich mit seinen Ängsten, Hoffnungen, Gedanken und Prinzipien beim Lagerfeuer der Nation – den Hauptnachrichtensendungen von ARD und ZDF – nicht wiederfindet, schreibt nur im seltensten Fall eine Beschwerde an die entsprechenden Sender. Nicht, weil er oder sie des Schreibens nicht fähig ist, sondern weil er um die Legionen unbeachteter Beschwerden weiß (über die es inzwischen Bücher[2] gibt – sic) und weil das Minimum an Selbstachtung empfiehlt, zu den ständigen Verwundungen, die durch einseitige Sendeformate entstehen, sich nicht auch noch die letzte hinzufügen: den vergeblichen Gang zum Postkasten in der (illusorischen) Hoffnung, seitens ARD, DLR oder ZDF eine qualifizierte Antwort zu erhalten, mit der die öffentlich-rechtlichen Sender ihrer Informationspflicht nachkommen würden.

Aus den vorliegenden Urteilen der Verwaltungsgerichte in Sachen Verweigerung oder Aussetzung der Zahlungen durch die Gebührenpflichtigen wird kaum sichtbar, inwieweit die entscheidenden Instanzen sich überhaupt der Mühe unterzogen haben, die dem Gegenstand zugrunde liegende Fachliteratur zur geleisteten Informationsqualität zu berücksichtigen. Denn die Zukunftskommission der öffentlich-rechtlichen Sender legte in ihrem Papier im Januar 2024 auch offen, dass die Anstalten, denen Jahr für Jahr bis zu zehn Milliarden Euro zugestanden werden, selber über keinerlei qualifizierten Daten verfügen, anhand derer sie ihre Ansprüche hätten geltend machen müssen.[3]

Doch die ausübenden Instanzen bei den Verwaltungsgerichten in Deutschland, wo die Millionen nicht-zahlenden Gebührenzahler[4] früher oder später Rede und Antwort zu stehen haben, um ihren vermeintlichen Rechtsbruch zu erläutern, boten in den letzten 40 Jahren unterschiedliche Aufführungen des gleichen Schauspiels: Bärbel Bohley hatte es in dem Satz aller enttäuschten Montagsdemonstranten zusammengefast: „Wir wollten Gerechtigkeit, aber erhielten den bundesrepublikanischen Rechtsstaat". Es ist nicht bekannt, welchen Aufwand der Berufsstand deutscher Richter betrieb, um sich von der Menschenrechtlerin die Dimensionen ihrer Aussage erläutern zu lassen. Viel kann es nicht gewesen sein, denn anders lässt sich nicht erklären, warum Millionen Deutsche (laut Studie des Reuters-Instituts in Oxford schauen 40 Prozent der Deutschen nicht länger ARD und ZDF allein mit dem Argument, das dort Ausgestrahlte sei zu negativ – ein Befund, der ebenfalls seit Jahrzehnten wissenschaftlich bestätigt ist und der zur Gründung der Bewegung „Constructive Journalism" führte) sich allein aus Selbstschutz den Konsum des öffentlich-rechtlichen Angebots nicht mehr antun. Auch hier sei noch einmal eine Grafik aus den regelmäßig publizierten ARD-DLR-ZDF Gremien-Tischvorlagen gezeigt:

Grafik 5: Sichtbarkeit des Themas „Covid-19" im Zeitverlauf
(Anteil an der Gesamtberichterstattung)

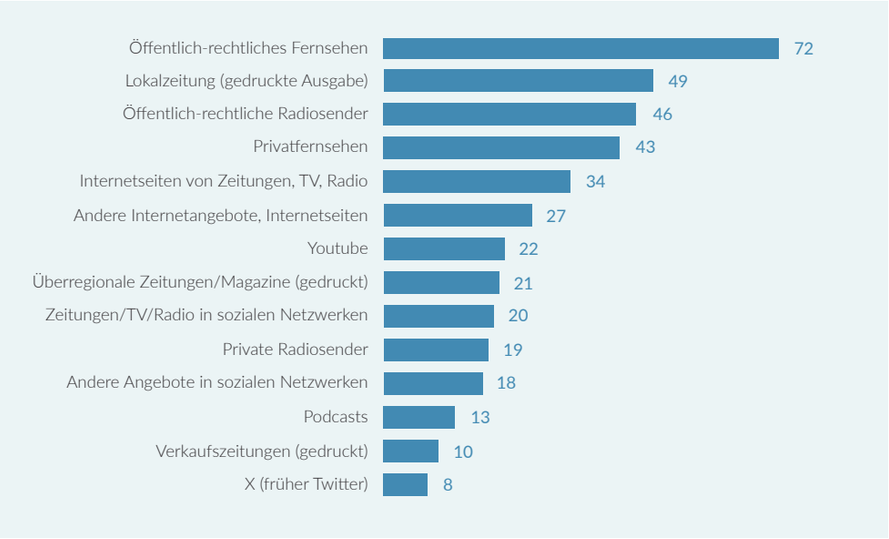


AUFMERKSAMKEIT IST DIE WÄHRUNG DER FREIHEIT

Seit über 30 Jahren wird Tag für Tag anhand der Haupt-Nachrichtensendungen von ARD und ZDF untersucht, mit welcher Intensität welche Themen den Deutschen in die Wohnzimmer gebracht werden. Themen, denen weniger als 1,5 Prozent der ausgestrahlten Berichte gewidmet werden, können als quasi nicht-wahrnehmbar eingestuft werden.[5] Themen, die über diesem Wert liegen, haben die Chance, vom Publikum wahrgenommen zu werden und damit auch Einzug in den privaten oder öffentlichen Diskurs zu finden – messbar zum Beispiel im monatlichen Sorgenbarometer, publiziert von der Forschungsgruppe Wahlen, dem Partner des ZDF. Diese seit 30 Jahren bestehenden Medien-Inhalts-Analysen bieten damit gleichzeitig die Chancen, die Sorgen der Deutschen in ihrem Auf und Ab vorherzusagen.

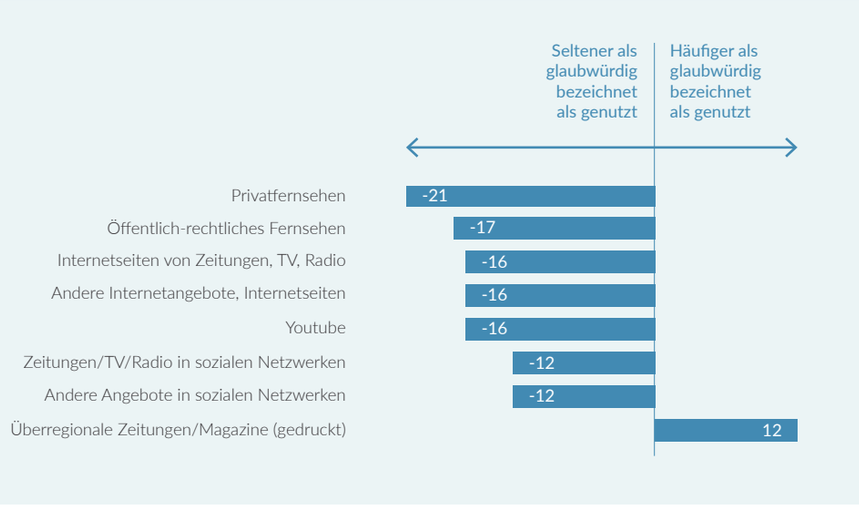
Noch nie wurde in diesen 30 Jahren eine Berichtsintensität gemessen, wie sie von ARD, DLR und ZDF zwischen 2020 und 2023 im Zusammenhang mit Covid geliefert wurde: Wer über mehr als zwei oder gar drei Monate mit einer derartigen Mono-Thematisierung konfrontiert wird, verhält sich anders als ein Mensch, der beim abendlichen Nachrichtenkonsum mit abwechselnden Informationen bedient wird. Während laut Reuters-Institut 40 Prozent der Deutschen sich dieser Gefahr nicht mehr aussetzen, entscheiden sich noch immer 60 Prozent für dieses Programm.

Grafik 6: Information über Politik und aktuelle Ereignisse: Quellen



Hier ist nicht der Raum, um zu erläutern, warum Menschen etwas wählen, von dem sie wissen, dass es ihnen eigentlich schadet. Aber in ihrer Beurteilung des Gewählten sind die Deutschen klar: Weder das Angebot der privaten noch der öffentlich-rechtlichen Sender hält dem Glaubwürdigkeitstest stand:

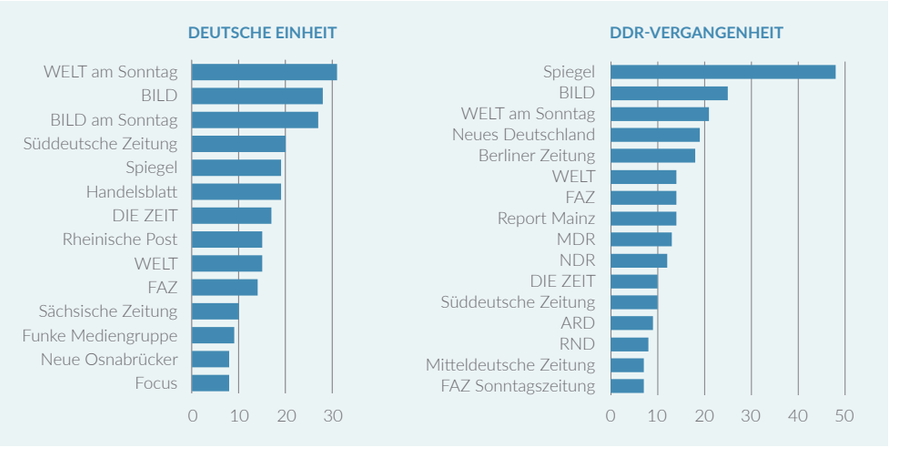
Grafik 7: Glaubwürdigkeitslücke
(Die größten Differenzen zwischen Nutzung und Glaubwürdigkeit in Prozentpunkten)



Allein mit Blick auf diese Grafik wird deutlich, warum der Freiheitsindex 2024 im Gebäude der FAZ präsentiert wird. Wer sich bewusst macht, dass – grob gesagt – der gesamte Inhalt einer TV-Nachrichtensendung auf nur eine Seite der FAZ, SZ oder taz passt, bekommt allein quantitativ ein Gefühl für den Wert, den die überregionalen Medien Tag für Tag leisten – ohne dafür Gebührengelder zu beziehen.

Egal ob FOCUS, SPIEGEL, STERN oder ZEIT, egal ob BILD, FAZ, FR, SZ, taz oder WELT – sie alle investieren in Angebote mit einer Themen-, Personen- und Institutionen-Vielfalt, ohne die Repräsentation und Aufmerksamkeit nicht gelingen kann. Wie gut dies gelingt, zeigt die unverändert hohe Positionierung insbesondere der Print-Titel beim Zitate-Ranking, also der wissenschaftlichen Analyse, wessen Inhalte von den deutschen Leitmedien zu diversen Themen am stärksten aufgegriffen werden – hier das Beispiel Ostdeutschland bzw. Deutsche Einheit:

Grafik 8: Inhalte von ARD, DLR und ZDF werden kaum aufgegriffen
(Meistzitierte Medien zur Deutschen Einheit und DDR-Vergangenheit, 2012–2023, Anzahl der Zitate)

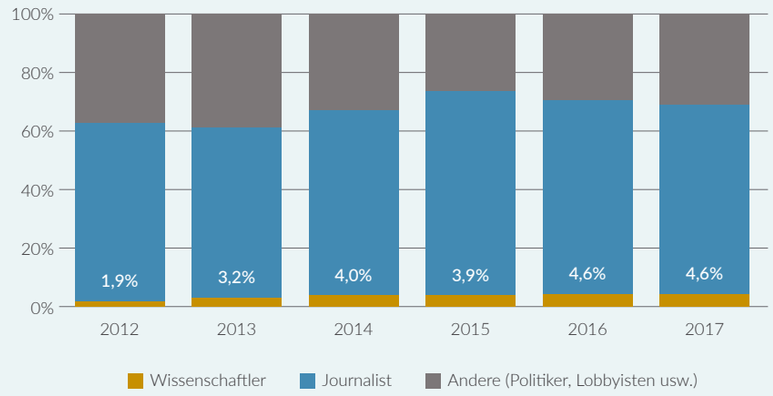


Christoph Keese, ehemaliger Chefredakteur der FINANCIAL TIMES Deutschland und der WELT am SONNTAG, sah in diesen Werten den „Goldstandard für Journalisten", weil Redaktionen unter den bekannten Rivalitäten ungern auf inhaltliche Leistungen des Wettbewerbs verweisen – dies also nur dann tun, wenn „dem anderen" echte News gelungen waren, die der eigenen Leserschaft nicht vorenthalten werden konnten.

Ähnlich wie beim Zitate-Ranking führte auch die Einführung des „Ökonomen-Rankings" im deutschsprachigen Europa zu einer deutlich breiteren Sichtbarkeit unterschiedlicher Fachpositionen: Lag der Anteil, mit dem Wirtschaftswissenschaftler in den deutschen Leitmedien im Rahmen der betriebs- oder volkswirtschaftlichen Berichterstattung mit ihrer Expertise Aufmerksamkeit erhielten, vor der Einführung nur bei 1,9 Prozent, stieg dieser Wert geradezu sprunghaft auf 4,6 Prozent in den Folgejahren.

Auch hier wurde schnell deutlich, wie Quantitäten schnell in Qualitäten umschlagen können: Vor 2013 war es vor allem die Ansicht von Hans-Werner Sinn, die von den Redaktionen in Deutschland Aufmerksamkeit erhielt. Mit dem Anstieg auf fast fünf Prozent wurde ein breiteres Spektrum des deutschen und internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Know-Hows bekannt. In der Folge stiegen nicht nur die Drittmittel-Optionen für diese nun bekannteren Forscher, sie konnten auch höhere Honorare für Vorträge erzielen. Und wenn es der Wissenschaft gut geht, steigen die

Grafik 9: Größere Sichtbarkeit von Ökonomen seit Einführung des Rankings
(Share-of-Voice von Wissenschaftlern zu allen Wirtschaftsthemen 2012–2017)



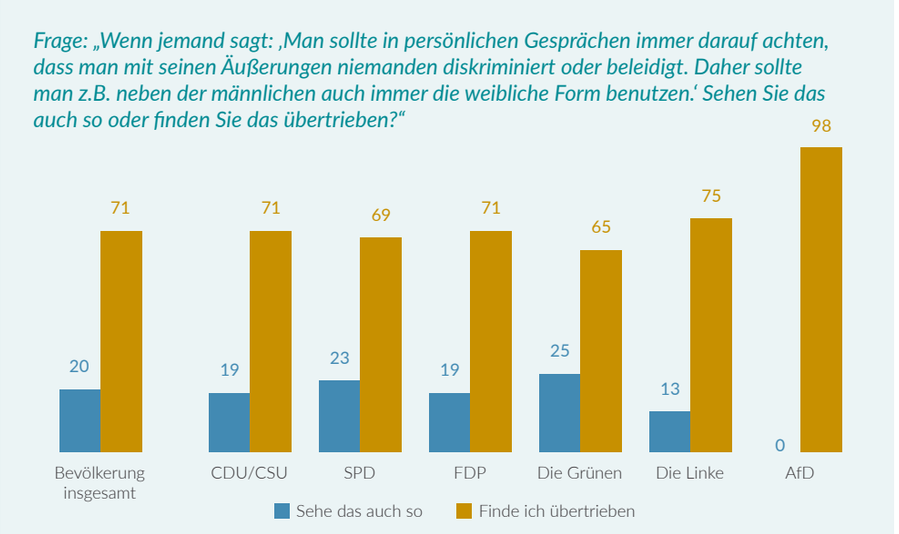
Chancen, dass auch die Bürger von der Vielfalt der Argumente und Perspektiven im Sinne des Repräsentationsgefühls profitieren.

Und genau hier kommt die Belastung der Gender-Bewegung zum Tragen: Obwohl vor zehn Jahren parteiübergreifend eine überdeutliche Mehrheit der Deutschen diesen Verstoß gegen die Grammatik ablehnte, erleben die Menschen im Norden, Westen, Osten und Süden der Republik auf Schritt und Tritt, wie von Behörden über Medien bis hinein in die Schulen und die Wissenschaft ihre Überzeugung mit Füßen getreten wird.

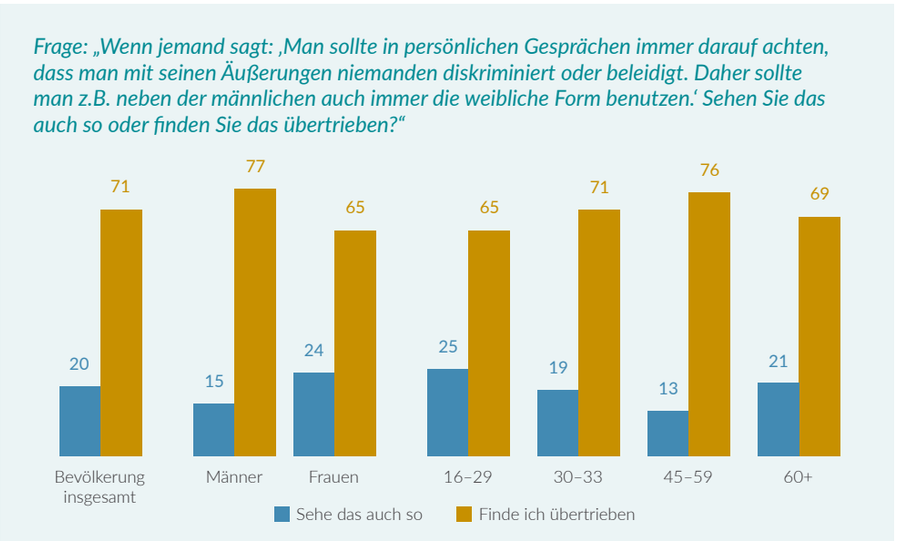
Diese massive Ablehnung gilt nicht nur für die Vertreter aller Parteien, sie ist in gleicher Weise auch altersgruppen- und geschlechterübergreifend in seltener Übereinstimmung zu erkennen (Grafiken 10 und 11).

An dieser Stelle sei auf das Buch „Die hohe Kunst des Verzichts“ von Otfried Höffe aus dem Jahr 2023 verwiesen und wie folgt zitiert: „Sowohl die öffentlichen Rundfunkanstalten als auch zahlreiche Lehr- und Forschungseinrichtungen zwingen der Öffentlichkeit, ungeachtet zahlreicher Proteste von Sprachwissenschaftlern und anderer Fachleute und trotz Ablehnung von etwas zwei Dritteln der wahlberechtigten Deutschen, die sogenannte Gendersprache auf. Der entsprechende Zwang entspringt, das darf man durchaus sagen, einer Hybris der entsprechenden Instanzen, dem Machtgefühl nämlich, der Öffentlichkeit vorschreiben zu dürfen, wie sie zu reden und zu schreiben habe. Mit der Verpflichtung der

Grafik 10: Einstellung zum Gendern – Parteianhängerschaft
(An 100 fehlende Prozent: unentschieden)



Grafik 11: Einstellung zum Gendern – Geschlecht und Altersgruppen



öffentlichen Rundfunkanstalten auf Unparteilichkeit ist diese sprachliche Parteilichkeit schwerlich zu vereinbaren. Nach dem sprachwissenschaftlichen entscheidenden Gegenargument hat das generische Maskulinum, die grammatisch männliche Bezeichnung einer Person oder Sache, mit dem biologischen Geschlecht definitionsgemäß nichts zu tun. Nach einem zweiten Gegenargument entspricht die Gendersprache nicht der amtlichen Rechtschreibung und der ihr folgenden Aussprache. Vermutlich wollen die Verantwortlichen mit der Macht ihres öffentlichen Einflusses die amtliche Rechtschreibung zwingen, die Gendersprache in die amtliche Rechtschreibung aufzunehmen. Zu hoffen ist, dass der Duden über hinreichendes Selbstbewusstsein verfügt, sich dem zu widersetzen. Weiterhin: Wenn es stimmen sollte, was man von einigen Universitäten hört, dass Qualifikationsarbeiten ohne Gendersprache schlechter bewertet werden, kann man nur den Kopf schütteln. In den Wissenschaften sollte allein die Qualität zählen."

Wahrscheinlich können ausreichend viele sich noch an ihre Jugend erinnern und an die Lektüre des herrlich illustrierten Buches von Jonathan Swift, in dem er schon die Kinder darauf hinweist, dass vermeintlich Große sich ganz klein fühlen können. Der Souverän in einer repräsentativen Demokratie sollte sich eigentlich frei, unabhängig und hier und da auch ein wenig stolz fühlen. Wer heute die Erfahrung macht, dass das, was ihn auszeichnet – das Sprechen und Hören –, und dadurch sein Sein, seine Gewohnheit und die damit verbunden die innewohnende Sicherheit nicht mehr gilt: Der erlebt nun mit einem Verzug von 34 Jahren, was die Menschen zwischen Rostock und Suhl – bei aller Freude über die gewonnenen Freiheiten – am eigenen Leib oder in ihrer Familie und im Freundeskreis immer wieder erfahren mussten: Das Fundament ist verloren gegangen. Sicherheiten – erfreuliche, schlicht gewohnte wie auch unerfreuliche – galten nicht mehr. Niemand benötigt auch nur ein Semester Psychologie, um zu erkennen, dass dieses tägliche Erinnert-Werden an den Grundfesten des Bewusstseins rütteln muss, weil Ohnmachtserfahrungen in den Dimensionen eines Gullivers nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Tag für Tag ist dies nun der Alltag für Sprachbewusste. Aber nicht nur für sie: Wer Ärzten zuhört, wie der steigende Bürokratie-Aufwand dazu führt, dass sie sich immer weniger sich mit dem beschäftigen können, wofür sie studiert haben: den kranken Menschen, bekommt ein Gefühl, warum das Ohnmachtsgefühl immer mehr um sich greift. Das Gleiche berichten die in Schulen Tätigen – statt ihren Schutzbefohlenen das Wissen weitergeben zu können, verschlingen wachsende Reporting-Pflichten die Zeit, die früher den besonders Bedürftigen gewidmet werden konnte. Und warum investieren insbesondere die Mittelständler immer weniger in ihr eigenes Leben, den Betrieb, der nicht selten von den eigenen Eltern und Großeltern aufgebaut wurde? Wie empfinden diejenigen, die in Lokalzeitungen und im Fernsehen Beurteilungen über sich lesen und hören, die mit ihrer Lebensrealität nicht in Einklang zu bringen sind? Dass es für diese Erfahrungen einen lateinischen Spruch gibt: „semper aliquet haeret", lässt erahnen, dass diese Art der Versäumnisse insbesondere durch Journalisten nicht erst seit gestern zu erleiden sind. Aber die Intensität hat in diesem Jahrtausend eine besondere Wucht entwickelt, die auf der einen Seite immer weniger Menschen ermutigt, sich im öffentlichen und damit auch veröffentlichten Raum zu engagieren oder im vermeintlich „Kleinen" einfach nur zu seiner eigenen Meinung zu stehen. Umso genauer sollte auch bei diesem Freiheitsindex auf die Detaildaten der Meinungsumfragen mit Blick auf den jeweiligen Bildungsgrad geachtet werden. Denn wenn nur noch 28 Prozent der Mitmenschen mit Hauptschulabschluss bzw. 32 Prozent derjenigen mit Realschulabschluss sich noch trauen, ihre Meinung zu sagen, dann bedeutet dies, dass gut zwei Drittel der Gesellschaft kaum noch wahrzunehmen sind.

Mit dem Gesamtresultat der 47 Prozent Deutschen, die sich nun wieder im Stande sehen, ihre Meinung zu äußern, scheint eine Trendwende gelungen. Die nachfolgenden Kapitel bieten in diesem Sinne nicht nur weitere Vertiefungen, sondern auch erste Perspektiven, wie diese Trendwende verstetigt werden kann. Insbesondere dank der vielfältigen Initiativen, zu denen sich die Jungen berufen fühlen.

---

1 Mahrenholz in „Grundversorgung – Pflichten und Rechte", 1999

2 Müller, Bräutigam, Klinkhammer: Zwischen Feindbild und Wetterbericht: Tagesschau & Co. – Auftrag und Realität, PapyRossa Verlag Köln, 2019

3 Bericht des Rates für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Januar 2024

4 Gemäß Kai Gniffke im TV-Gespräch der Neuen Osnabrücker Zeitung „Warum sind ARD und ZDF so grün" vom 18.1.2024

5 Eccles, Newquist, Schatz: „Reputation and its Risk" in Harvard Business Review, 2007

«Die Freiheit des Menschen in der Gesellschaft besteht nicht in der Freiheit von Gesetzen, sondern in der Freiheit von der willkürlichen Gewalt anderer.»

John Locke, „Zwei Abhandlungen über die Regierung“

Thomas Petersen

DAS VERTRAUEN IN DIE MEDIEN

Neben den zur Berechnung des Freiheitsindexes notwendigen Fragen enthalten die Fragebogen zum Freiheitsindex Deutschland stets auch einige Fragen zu einem weiteren Themenschwerpunkt, der im Zusammenhang mit dem Thema Freiheit von Interesse ist. In der diesjährigen Untersuchung lag dabei der Fokus auf der Frage, wie sich das Vertrauen der Bürger in die Massenmedien in den letzten Jahren entwickelt hat.

Mit diesem Themenschwerpunkt wird an die Untersuchung zum Freiheitsindex 2022 angeknüpft, die sich mit dem Vertrauen in den Staat und seine Institutionen befasste. Gemeinhin wird angenommen, dass das Ansehen der Institutionen in Deutschland seit Jahrzehnten kontinuierlich rückläufig sei, doch das stimmt nicht. In der Zeit von der Mitte der 2000er Jahre bis etwa 2020 stieg im Gegenteil das Ansehen von Institutionen wie beispielsweise dem Bundestag, der Bundesregierung oder – wenn auch auf sehr niedrigem Niveau – der Parteien. Erst in jüngster Zeit, in den vergangenen drei, vier Jahren sind in dieser Hinsicht wieder deutliche Rückschritte zu verzeichnen.

Dennoch ist die These vom allgemeinen Verfall des Vertrauens der Bürger in den Staat und seine Institutionen und Vertreter nicht gänzlich falsch. Im Vergleich zur Situation in Westdeutschland in den 70er und 80er Jahren lag das Vertrauen in die Institutionen auch vor dem jüngsten Rückschlag auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Die Erosion des Institutionenvertrauens über Jahrzehnte hinweg ist nicht zu verstehen ohne den Einfluss der Berichterstattung der Massenmedien auf die Meinungsbildung der Bevölkerung. Das Archiv des Instituts Media Tenor International enthält in dieser Hinsicht äußerst aufschlussreiche Ergebnisse. Eine Auswertung aus dem Jahr 1996 zeigte, dass in den damals führenden Massenmedien alle politischen Institutionen – Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, andere Organisationen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft – in der Berichterstattung überwiegend negativ bewertet wurden, mit Greenpeace als einziger Ausnahme. Dies ist auch deswegen bemerkenswert, weil nur ein Jahr zuvor Greenpeace im Zusammenhang mit der damals geplanten Entsorgung der ausgedienten Ölplattform Brent Spar im Nordatlantik der Irreführung der Öffentlichkeit überführt worden war.

Der Umstand, dass alle Institutionen mit Ausnahme von Greenpeace in den deutschen Medien überwiegend negativ beurteilt wurden, allein, war dabei noch nicht das eigentlich Aufschlussreiche. Journalisten pflegen in diesem Zusammenhang auf die alte journalistische Regel „Gute Nachrichten sind keine Nachrichten“ zu verweisen. Doch wie das Beispiel Greenpeace zeigte, war es durchaus möglich, auch positiv über eine Organisation zu berichten, wenn nur der Wille dazu bestand. Vor allem aber ist der Anteil der negativen Wertungen in der Berichterstattung kein Naturgesetz, sondern schwankt im Laufe der Jahrzehnte. Ebenfalls bereits in den 90er Jahren stellte der Mainzer Publizistikwissenschaftler Hans Mathias Kepplinger fest, dass das Verhältnis von positiven zu negativen Wertungen über Politiker in der Berichterstattung in den 50er Jahren bei 1:2 lag. Vier Jahrzehnte später betrug es 1:4, eine Entwicklung, die der in Harvard lehrende Politikwissenschaftler Thomas E. Patterson ungefähr zur gleichen Zeit auch für die Vereinigten Staaten nachwies. Wenn aber über Jahrzehnte hinweg die Berichterstattung über die demokratischen Institutionen und ihre gewählten Vertreter negativer und negativer wird, darf man sich nicht wundern, wenn dies allmählich das Vertrauen der Bürger in eben diese Institutionen und Vertreter aushöhlt.

Neben persönlichen Gesprächen sind die Medien die wichtigste Informationsquelle der Bevölkerung. Bei Fragen der „großen“ Politik, die das Alltagsleben nicht oder nur sehr indirekt betreffen, sind sie sogar besonders wichtig. Lassen sie fortwährend den Missstand als Regelfall erscheinen, entsteht jene Kultur der Institutionen- und Elitenverachtung, die den Boden zum Aufstieg populistischer und radikaler Bewegungen bereitet. Die Erfolge radikaler Parteien in der Gegenwart sind ohne die – ohne Zweifel unbeabsichtigte – langjährige Vorbereitung durch die Massenmedien nicht denkbar.

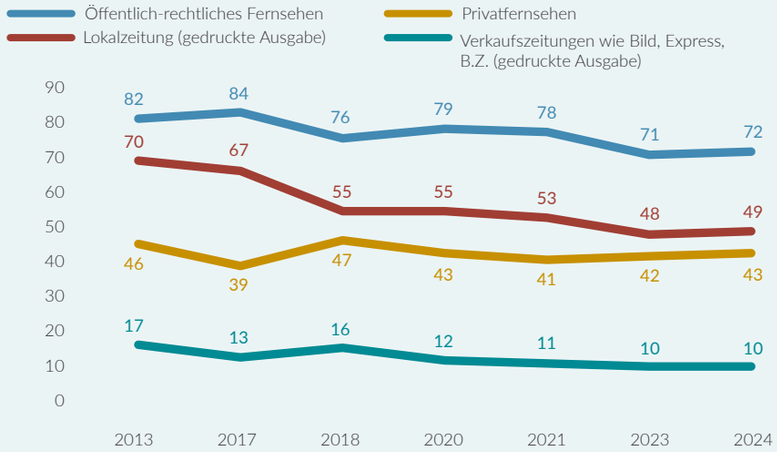
Was in vielen Redaktionen allerdings vermutlich nicht bedacht wurde, ist, dass die von ihnen beförderte Verachtung gegenüber den Eliten und Institutionen letztlich auch die Medien selbst treffen könnte. Lange Zeit schien es auch so, als wären diese gegenüber dem Ansehensverfall, der andere Organisationen betraf, weitgehend immun. Die Umfrage zum Freiheitsindex 2024 zeigt nun jedoch erste Anzeichen eines Glaubwürdigkeitsverlusts.

Die Frage, inwieweit die Massenmedien bei der Bevölkerung an Vertrauen verlieren, ist deswegen nicht leicht zu beantworten, weil sich die Mediennutzung in Deutschland mit dem Aufkommen des Internets massiv verändert hat und derzeit auch immer noch weiter ändert. Die traditionell wichtigsten Medien – Zeitung und Zeitschriften, Fernsehen und Radio – verlieren langsam aber beständig an Bedeutung, wenn auch nicht so rasch, wie oft angenommen wird. Die meisten Menschen neigen nun dazu, die Medien zu nutzen, denen sie vertrauen und sich umgekehrt mit der Frage der Glaubwürdigkeit der Medien, die sie nicht nutzen, nicht weiter zu beschäftigen. Sinkt die Reichweite eines Mediums, sinkt auch der Anteil derjenigen, die diesem Medium Vertrauen entgegenbringen. Nicht, weil es

an sich unglaubwürdiger geworden wäre, sondern weil die Zahl derjenigen sinkt, die sich mit ihm beschäftigen. Erst wenn das Vertrauen, die die Menschen einem Medium entgegenbringen, schneller sinkt als die Reichweite dieses Mediums, kann man von einem über den gleichsam „mechanischen" Effekt der Veränderung der Mediennutzung hinausgehenden Ansehensverlust sprechen.

Grafik 1: Informationsquellen – Trend

Frage: „Wo informieren Sie sich im Allgemeinen über Politik bzw. aktuelle Ereignisse?" (Listenvorlage)



Wie sich die Reichweite der wichtigsten traditionellen Medien entwickelt hat, ist an den Ergebnissen der Frage „Wie informieren Sie sich im Allgemeinen über Politik bzw. aktuelle Ereignisse?" zu erkennen. Zu dieser Frage wird eine Liste mit verschiedenen Informationsquellen zur Auswahl überreicht. Grafik 1 zeigt die Veränderung der Antworten auf diese Frage seit dem Jahr 2013 bezogen auf einige der wichtigsten traditionellen Medien: Nach wie vor die wichtigste Informationsquelle ist, soweit es das politische Tagesgeschehen betrifft, das öffentlich-rechtliche Fernsehen. 71 Prozent der Befragten gaben im September 2024 an, dass sie dieses zur politischen Information nutzen, zehn Prozentpunkte weniger als 2013. Mit deutlichem Abstand folgen die lokalen Tageszeitungen, die im Verlauf des

letzten Jahrzehnts stärker an Bedeutung verloren haben: Heute informiert sich noch knapp jeder Zweite aus dieser Quelle über das Tagesgeschehen, vor elf Jahren waren es noch 70 Prozent. Auch die Boulevardzeitungen haben an Bedeutung verloren. Dagegen wird das Privatfernsehen noch in ähnlichem Maße als Informationsquelle genutzt wie vor rund einem Jahrzehnt: 43 Prozent Nutzer heute stehen 46 Prozent im Jahr 2013 gegenüber.

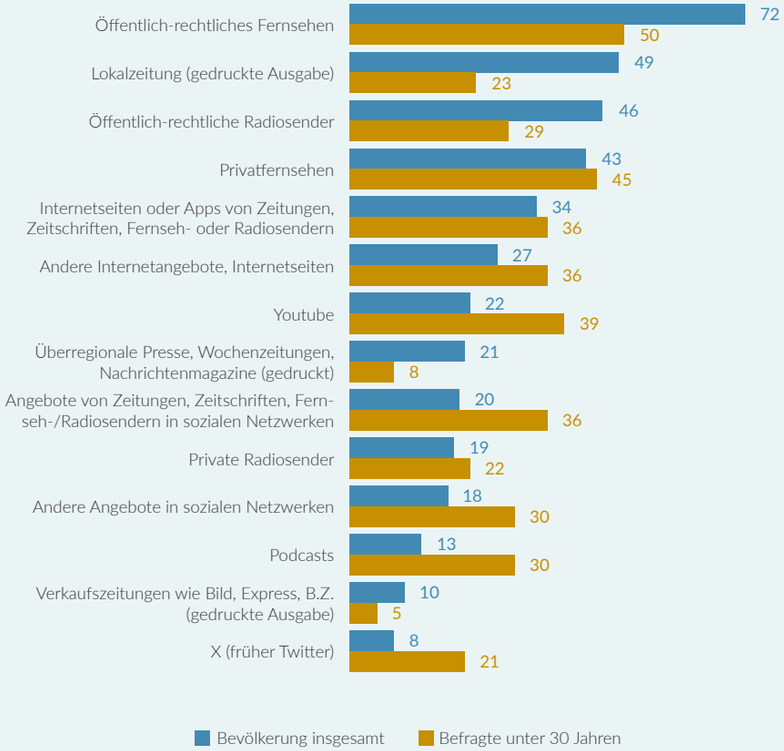
Die nur langsame Veränderung des Mediennutzungsverhaltens in der Bevölkerung insgesamt verdeckt derzeit noch ihre ganze Tragweite. Wie grundlegend der Wandel der Mediennutzung ist, wird deutlich, wenn man das Informationsverhalten der jungen Generation mit dem der Gesamtbevölkerung vergleicht. Während fast die Viertel der Bevölkerung insgesamt das öffentlich-rechtliche Fernsehen zur politischen Information nutzen, tun dies nur noch 50 Prozent der Unter-30-Jährigen. Während ARD und ZDF damit bei den Älteren die mit Abstand wichtigste Informationsquelle sind, stehen sie bei den Jüngeren nur noch mit geringem Abstand an erster Stelle, knapp gefolgt vom Privatfernsehen. Auch verschiedene Online-Medien wie die Internetseiten traditioneller Medien oder Youtube folgen nicht mehr weit dahinter (Grafik 2). Rechnet man die Prozentwerte, die auf alle klassischen Medienangebote und auf alle Online-Angebote entfielen, zusammen und berechnet daraus den Durchschnitt, erkennt man, dass Online-Quellen für die junge Generation als Informationsquelle eine größere Rolle spielen als traditionelle, analog verbreitete Medien, während sie für die politische Information der Älteren noch immer von untergeordneter Bedeutung sind (Grafik 3).

Aufschlussreich ist es nun, die Entwicklung der Nutzung verschiedener Medien mit den Anteilen derjenigen in der Bevölkerung zu vergleichen, die diese Medien für besonders glaubwürdig halten. Grafik 4 zeigt diesen Vergleich für die beiden Systeme von Fernsehsendern. Der Anteil derjenigen, die die privaten Fernsehsender zur politischen Information nutzen, schwankt seit rund einem Jahrzehnt unverändert um den Wert von 40 Prozent. Die Glaubwürdigkeit dieser Sender ist aus Sicht der Bevölkerung gering. Auf die Frage, welche Informationsquelle man für vertrauenswürdig halte, wo man besonders zuverlässig und glaubwürdig informiert werde, nannten im September 2024 22 Prozent die privaten Fernsehsender, ein Wert, der in der Bandbreite der Antworten der letzten elf Jahre liegt. Ein von kurzfristigen Schwankungen abgesehen auf- oder absteigender Trend ist in dieser Zeit nicht zu verzeichnen.

Ganz anders ist das Bild bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern. Hier ist, wie bereits beschrieben, die Nutzung in den letzten elf Jahren

Grafik 2: Informationsquellen I

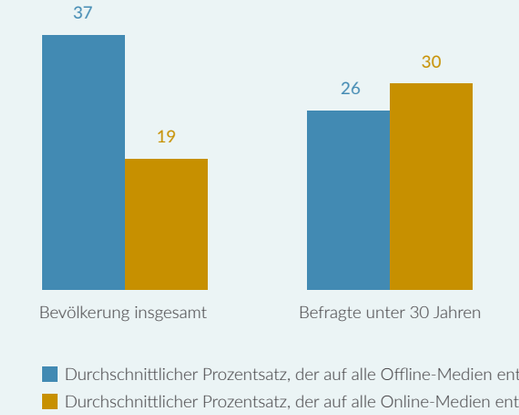
Frage: „Wo informieren Sie sich im Allgemeinen über Politik bzw. aktuelle Ereignisse?“ (Listenvorlage, Auszug aus den Angaben)



langsam zurückgegangen. Die meiste Zeit bewegte sich auch die Glaubwürdigkeit, die die Bürger diesen Sendern zuschrieben, parallel dazu. Noch im vergangenen Jahr sagten 77 Prozent der vom Allensbacher Institut Befragten, die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender seien eine besonders zuverlässige Informationsquelle. In der aktuellen Umfrage ist nun aber der Anteil derer, die diese Antwort gaben, um 22 Prozentpunkte auf 55 Prozent zurückgefallen. Eine derart drastische Veränderung der Antworten von einem Jahr auf das nächste ist in der Umfrageforschung sehr

Grafik 3: Informationsquellen II

Frage: „Wo informieren Sie sich im Allgemeinen über Politik bzw. aktuelle Ereignisse?“ (Listenvorlage, Auszug aus den Angaben)

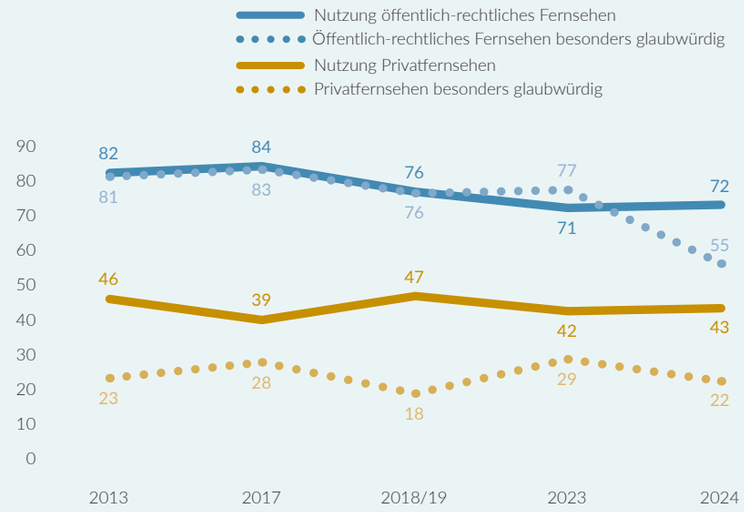


ungewöhnlich und erweckt den Verdacht, dass es sich um einen sogenannten „statistischen Ausreißer“ handeln könnte, eine starke, aber dennoch zufallsbedingte Schwankung, wie sie in einer von hundert Umfragen unvermeidlich einmal vorkommt. Doch die übrigen Ergebnisse derselben Umfrage zeigen keine Auffälligkeiten, so dass der Verdacht, dass die Befragtenstichprobe als Ganzes verzerrt sein könnte, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausscheidet. Man wird für ein endgültiges Urteil eine weitere Umfrage abwarten müssen, aber bis auf weiteres spricht alles dafür, dass das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender in jüngster Zeit massiv gelitten hat, weit über das Maß hinaus, das angesichts des allmählichen Reichweitenverlusts zu erwarten gewesen wäre.

Ein wesentlicher Grund für den Vertrauensverlust liegt wahrscheinlich darin, dass sich viele Bürger in der Berichterstattung der Medien nicht mehr wiederfinden. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Wenn Sie einmal daran denken, wie die Medien berichten: Wird dabei oft die Meinung vertreten, die auch Sie haben, oder haben Sie das Gefühl, dass Ihre Sichtweise in den Medien kaum oder gar nicht vertreten ist?“ Nur 28 Prozent der Befragten antworteten auf die Frage, sie hätten den Eindruck, dass ihre Meinung oft vertreten wird. Deutlich mehr, 39 Prozent, sagten

Grafik 4: Nutzung und Vertrauenswürdigkeit von Fernsehsendern

Frage: „Wo informieren Sie sich im Allgemeinen über Politik bzw. aktuelle Ereignisse?“ (Listenvorlage)



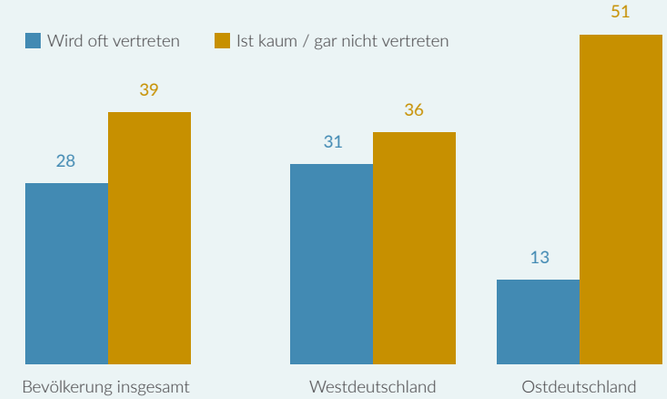
dagegen, ihre Meinung werde in den Medien kaum oder gar nicht vertreten. In Ostdeutschland vertrat sogar eine absolute Mehrheit von 51 Prozent die letztere Meinung (Grafik 5). Da, wie oben beschrieben, die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender nach wie vor die mit Abstand wichtigste Informationsquelle auf dem Gebiet der Tagespolitik sind, muss man diese Antworten nicht zuletzt als Kommentar auf die Berichterstattung eben dieser Sender deuten.

Dabei fällt auf, dass vor allem Befragte mit einfacher und mittlerer Schulbildung das Gefühl haben, ihre Meinung in den Medien nicht wiederzufinden, während dies bei Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss deutlich seltener der Fall ist (Grafik 6).

Auch bei anderen Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung andere Prioritäten setzt als die maßgeblichen Redaktionen. Es werden über die Medien Diskussionen geführt, die zwar wesentlich das politische Handeln bestimmen, aber weit an der Mehrheit der Bürger vor-

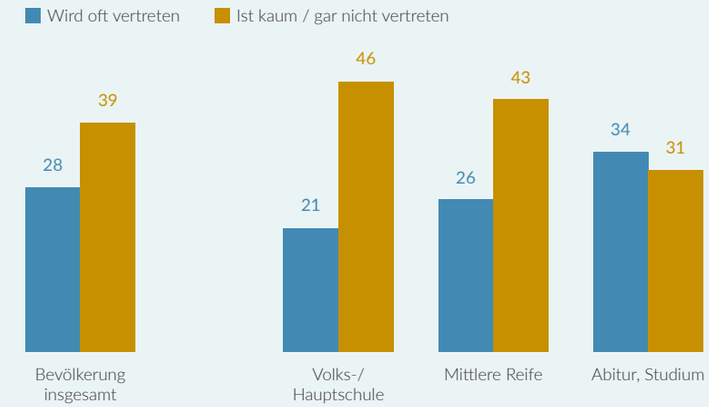
Grafik 5: Findet man seine Meinung in den Medien wieder?

Frage: „Wenn Sie einmal daran denken, wie die Medien berichten: Wird dabei oft die Meinung vertreten, die auch Sie haben, oder haben Sie das Gefühl, dass Ihre Sichtweise in den Medien kaum oder gar nicht vertreten ist?“



Grafik 6: Findet man seine Meinung in den Medien wieder? – Schulbildung

Frage: „Wenn Sie einmal daran denken, wie die Medien berichten: Wird dabei oft die Meinung vertreten, die auch Sie haben, oder haben Sie das Gefühl, dass Ihre Sichtweise in den Medien kaum oder gar nicht vertreten ist?“



beilaufen. Man denke nur an die Einwanderungs- und Klimaschutzpolitik der letzten Jahre, das Gebäudeenergiegesetz oder den Beschluss, ab dem Jahr 2035 Autos mit Verbrennungsmotoren zu verbieten. Wenn aber alle demokratischen Parteien, einschließlich der demokratischen Opposition, Ziele verfolgen und Entscheidungen mittragen, die zwar Intellektuellen und Journalisten gefallen, die Mehrheit der Bevölkerung aber befremden oder gar bei ihr existenzielle Sorgen auslösen, darf man sich nicht wundern, wenn sich bei dieser Mehrheit das Gefühl der Wehrlosigkeit breitmacht und einige sich radikalisieren.

Thomas Petersen, Ralph Erich Schmidt

DER FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2024

„Der Freiheitsindex Deutschland“, der seit dem Jahr 2011 ermittelt wird, setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Einer Inhaltsanalyse der führenden Massenmedien, durchgeführt von Media Tenor International, und einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach. Für die Umfrage wurden im September 2024 insgesamt 1017 Personen mündlich-persönlich („face-to-face“) befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Umfrage ist für die Bevölkerung ab 16 Jahren repräsentativ, ihre Ergebnisse können also – abgesehen von einer unvermeidlichen statistischen Unschärfe von etwa drei Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung verallgemeinert werden. Aus beiden Komponenten wird der Index berechnet, der wiederum aus drei Teilindices besteht. Dabei wird wie folgt vorgegangen:

In den ersten Teilindex gehen drei Fragen aus der Umfrage ein. Die erste lautet: „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben. Der eine sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen, wer von beiden hat eher Recht, der Erste oder der Zweite?“ Diese Frage ist für die Untersuchung des Stellenwerts der Freiheit in einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung, weil sie eine grundsätzliche Lebenseinstellung erfasst, die die Voraussetzung für eine hohe Wertschätzung der individuellen Freiheit ist: Nur wer der Ansicht ist, dass die meisten Menschen in der Lage sind, ihr Leben erfolgreich selbst in die Hand zu nehmen, wird sich auch für eine größtmögliche Handlungs- und Entscheidungs-freiheit des Einzelnen einschließlich der damit verbundenen Risiken einsetzen.

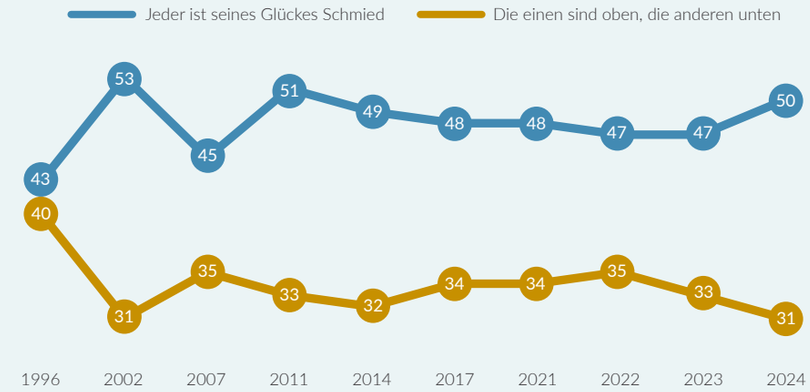
In den vergangenen Jahren hatte es bei den Antworten auf diese Frage nur wenige Schwankungen gegeben, allerdings war über den gesamten Zeitraum hinweg eine leicht sinkende Tendenz zu verzeichnen: Während im Jahr 2011 noch 51 Prozent der Befragten angegeben hatten, ihrer Ansicht nach sei jeder seines Glückes Schmied, waren es 2023 noch 47 Prozent. Nun, in der aktuellen Umfrage, ist der Wert wieder auf 50 Prozent gestiegen. Ob es sich bei dieser Veränderung um eine Trendwende oder eine zufällige Schwankung handelt, lässt sich derzeit nicht sicher sagen. In jedem Fall aber hat sich die leichte Abwärtstendenz der vergangenen Jahre nicht weiter fortgesetzt. (Grafik 1).

Mit der zweiten Frage, die in den ersten Teilindex eingeht, wird der Stellenwert der Freiheit im Wettbewerb mit dem gesellschaftlichen Ziel der sozialen Gleichheit ermittelt. Bei dieser Frage überreichen die Interviewer ein Dialogbildblatt, das zwei Personen im Schattenriss zeigt. Beiden Figuren ist, wie in einem Comic, eine Sprechblase zugeordnet. Die erste Person sagt: „Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, eigentlich beide wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die persönliche Freiheit am liebsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann.“ Die Gegenposition lautet: „Sicher sind Freiheit und Gleichheit, soziale Gerechtigkeit wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich eine möglichst große Gleichheit am wichtigsten, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.“ Die Frage zu diesem Dialogblatt lautet: „Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“

Bei dieser Frage hatten sich die Anteile derjenigen, die antworteten, für sie sei im Zweifel die Freiheit wichtiger als die Gleichheit, über längere Zeit in einer Bandbreite zwischen 40 und rund 50 Prozent bewegt. 2023 war dann ein bemerkenswert starker Sprung von 47 Prozent im Vorjahr auf 56 Prozent zu verzeichnen gewesen. Noch stärker war die Veränderung beim Anteil derjenigen, die sagten, für sie sei die Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, wichtiger. Er war binnen eines Jahres von 41 auf 29 Prozent gefallen.

Grafik 1: „Jeder ist seines Glückes Schmied“
(Zustimmung in Prozent)

Frage: „Zwei Männer/Frauen unterhalten sich über das Leben (...) Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht – der/die erste oder der/die zweite?“



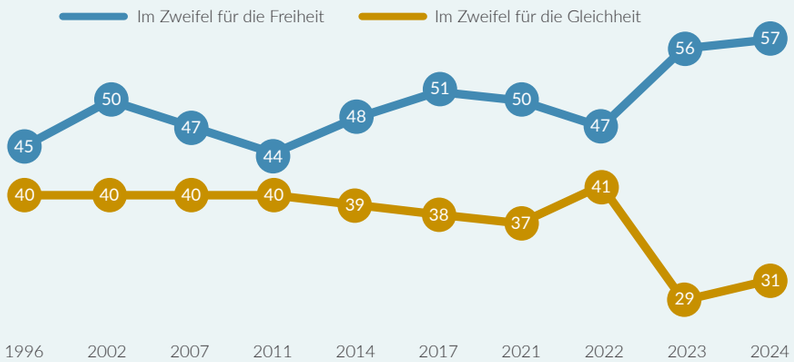
Es war anzunehmen, dass dieses Ergebnis eine Reaktion auf die Tatsache war, dass die führenden Massenmedien im Vorjahr, dem Jahr 2022, – vermutlich unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine – dem Thema Freiheit viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt hatten als in den Jahren davor.

Es stellte sich die Frage, wie nachhaltig diese Entwicklung sein würde. Der Anteil der Berichte zum Thema Freiheit sank im Jahr 2023 gegenüber 2022 wieder deutlich, weswegen die Vermutung nahelag, dass der Effekt der tagespolitisch bedingten, kurzfristigen Schwerpunktbildung in der Berichterstattung auch rasch wieder verpuffen und die Bevölkerung dementsprechend im Jahr 2024 der Freiheit wieder eine geringere Bedeutung beimessen würde.

Diese Vermutung hat sich nicht bestätigt. In der Umfrage zum Freiheitsindex 2024 sagten 51 Prozent der Befragten, ihnen sei im Zweifel die Freiheit wichtiger als die Gleichheit, 31 Prozent entschieden sich für die Gleichheit. Die Zahlen unterscheiden sich damit nur minimal von den im letzten Jahr ermittelten. Die im vergangenen Jahr festgestellte Veränderung in der Wertschätzung der Freiheit hat also – zumindest vorerst – Bestand (Grafik 2).

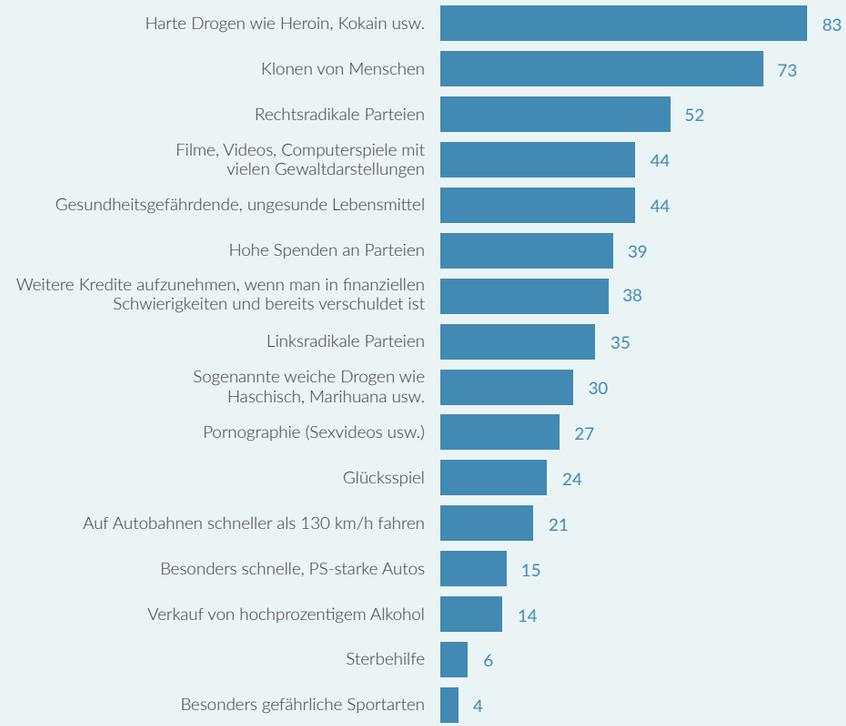
Grafik 2: Freiheit oder Gleichheit
(Zustimmung in Prozent)

Frage: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit ... Welcher von beiden sagt am ehesten das, was auch Sie denken?“ (Bildblattvorlage)



Grafik 3: Der Ruf nach Verboten I
(Zustimmung in Prozent)

Frage: „Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“ (Listenvorlage)



Mit der dritten Frage, die in den ersten Teilindex eingeht, wird das Ausmaß ermittelt, in dem die Bevölkerung staatliche Verbote in verschiedenen Lebensbereichen fordert. Bei dieser Frage wird eine Liste mit 16 Punkten zur Auswahl vorgelegt, die seit der ersten Erhebungswelle des „Freiheitsindexes Deutschland“ unverändert sind, darunter „Harte Drogen wie Heroin, Kokain usw.“, „Gesundheitsgefährdende, ungesunde Lebensmittel“, „Rechtsradikale Parteien“ oder „Hohe Spenden an Parteien.“ 83 Prozent

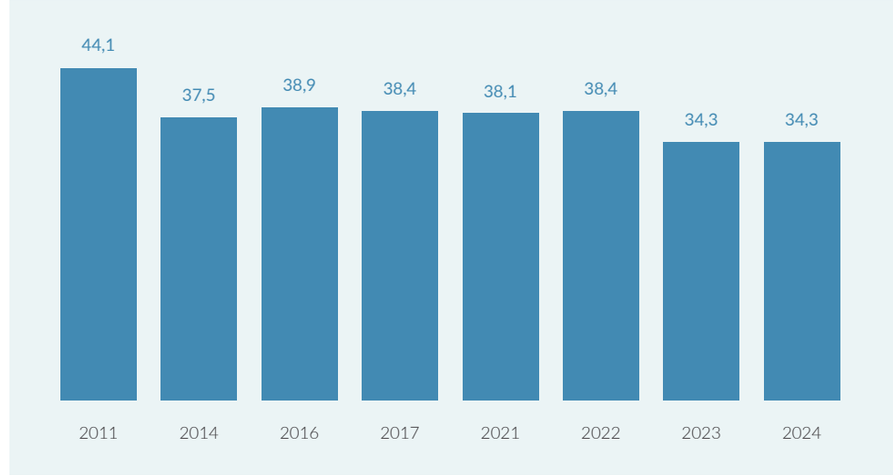
der Befragten antworteten im September 2024, ihrer Ansicht nach sollten harte Drogen wie Heroin oder Kokain verboten sein. An zweiter Stelle in der Rangliste steht, genannt von 73 Prozent, das Klonen von Menschen. 52 Prozent forderten ein Verbot von rechtsradikalen Parteien. Dagegen sprachen sich nur kleine Minderheiten für ein Verbot des Verkaufs von hochprozentigem Alkohol, der Sterbehilfe und besonders gefährlicher Sportarten aus. Grafik 3 zeigt das Ergebnis der Frage im Überblick. An diesen Ergebnissen hat sich in den letzten Jahren alles in allem wenig geändert, wenn auch die Antworten zu einzelnen Punkten immer mal wieder etwas hin- und herschwankten, ohne dass sich an der Rangliste der am häufigsten genannten Punkte etwas Grundsätzliches geändert hätte.

Für die Berechnung des Freiheitsindexes ist nicht entscheidend, bei welchen einzelnen Punkten die Befragten ein Verbot forderten, sondern das Gesamtniveau der Antworten steht im Mittelpunkt der Betrachtung: In welchem Maße ruft die Bevölkerung überhaupt nach Verboten? Bei der zweiten Ermittlung des Freiheitsindexes 2012 hatte sich gezeigt, dass der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei den 16 identischen zur Auswahl gelegten Punkten ein Verbot forderten, deutlich gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war, in dem allerdings auch eine bemerkenswert hohe Akzeptanz von Verboten festgestellt worden war. Danach waren über ein Jahrzehnt hinweg keine großen Änderungen mehr zu verzeichnen. 2023 zeigte sich dann ein erneuter Rückgang gegenüber den Vorjahren: Der Durchschnittswert sank von 38,4 Prozent im Jah 2022 auf 34,4 Prozent. Die aktuelle Umfrage belegt nun, dass es sich bei dieser Veränderung nicht um eine Zufallsschwankung handelte. Im September 2024 wurde mit 34,3 Prozent der exakt der gleiche Durchschnittswert ermittelt wie im Herbst 2023. Betrachtet man den gesamten Zeitraum seit 2011, wird deutlich, dass, von kurzfristigen Schwankungen abgesehen, der Wunsch der Bevölkerung, viele Dinge verbieten zu lassen, sehr langsam aber beharrlich schwächer geworden ist (Grafik 4).

Die drei Fragen, ob jeder „seines Glückes Schmied“ sei, ob der Freiheit oder der Gleichheit der Vorrang einzuräumen sei und welche Dinge und Verhaltensweisen verboten werden sollten, erfassen verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen Wertschätzung der Freiheit. Darüber hinaus enthält der Fragebogen zum „Freiheitsindex Deutschland“ auch zwei Fragen, mit denen das subjektive Freiheitsgefühl der Bevölkerung ermittelt wird. Sie bilden den zweiten Teilindex. Bei beiden Fragen hatten sich im vergangenen Jahr bemerkenswerte Entwicklungen gezeigt. In der einen Frage wird den Befragten eine Skala von 0 bis 10 vorgelegt, mit der Bitte, anhand dieser Skala anzugeben, wie frei sie sich in ihrem Leben fühlen. Die

Grafik 4: Der Ruf nach Verboten II

Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die bei 16 Listenpunkten ein Verbot fordern (in Prozent)

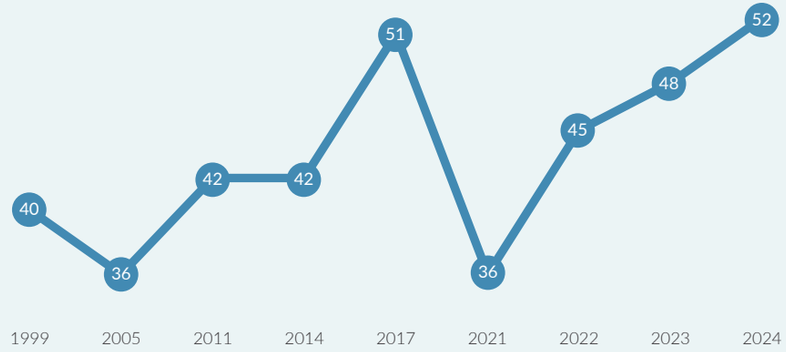


Frageformulierung ist ganz allgemein gehalten, es werden keine Hinweise auf politische oder gesellschaftliche Aspekte gegeben, die die Antworten der Befragten lenken könnten.

Grafik 5 zeigt den Anteil derjenigen, die bei dieser Frage die Skalenstufen 8 bis 10 auswählten und damit zu Protokoll gaben, dass sie sich in ihrem Leben sehr frei fühlen. Dieser Anteil war von 2017 bis 2021 vom bisherigen Höchstwert von 51 Prozent auf 36 Prozent und damit den tiefsten Wert seit dem Jahr 2005, zurückgefallen. Es lag nahe, diese Entwicklung auf die Belastungen der Bürger in der Corona-Krise zurückzuführen. Diese Vermutung bestätigte sich in den folgenden Jahren, als sich der Wert wieder auf 45 Prozent im Jahr 2022 und 48 Prozent 2023 und damit ungefähr auf das Niveau der Jahre vor der Corona-Pandemie erholte. 2024 beträgt nun der Anteil derjenigen, die einen Skalenpunkt zwischen 8 und 10 wählten, 52 Prozent. Damit ist der Effekt der Corona-Jahre mehr als ausgeglichen, der bisherige Rekordwert aus dem Jahr 2017 wurde damit noch um einen Prozentpunkt übertroffen. Dieser Befund ist angesichts wiederkehrender öffentlicher Diskussionen um eine angebliche persönliche Perspektivlosigkeit vieler Bürger bemerkenswert. Das allgemeine Freiheitsgefühl der Bürger ist trotz einer sonst durchaus pessimistischen Stimmung in der Bevölkerung deutlich ausgeprägter als vor einem oder gar zwei Jahrzehnten.

Grafik 5: Subjektives Freiheitsempfinden
(Anteil derjenigen, die auf einer Skala von 0–10 die Punkte 8 bis 10 wählen, in Prozent)

Frage: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben – fühlen Sie sich frei oder unfrei?“

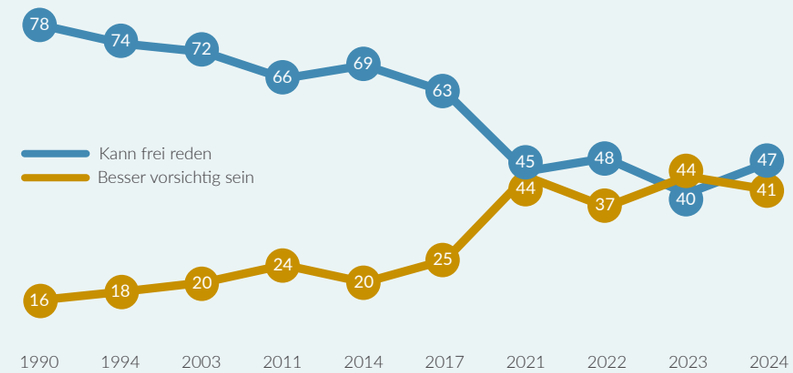


Im scharfen Kontrast dazu stehen die Antworten auf die zweite Frage zum subjektiven Freiheitsempfinden: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?“ Diese Frage erbrachte im Jahr 2021 das bisher spektakulärste Ergebnis im Rahmen der Ermittlungen zum Freiheitsindex. Über Jahrzehnte hinweg hatten große Mehrheiten in der Bevölkerung – rund zwei Drittel bis drei Viertel – die Meinung vertreten, man könne in Deutschland seine politische Meinung frei äußern. 2021 fiel Anteil derjenigen, die diese Meinung vertraten, auf 45 Prozent zurück. Dies war ein deutlicher Hinweis auf ein zunehmend gespanntes Klima in der öffentlichen Diskussion, das sich bereits in den Jahren zuvor angekündigt hatte. Schon in der Umfrage zum „Freiheitsindex Deutschland 2011“ hatte sich gezeigt, dass es gesellschaftspolitische Themen gab, bei denen erhebliche Teile der Bevölkerung den Eindruck hatten, dass man zu ihnen nicht offen seine Meinung sagen könne, wenn man sich nicht „den Mund verbrennen“ wolle. Das war besonders bei den Themen Einwanderung und Islam der Fall. Anscheinend hatte sich nun, zehn Jahre später, das Unbehagen vieler Bürger am Tonfall der öffentlichen Diskussion, die von vielen offensichtlich als intolerant empfunden wird, noch einmal deutlich verschärft.

Seit 2022 wird nun dieser Befund aus dem Jahr 2021 mit nur geringen Schwankungen Jahr für Jahr bestätigt. Damit ist klar, dass das überraschende Ergebnis aus dem Jahr 2021 nicht, wie bei der oben beschriebenen Frage nach dem persönlichen Freiheitsgefühl, allein eine Folge der Sondersituation während der Corona-Pandemie war, wenn es auch durch diese mit ausgelöst worden sein mag, sondern Ausdruck eines grundsätzlichen Wandels im öffentlichen Klima. Der 2021 erlittene Substanzverlust ist offensichtlich dauerhaft. Dies wird auch durch die Umfrageergebnisse des Jahres 2024 erneut bekräftigt: 47 Prozent der Befragten meinten im September dieses Jahres, man könne seine politische Meinung frei äußern. Das sind sieben Prozentpunkte mehr als 2023, aber am Gesamtniveau der Antworten hat sich nichts Wesentliches geändert. Nach wie vor macht nur etwa die Hälfte derer, die eine eindeutige Meinung zu diesem Thema äußern, diese Angabe. Die Werte aus der Zeit vor 2021 sind unverändert weit entfernt (Grafik 6).

Grafik 6: Freie Meinungsäußerung
(Zustimmung in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)

Frage: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“



Um zu ergründen, warum nahezu die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland angibt, die eigene politische Meinung nicht frei äußern zu können, wurde in der aktuellen Umfrage die Häufigkeit einer Reihe von möglichen negativen Reaktionen erhoben, die man bei politischen Meinungsäußerungen erleben kann. Etwa jede fünfte befragte Person gab an,

mindestens einmal eine soziale Sanktion erlebt zu haben, wobei leichtere, wie ausgelacht oder belächelt zu werden (33 Prozent), häufiger waren als schwerere, wie beschimpft oder angegriffen zu werden (18 Prozent). Am häufigsten berichteten Anhänger der AfD von negativen Reaktionen (34 Prozent), aber auch rund jeder vierte Anhänger der Grünen und des BSW (jeweils 24 Prozent) war davon betroffen, während dies bei CDU- und SPD-Anhängern etwas weniger oft der Fall war (17 bzw. 16 Prozent).

Wie hoch das Risiko eingeschätzt wird, sich mit einer politischen Meinungsäußerung ins soziale Abseits zu manövrieren, hängt natürlich auch davon ab, welche Erfahrungen Menschen im persönlichen Umfeld – Verwandte, Freunde oder Bekannte – mit dem Äußern ihrer Ansichten gemacht haben. In einer Umfrage vom November 2023 gaben immerhin 42 Prozent an, in den letzten Jahren im Freundes- oder Bekanntenkreis mitbekommen zu haben, dass jemand seine Meinung zu einem politischen Thema geäußert habe und deswegen angegriffen worden sei.

Eine weitere Informationsquelle für die subjektive Einschätzung der Meinungsäußerungsfreiheit stellt die Medienberichterstattung dar. Wenn etwa die Bundesregierung bekanntgibt, dass es im Jahr 2023 gemäß vorläufigen Zahlen zu 2.790 Angriffen auf Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien gekommen sei, oder wenn im selben Jahr der Tagesschau-Sprecher Constantin Schreiber in einem ZEIT-Interview schildert, sich wegen zunehmender persönlicher Bedrohungen journalistisch nicht mehr mit dem Thema Islam beschäftigen zu wollen, wird dies den Eindruck verstärken können, dass man mit politischen Meinungsäußerungen besser vorsichtig sein sollte. Die Angriffe auf Parteirepräsentanten und öffentliche Personen wie Constantin Schreiber belegen im Übrigen, dass es sich bei der Furcht vor sozialen Sanktionen nicht einfach um ein „faktisch falsches Gefühl“ handelt, wie man in einem National-Geographic-Artikel zum Freiheitsindex 2023 lesen konnte.

Für den Freiheitsindex Deutschland werden nun die Ergebnisse der genannten Trendfragen und ausgewählte Resultate der Medieninhaltsanalyse des Instituts Media Tenor International zusammengeführt. Das bedeutet, die Ergebnisse werden rechnerisch zusammengefügt und aus ihnen eine einzige Kennzahl ermittelt, die auf einen Blick Auskunft über den Stellenwert der Freiheit in der deutschen Gesellschaft geben soll.

Die Auswahl der Fragen und die Methode, mit der ihre Ergebnisse zusammengerechnet werden, ist letztlich Ermessenssache. Umso wichtiger ist es, dass die Zusammensetzung des Indexes transparent gemacht wird und für Außenstehende nachvollziehbar bleibt. Ein guter Index ist robust, das heißt, dass der Austausch einer einzelnen Frage oder einer einzelnen

Kategorie den Gesamtwert nur wenig und damit die Kernaussage des Indexes nicht verändern würde.

Festgelegt werden muss außerdem die Bandbreite, innerhalb welcher der Indexwert schwanken kann. Der Freiheitsindex kann zwischen -50 und +50 schwanken, wobei ein Wert über Null ein Übergewicht der Freiheit im Vergleich zu konkurrierenden Werten und gesellschaftlichen Zielen symbolisiert. Ein Wert unter Null steht für eine vergleichsweise schwächere Position des Werts der Freiheit. Auf diese Weise ermöglicht es der Freiheitsindex, auf den ersten Blick zu erkennen, ob die Freiheit gesellschaftlich unter Druck steht oder umgekehrt dominiert.

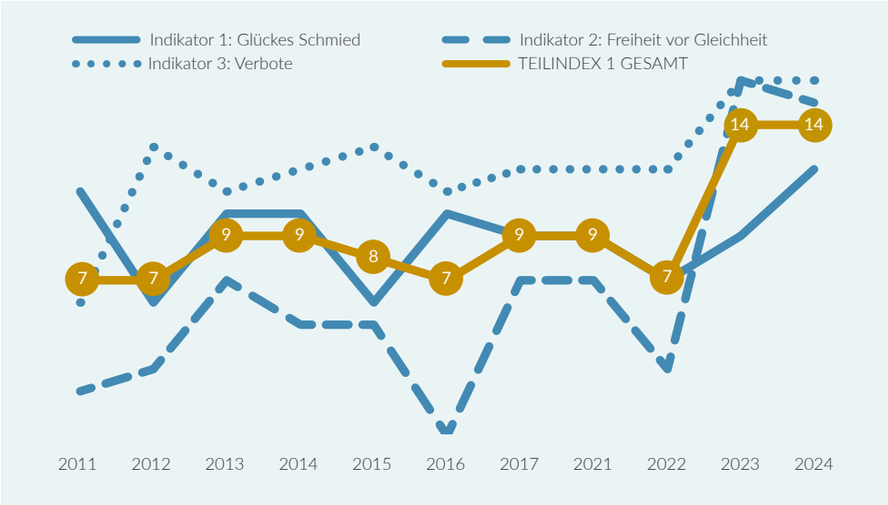
Der „Freiheitsindex Deutschland“ wird konkret wie folgt berechnet.

Der erste Teilindex repräsentiert, wie beschrieben, die gesellschaftliche Wertschätzung der Freiheit. Hierfür werden die drei für diesen Aspekt relevanten Umfrageergebnisse herangezogen. Das erste ist der Anteil derjenigen, die die Meinung vertreten, jeder sei „seines Glückes Schmied.“ Dieser Anteil liegt bei 50 Prozent, während 31 Prozent die Gegenposition „Die einen sind oben, die anderen unten“ vertraten. 19 Prozent äußerten sich unentschieden. Für den Index werden nun die 19 Prozent Unentschiedenen aus dem Ergebnis herausgerechnet, so dass allein der Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen Positionen übrigbleibt: 62 Prozent derer, die eine eindeutige Meinung äußerten, sagten, jeder sei seines Glückes Schmied, 38 Prozent sagten „Die einen sind oben, die anderen unten.“

Gäbe es ein Gleichgewicht zwischen den beiden gegensätzlichen Meinungen, müsste der Anteil derjenigen, die sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, bei 50 Prozent liegen. Deswegen wird dieser Wert als Nullpunkt, als Bezugspunkt definiert. Das tatsächliche Ergebnis von 62 Prozent liegt zwölf Prozentpunkte darüber. Darum geht diese Frage mit dem Wert von +12 in den Teilindex ein.

Analog hierzu wird auch bei der Frage vorgegangen, ob im Konfliktfall die Freiheit oder die Gleichheit wichtiger sei (Ergebnis +15). Das dritte Element des ersten Teilindexes bildet die Frage, in welchen Lebensbereichen Verbote eingeführt werden sollten. Hier wird der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei 16 zur Auswahl gestellten Bereichen kein Verbot fordern, mit dem Basiswert von 50 in Bezug gesetzt, was zu einem Teilwert von +16 führt. Aus diesen drei Teilwerten wird nun der Durchschnitt gebildet. Er liegt bei +14, unverändert gegenüber dem Vorjahr, aber deutlich über den Werten vor 2023, als regelmäßig Indexwerte zwischen +7 und +8 erreicht worden waren. Der Befund aus dem letzten Jahr, wonach der gesellschaftliche Stellenwert der Freiheit deutlich zugenommen hat, wird durch die jüngste Umfrage also klar bestätigt (Grafik 7).

Grafik 7: TEILINDEX 1 – Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit

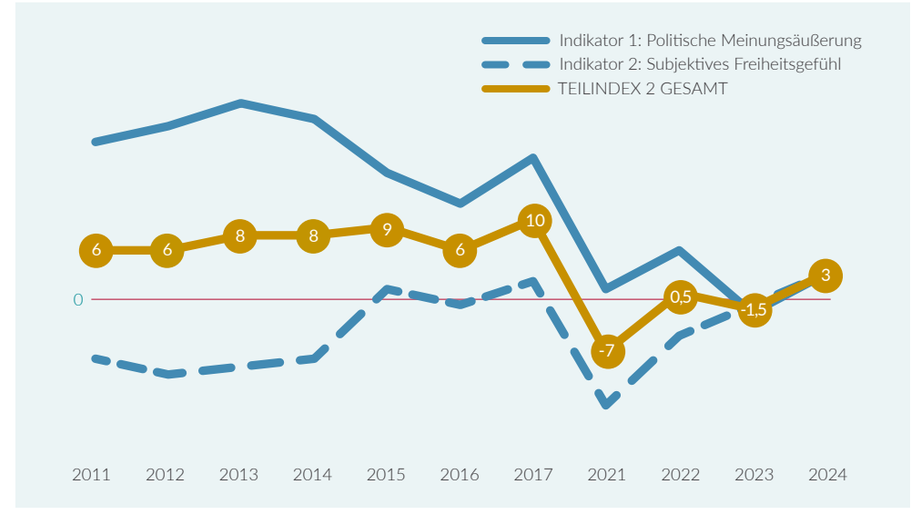


Der zweite Teilindex umfasst die Umfrageergebnisse zur subjektiv empfundenen Freiheit. In ihn geht der Anteil derjenigen ein, die sagen, man könne seine politische Meinung in Deutschland frei äußern. Er lag bei 47 Prozent der Befragten insgesamt, 53 Prozent unter Ausschluss der Unentschiedenen. Gemessen am Basiswert 50 ergibt sich damit ein Teilindexwert von +3. Das ist immerhin eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Ergebnis von 2023, als der Wert mit -1,5 leicht aber eindeutig im negativen Bereich lag.

Außerdem geht in den Index der Anteil derer ein, die sich in ihrem persönlichen Leben sehr frei fühlen und dies dadurch dokumentieren, dass sie bei der entsprechenden Frage auf einer Skala von 0 bis 10 die Stufen 8, 9 oder 10 wählen. Dies traf in der aktuellen Umfrage auf 52 Prozent der Deutschen zu, 53 Prozent unter Ausschluss der Unentschiedenen, was einem Wert von +3 entspricht, der damit ebenfalls von der negativen in die positive Zone der Skala gewechselt ist. Der zweite Teilindex entspricht dem Durchschnitt aus den beiden Teilwerten, also +3. Beide Komponenten dieses Teilindexes legen damit auf dem gleichen Niveau, was eine charakteristische Veränderung gegenüber den Ergebnissen vom vergangenen Jahrzehnt ist, als der Indikator 1, der Glaube an die Freiheit der politischen Meinungsäußerung, noch deutlich höhere Werte, der Indikator 2, das subjektive Freiheitsgefühl, etwas niedrigere Werte ergab als heute. Insgesamt

kann der Anstieg bei letzteren den Verlust bei den ersteren nicht ganz ausgleichen, so dass das Gesamtniveau dieses Teilindexes heute etwas niedriger ist als im vergangenen Jahrzehnt. Immerhin aber ist die Tendenz der letzten Jahre positiv (Grafik 8).

Grafik 8: TEILINDEX 2 – Subjektiv empfundene Freiheit

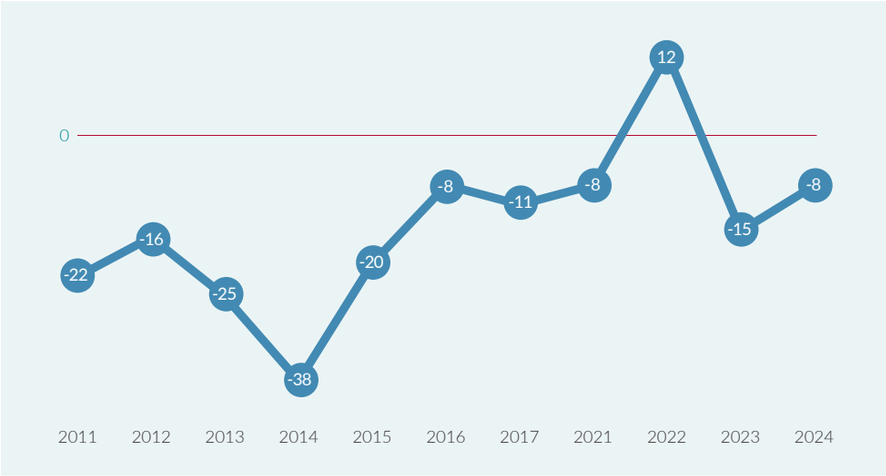


Der dritte Teilindex schließlich wird auf der Grundlage der Inhaltsanalyse errechnet. Er repräsentiert die Bedeutung der Freiheit in der Medienberichterstattung. Als Basis für die Berechnung wird der Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte in der Berichterstattung der führenden Nachrichtenmedien verwendet. Er war in den Jahren 2012 bis 2021, von kurzfristigen leichten Schwankungen abgesehen, tendenziell leicht gestiegen, wenn auch auf einem niedrigen Niveau. 2022 sprang der Wert dann drastisch von 15 Prozent im Vorjahr auf 28 Prozent in die Höhe. Man musste annehmen, dass der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen hatte, die ja in Deutschland zu intensiven öffentlichen Diskussionen darüber geführt hat, wie die Freiheit in Europa verteidigt werden kann. Die Vermutung bestätigte sich ein Jahr später, als der Wert wieder auf 10 Prozent und damit auf das Niveau des Jahres 2018 zurückfiel. 2024 beträgt nun der Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte in den untersuchten Medien 15 Prozent, deutlich mehr als 2023, aber weit weniger

als 2022. Insgesamt bewegt sich das aktuelle Ergebnis auf dem gleichen Niveau wie die der Jahre 2019 bis 2021.

Dieses Ergebnis der Inhaltsanalyse geht nun in modifizierter Form als dritter Teilindex in den Freiheitsindex Deutschland ein. Der Grund für die Modifikation ist pragmatischer Natur: In den Jahren 2011 bis 2017 war der Freiheitsindex unter Zuhilfenahme anderer, mit anderen Methoden ermittelter, Inhaltsanalysen berechnet worden, als aktuell. Diese Inhaltsanalysen zeigten zwar die gleiche Trendentwicklung, wie sie auch an den Anteilen des Themas Freiheit an allen Aussagen über Werte zu erkennen ist, allerdings auf einem anderen Niveau und mit einer größeren Stärke der Schwankungen. Um die aktuellen Werte mit denen aus den früheren Jahren vergleichbar zu machen, werden sie mithilfe eines einfachen Verrechnungsfaktors an die alte Trendlinie angepasst: Vom aktuellen Wert werden 20 Prozentpunkte abgezogen und das Ergebnis mit 1,5 multipliziert. Damit ergibt sich für das Jahr 2023 ein Ergebnis von -8 (Grafik 9).

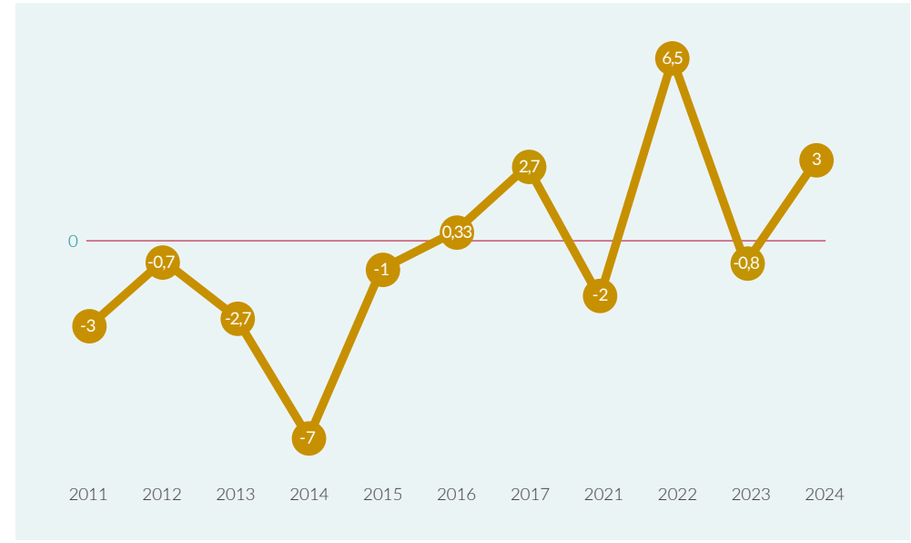
GRAFIK 9: TEILINDEX 3 – Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung
(Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte minus 20 mal 1,5)



Damit liegt der Wert des dritten Teilindexes, wie auch im Vorjahr, deutlich unter Null, wenn auch etwas weniger deutlich. Es zeigt sich, dass das Jahr 2022, in dem er zum ersten Mal mit +12 im positiven Bereich lag, ein Ausnahmefall war. Das heißt, dass in der Medienberichterstattung dem Wert der Freiheit nach wie vor im Regelfall nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im Zweifel wird eher gegen die Freiheit argumentiert als für sie. Die Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen liegen dagegen, wie oben gezeigt, durchweg im positiven Bereich. Das bedeutet, dass die Berichterstattung die Bürger tendenziell vom Wert der Freiheit wegzieht.

Der endgültige Freiheitsindex 2024 schließlich ist der Durchschnitt aus den drei Teilindices +14, +3 und -8. Er liegt damit bei +3. Dies ist ein im Trendvergleich positiver Wert, der zweithöchste gemessene seit 2011, wenn er auch noch deutlich unter dem bisherigen Rekord des Jahres 2022 liegt, als der Freiheitsindex Deutschland bei +6,5 lag. Wie Grafik 10 zeigt, schwankte der Freiheitsindex in den letzten Jahren recht deutlich, doch allmählich scheint sich, wenn man von den kurzfristigen Schwankungen absieht, so etwas wie ein langfristiger Trend abzuzeichnen. In den Jahren 2011 bis 2015 lag der Index durchweg unter der Nulllinie, die er zum ersten Mal 2016 minimal überschritt. Seitdem gibt es eine steigende Tendenz: Im Durchschnitt lag der Freiheitsindex in den Jahren 2011 bis 2015 bei -2,9. Für die Jahre 2021 bis 2024 beträgt der Durchschnittswert dagegen +1,7. Insgesamt hat die Freiheit als Wert in Bevölkerung und Medien im Laufe des letzten Jahrzehnts also spürbar an Gewicht gewonnen.

Grafik 10: FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2011–2023



«Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten.»

Jean-Jacques Rousseau, „Gesellschaftsvertrag“

Dan Cassino, Thomas Petersen, Roland Schatz

VOM SELBST-BEWUSSTSEIN IST WENIG GEBLIEBEN

Vergleichsanalyse Freiheitsindex Deutschland und USA

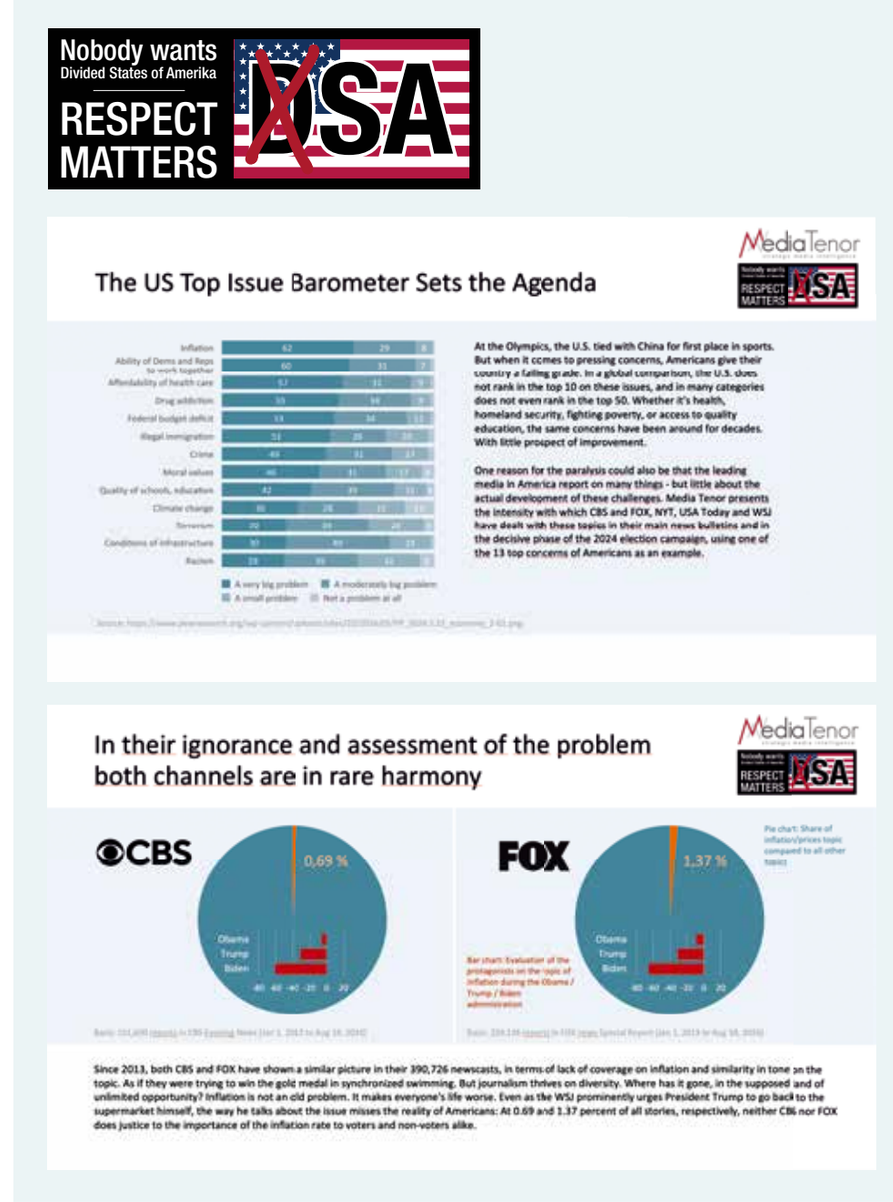
Es ergibt wenig Sinn, anderen vorzuhalten, sie würden nicht ausreichend über den Tellerrand blicken und selber nur um den eigenen Bauchnabel kreisen. Schon früh hatten Dr. Thomas Petersen, Prof. Dr. Ralph Erich Schmidt und ich das Gefühl, angesichts der verheerenden Werte des Freiheitsindex in Deutschland diese Datentrends mit denen aus anderen Ländern zu vergleichen. Um so dankbarer waren wir, als wir von Prof. Dr. Kai Konrad eingeladen wurden, unsere Forschung mit seinen Kollegen in München zu teilen: Dort arbeitete er ebenfalls seit Jahren am sogenannten Paternalisierungsprojekt (siehe seinen Beitrag in diesem Buch).

Eine Internationalisierung allein mit Blick auf die sogenannte DACH-Region drängt sich schon allein aus dem gemeinsamen Kulturhintergrund auf, der sich in der Covid-Krise jedoch erneut nicht in einer gleichförmigen Politik ausdrückte: Während in Österreich – noch extremer als in Deutschland – die Verantwortlichen sich und die Menschen allein mit einem Lockdown glaubten schützen zu können, gingen die Eidgenossen ganz anders mit den gleichen Herausforderungen um: Drei Wochen vor und nach den Osterferien 2020 wurde zum Lockdown gegriffen, um danach schnell wieder die Schulen und anderes zu öffnen. Nicht allein aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ein historisch einmaliges Feldprojekt. Dank der Kollegen vom TUM-Campus in Heilbronn konnten wir dann erste Daten aus deren D21- und TUM-Projekt publizieren – siehe Umschlagseite 2: Während in Deutschland und Österreich das Vertrauen in die Regierungen auf katastrophale 35 bzw. 34 Prozent einbrach, blicken die Eidgenossen mit 61 Prozent eher wohlwollend nach Bern.

Entsprechend haben wir für den diesjährigen Freiheitsindex zur 35-Jahr-Feier des Mauerfalls den Kollegen Prof. Dr. Dan Cassino von der Fairleigh Dickensen Universität gebeten, im gleichen Forschungsdesign und im nahezu gleichen Zeitraum die Amerikaner zu befragen, wie es sich zwischen Los Angelos und New York City mit dem Freiheitsbefinden im Land der unbegrenzten Möglichkeiten verhält: Trauen sie sich mehr oder weniger, ihre Meinung zu äußern? Was empfinden sie, wenn sie danach gefragt werden, ob sie ihre Meinungen in ihren Leitmedien wahrgenommen finden? Seit 2000 führt Media Tenor für das Shorenstein Center an der Kennedy School in Harvard die Medien-Wirkungs-Analysen zu den jeweiligen US Presidential Campaigns durch. Die diesjährigen Resultate werden in den wöchentlichen „US Elections Weekly Reports“ entlang des vom PEW erhobenen Sorgenbarometers durchgeführt: Welche Sorgen der Amerikaner werden in welcher Form von den dortigen Leitmedien überhaupt aufgegriffen und welche Rolle spielen sie in der Medienberichterstattung über die beiden Kandidaten zur Wahl am 4. November 2024?

VOM SELBST-BEWUSSTSEIN IST WENIG GEBLIEBEN

Grafik 1: US Elections Weekly Reports von Media Tenor

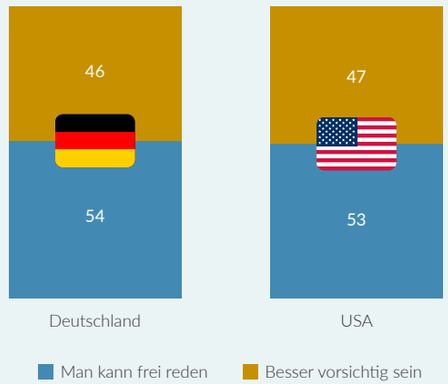


Schon früh (in den 90er Jahren) hatte der damalige Direktor des Shorenstein Centers, Tom Pattersen, mit seinen bahnbrechenden Büchern „Out of Order“ sowie „The Vanisching Voter“ auf das Versagen der US Leitmedien nach dem Watergate-Skandal hingewiesen, in dessen Folge sich dann Wahl für Wahl immer mehr Menschen von der Demokratie verabschiedeten. Ähnlich wie während der Covid-Krise glaubte die Politik – Hand in Hand mit den Verfassungsrichtern – auch bei den Grundfragen der Demokratie nur die genehmen Befunde von Forschungsresultaten berücksichtigen zu können.

30 Jahre nach Patterson zeigen die Ergebnisse des Freiheitsindex für die Vereinigten Staaten von Amerika, dass sie tatsächlich vereinigt sind – wie auch die Deutschen: in ihrer Angst, das öffentlich auszusprechen, was ihnen wichtig ist:

Grafik 2: Freie Meinungsäußerung – Deutschland und USA im Vergleich
(Basis: Alle Befragten mit konkreter Angabe)

Frage: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“

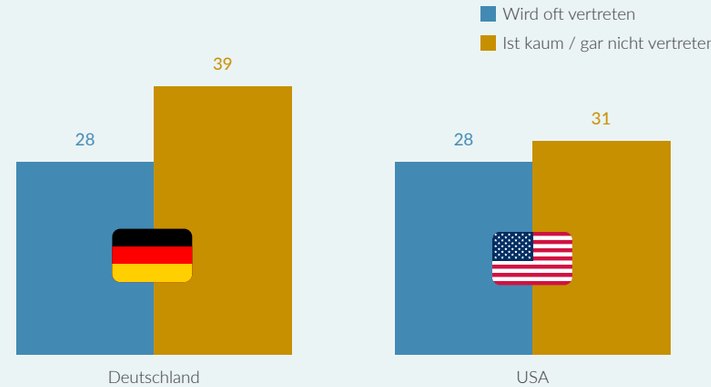


Auch bei der Frage, ob die eigene Meinung oft in den Medien vertreten werde, gibt es eine bemerkenswerte Übereinstimmung: 28 Prozent der befragten Amerikaner sagten, sie fänden ihre eigene Meinung oft in den Medien wieder – exakt so viele wie in Deutschland. Allerdings ist der Anteil derer, die ausdrücklich sagten, dass ihre eigene Meinung kaum oder

gar nicht in der Berichterstattung vertreten sei, in den Vereinigten Staaten etwas geringer als in Deutschland. In beiden Ländern bildet die zweite Gruppe aber die relative Mehrheit, wenn auch in den USA nur mit knappem Abstand:

Grafik 3: Eigene Meinung in den Medien – Deutschland und USA im Vergleich

Frage: „Wenn Sie einmal daran denken, wie die Medien berichten: Wird dabei oft die Meinung vertreten, die auch Sie haben, oder haben Sie das Gefühl, dass Ihre Sichtweise in den Medien kaum oder gar nicht vertreten ist?“



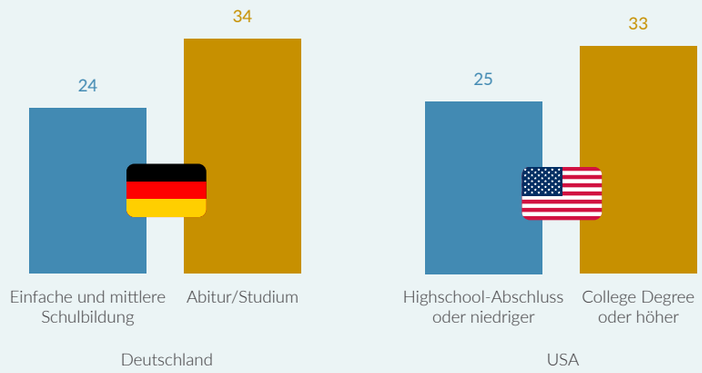
Erstaunlich ist die Übereinstimmung in Bezug auf den Zusammenhang zwischen der Schulbildung der Befragten und ihrem Eindruck, mit ihrer Meinung in den Medien vertreten zu sein. Hier ist ein Vergleich zwischen den beiden Ländern mit Vorsicht zu betrachten, denn das deutsche und das amerikanische Bildungssystem unterscheiden sich sehr voneinander, so dass es nur schwer möglich ist, in beiden Ländern vergleichbare Befragtengruppen zu bilden. In den Vereinigten Staaten werden üblicherweise zwei Bildungsgruppen voneinander unterschieden: erstens Personen, die maximal über einen Highschool-Abschluss verfügen, und zweitens alle, die darüber hinaus gehende Bildung genossen haben, also mindestens einen College-Abschluss haben. In Deutschland kommt man dieser Unterteilung am nächsten, wenn man in der ersten Gruppe alle Menschen zusammenfasst, die maximal die Mittlere Reife erworben haben, und in der zweiten Gruppe alle, die über das Abitur oder einen höheren Bildungsabschluss verfügen.

Obwohl eine solche Unterteilung in zwei Bildungsgruppen nur einen sehr unscharfen, groben Vergleich zwischen den USA und Deutschland zulässt, verblüfft, dass sich bei dieser Analyse die Antworten der Befragten aus beiden Ländern fast auf das Prozent genau gleichen: Jeweils ein Viertel der Befragten mit niedrigerer Schulbildung fand die eigene Meinung oft in den Medien wieder, während es unter denen mit einem höheren Bildungsabschluss immerhin ein Drittel war:

Grafik 4: Eigene Meinung in den Medien in Deutschland und USA – Bildung

Frage: „Wenn Sie einmal daran denken, wie die Medien berichten: Wird dabei oft die Meinung vertreten, die auch Sie haben, oder haben Sie das Gefühl, dass Ihre Sichtweise in den Medien kaum oder gar nicht vertreten ist?“

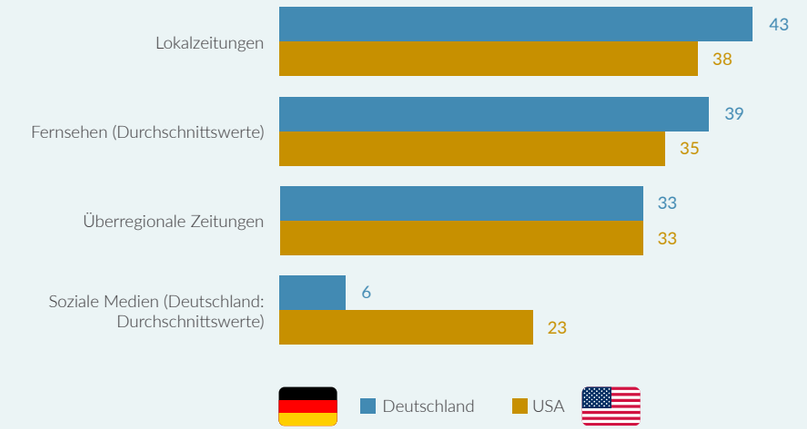
Antwort: „Wird oft vertreten.“



Auch beim Vertrauen in verschiedene Arten von Medien stimmen die Antworten der Befragten in Deutschland und Amerika überwiegend überein. Auch hier ist ein Vergleich schwierig, denn das deutsche und das amerikanische Mediensystem unterscheiden sich erheblich voneinander. Die in Deutschland so wichtigen öffentlich-rechtlichen Sender spielen in den Vereinigten Staaten keine nennenswerte Rolle. Ihre Funktion als ehemals dominierende und noch immer bedeutende Leitmedien wird in den USA von den Nachrichtensendungen der großen drei traditionellen Fernsehsender ABC, NBC und CBS eingenommen, bei denen wiederum zwischen den landesweit ausgestrahlten und einer großen Zahl regionaler Nachrichtensendungen unterschieden werden muss. Will man zumindest einen groben Vergleich zwischen der Glaubwürdigkeit verschiedener Medien zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten vornehmen, muss man die Angaben zu den verschiedenen Fernsehangeboten in beiden Ländern – also in Deutschland zu den öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern, in den USA zu den nationalen und lokalen Nachrichtensendungen sowie zu den diversen Spartensendern wie CNN oder Fox News – zusammenzählen und den Durchschnitt berechnen.

Grafik 5: Vertrauenswürdigkeit von Medien – Deutschland und USA im Vergleich

Frage: „Welche dieser Informationsquellen halten Sie für vertrauenswürdig, wo wird man besonders zuverlässig und glaubwürdig informiert?“



Nachdem auf diese Weise eine gewisse Vergleichbarkeit hergestellt wurde, erkennt man auch hier, wie sehr sich die deutschen und die amerikanischen Antworten ähneln: Die größte Glaubwürdigkeit besitzen, genannt jeweils von etwa 40 Prozent der Befragten in beiden Ländern, die Lokalzeitungen, knapp gefolgt vom Fernsehen und den überregionalen Zeitungen. Einen deutlichen Unterschied zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gibt es dagegen beim Vertrauen in die sozialen Medien. Während in Amerika immerhin 23 Prozent der Befragten sagten, dass sie soziale Medien als vertrauenswürdige Informationsquellen ansehen, waren es in Deutschland nur sechs Prozent. Da, wie oben beschrieben,

Online-Quellen und mit ihnen auch die sozialen Medien als Informationsquelle auch in Deutschland an Bedeutung gewinnen, muss man annehmen, dass deren Glaubwürdigkeit aus Sicht der Bevölkerung in den kommenden Jahren ebenfalls zunehmen wird. In die USA zu schauen, heißt in diesem Fall wahrscheinlich, in die Zukunft zu blicken.

Alles in allem ist trotz mancher Unterschiede im Detail die Übereinstimmung der amerikanischen und der deutschen Ergebnisse verblüffend. Die kulturelle Kluft zwischen den intellektuellen, in den meisten Medien maßgeblichen Eliten und großen Teilen der Bevölkerung, vor allem denen, die über eine einfache oder mittlere Schulbildung verfügen, ist in beiden Ländern anscheinend etwa gleich groß und zeigt auch ähnliche Strukturen. Auch die Tatsache, dass sich viele Bürger bevormundet und in ihrer freien Meinungsäußerung unterdrückt fühlen, scheint in beiden Ländern ähnliche Ausmaße zu haben. Es wird ähnlicher Umfragen in weiteren Ländern bedürfen, um feststellen zu können, ob es sich hierbei um ein generelles, länderübergreifendes, gleichsam universelles Problem in westlichen Gesellschaften handelt. Doch die vorliegenden Daten lassen diesen Verdacht aufkommen.

TEIL 2

WIE UNFREIHEIT WIRKT

«Freiheit ist die Unabhängigkeit von dem zwanghaften Willen eines anderen, soweit sie mit der Freiheit von jedem anderen nach einem allgemeinen Gesetz bestehen kann.»

Immanuel Kant, „Metaphysik der Sitten“

Carsten Knop

WO DIE DEMOKRATIE-GESCHICHTE EINE RENAISSANCE ERLEBT

Der Historiker Christopher Clark bezeichnet die deutsche Revolution von 1848/49 als die „einzige wahrhaftig europäische Revolution“, die es je gegeben habe. Als in Paris der sogenannte Bürgerkönig gestürzt wurde, sprang 1848 der revolutionäre Gedanke auch auf Deutschland über und entfaltete Kraft, endlich, wie die meisten Zeitgenossen gedacht haben dürften. Die herrschenden Fürstenhäuser wurden von der Breite der Ereignisse überrascht, manche sagen überrollt, schnell beugten sie sich den Forderungen des März 1848, gewährten Freiheiten, verfassunggebende Landtage sowie auf nationaler Ebene erstmalig ein nach allgemeinem Wahlrecht für Männer gewähltes gesamtdeutsches Parlament, das am 18. Mai 1848 in der Paulskirche in Frankfurt eröffnet wurde.

PRESSE- UND MEINUNGS-FREIHEIT SIND HEUTE FUNDAMENTE DEMOKRATISCHER VERFASSUNGEN. ABER MAN DARF SIE NIE FÜR SELBSTVERSTÄNDLICH HALTEN.

Und Bundespräsident Frank Walter Steinmeier hat in seiner Rede zum Paulskirchenjubiläum im vergangenen Jahre gesagt, nun sei es an der Zeit, die gemeinsame europäische Geschichte auch gemeinsam zu erzählen: „Auf dem Weg zu einer europäischen Identität, die niemand neu erfinden kann, brauchen wir diese Erinnerung an eine gemeinsame Geschichte des Kampfes um Freiheit und Demokratie.“ Wie aber kann diese Geschichte Verbreitung finden?

Dass die Ideen und Grundrechte, die die Revolutionäre damals formulierten, schon zu jener Zeit Beachtung fanden und in Deutschland trotz aller Verwerfungen nie wieder in Vergessenheit gerieten, ist vor allem der in diesen Grundrechten enthaltenen Presse- und Meinungsfreiheit zu verdanken. Presse- und Meinungsfreiheit sind heute Fundamente demokratischer Verfassungen. Aber man darf sie nie für selbstverständlich halten. Zum Beispiel in Russland: Dort gibt es keine demokratische Tradition, keine Paulskirche, keinen erkämpften Grundrechtskatalog, keine Presse- und Meinungsfreiheit. Aber auch in vermeintlich gefestigten Demokratien kann diese Freiheit angegriffen werden. Wo dies gelingt, erodieren auch alle anderen Freiheiten. Das ist eine Mahnung von 1848.

Den klugen Umgang mit Meinungs- und Pressefreiheit mussten die Deutschen erst noch lernen, und vielleicht ist das eine Aufgabe, die immer bleibt. Der Geist war aus der Flasche, auch wenn man sich immer wieder daran erinnern muss(te), was man davon hat: als das Rad in Deutschland nach der Bismarckschen Reichsgründung 1871 durch ein Pressegesetz wieder zurückgedreht wurde, zum Beispiel, und erst recht unter der Nazi-Diktatur. Entscheidend ist: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 garantiert in Artikel 5 die Meinungs- und Pressefreiheit.

Viele im Volk hadern damit in der heutigen Zeit, sie glauben, dass die Freiheiten nicht (richtig) genutzt werden, einerseits, und das man andererseits auch als Privatperson nicht mehr das sagen dürfe, was man denke. In den Medien sind des die überregionalen Titel, die noch ein gewisses Maß an „Glaubwürdigkeits“-Überhang bei den Menschen haben, wie eine Media-Tenor-Umfrage zeigt. Aber das Misstrauen sitzt tief. Und die Ansicht, man müsse Angst haben, seine Meinung zu artikulieren, ist immer noch weit verbreitet. Ende 2023, abermals in einer Media-Tenor-Umfrage, der Tiefpunkt: 44 Prozent hatten Angst, 40 Prozent nicht. In diesen Wochen hat sich das Verhältnis gedreht, 47 Prozent sind mutig, 40 Prozent haben Angst. Das ist besser, aber erschreckend bleibt es doch.

Wie lebhaft es zugehen kann, wenn eine freie Debattenkultur herrscht, beschreibt Jörg Bong in seinem Buch „Die Flamme der Freiheit“: Bong entführt seine Leser unter anderem in das Zeitungslesekabinett von Gustav Oehler auf der Frankfurter Zeil. Für wenig Geld, sogar mit halbjährlicher oder ganzjähriger Flatrate, konnte man dort vor 175 Jahren nach Herzenslust Zeitung lesen. Die Abgeordneten der Paulskirche liebten das Angebot. In zehn Minuten konnten sie von ihrem Tagungsort an der Hauptwache vorbei hierher schlendern. Denn Oehlers Geschäft lag am westlichen Ende der Zeil. „Vorrätig sind die meistgelesenen deutschen Zeitungen, Oehler hält je ein paar Exemplare bereit“, berichtet Bong.

Und wie viele Zeitungen es damals gab! Ständig kamen neue hinzu. Oehler zählt sie in einer Anzeige auf: „Deutsche Zeitung von Gervinus, Allgemeine Zeitung, Leipziger Allgemeine Zeitung, Deutscher Zuschauer, Karlsruher Zeitung, Badischer Landtagsbote, Nürnberger Korrespondent, Kölner Zeitung, Berliner Vossische Zeitung, Breslauer Zeitung, Schwäbischer Merkur, Bremer Zeitung, Rheinisches Volksblatt, Hanauer Zeitung, Frankfurter Journal, Frankfurter Zeitung, Kasseler Allgemeine Zeitung“. Die Zeit erlebte einen Nachrichtenhunger. Zwei oder drei Ausgaben an einem Tag waren bei den großen Zeitungen keine Seltenheit, dazu kamen stattliche Beilagen.

Doch: Allzu oft vermischten sich Fakten mit Gerüchten, und auch hier wurde im Eifer des Gefechts manche Gefahr übersehen. Ein Keim des Scheiterns der Revolution ist auch hier zu finden. Wie nahe liegt da der Gedanke an das Fake-News-Zeitalter im Hier und Jetzt, das abermals die Axt an demokratische Grundwerte legt. Die Wahrheit ist also: Man darf

alles sagen, ob richtig oder falsch, aber besser wäre es, es wäre richtig!

Was aber bleibt: Am 18. Mai 1848 war in der Paulskirche erstmals ein gewähltes gesamtdeutsches Parlament zusammengetreten. In diesem Gebäude erarbeitete die Nationalversammlung von Mai 1848 bis Mai 1849 eine Verfassung mit den „Grundrechten des Deutschen Volkes". Sowohl die Weimarer Reichsverfassung von 1919 als auch das Grundgesetz von 1949 griffen Ideen von 1848 auf. Damals war der „Geist der Freiheit" geweckt worden, der sich zumindest auf lange Sicht nicht mehr unterdrücken ließ. Und das Schwarz-Rot-Gold der „Achtundvierziger" steht weiter für nationale Einheit und bürgerliche Freiheit.

DIE WAHRHEIT IST: MAN DARF ALLES SAGEN, OB RICHTIG ODER FALSCH, ABER BESSER WÄRE ES, ES WÄRE RICHTIG!

Der Historiker Dieter Langewiesche erinnert an einen weiteren Aspekt, den die desillusionierten Demokraten von damals vielleicht am stärksten unterschätzten: Soziale Grundrechte wurden zwar nicht formuliert, doch aus den Verfassungsdebatten und auch aus der verabschiedeten Verfassung sprach „ein sozialer Grundton", an den in der bismarckschen Sozialgesetzgebung der 1880er-Jahre angeknüpft werden konnte. Zudem hatten etliche Grundrechte erhebliche soziale Wirkungen. So hob die Verfassung ständische Bindungen und Vorrechte, auch beim Zugang zu öffentlichen Ämtern, auf, verpflichtete zu einer gerechteren Besteuerung in Staat und Gemeinde und erklärte alle öffentlichen Unterrichtsanstalten für kostenfrei.

Und die Verfassung sah zwar kein parlamentarisches Regierungssystem vor, doch in der Praxis der beiden Revolutionsjahre von 1848 und 1849 wurde es eingeübt und etablierte sich. Als die Regierung die Mehrheit im Parlament verlor, trat sie zurück, und es wurde eine neue entsprechend der neuen Mehrheitsverhältnisse eingesetzt. So haben die Revolutionäre von 1848/49 den Deutschen eine moderne, freiheitliche, demokratische Perspektive eröffnet, auf die sie immer wieder zurückkommen können – und auch müssen. Die es zu verteidigen gilt, in jeder Zeit aufs Neue.

„Aus Untertanen wurden Bürger", sagte der Bundespräsident in der Paulskirche. Und für die Paulskirche selbst formulierte er den Wunsch, sie möge künftig noch mehr zu einem lebendigen Erinnerungs- und Lernort der Demokratie werden. Der Ort wäre in der Tat gut gewählt: Jahre nach der Nationalversammlung habe Reichskanzler Otto von Bismarck, alles andere als ein Freund der Demokratie, Frankfurt als „Demokratennest" bezeichnet. „Wir fassen das in Frankfurt als Ehrentitel auf", sagte der Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) im Mai in der Paulskirche. Den Paulsplatz muss man für die Demokratie nicht bebauen, aber die Herzen gewinnen, wie einst die Revolutionäre von 1848/49. Das, was 1848 erstritten wurde, muss bis heute jeder selbst mit Leben füllen. Vorsicht dabei aber vor zu viel Radikalität und Lagerdenken, überbetont und verstärkt vom Fake-News-Lautsprecher der Gegenwart. Sie dürfen alles sagen, aber zutreffen sollte es schon.

«Der einzige Zweck, zu dem Macht über ein Mitglied einer zivilisierten Gemeinschaft ausgeübt werden darf, gegen seinen Willen, ist, Schaden von anderen abzuwenden.»

John Stuart Mill, „Über die Freiheit“

Günter Nooke

WIE ANDERS IST DER OSTEN WIRKLICH?

Laut einer ZEIT-Umfrage[1] sagen 82 Prozent der Westdeutschen und 84 Prozent der Ostdeutschen, der Staat solle die Zuwanderung einschränken. Bei der Ausweisung von Straftätern (92/88), speziellen Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge mit geringen Bleibeaussichten (80/80), der Einstufung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten (78/78), einem zeitlich beschränkten Bleiberecht für Flüchtlinge aus Kriesengebieten oder schärferen Regeln für Familienzusammenführung (68/68) sind ebenfalls kaum Unterschiede „zu Lasten" der Ostdeutschen in dieser Studie von policy matters im Auftrag der ZEIT vom 10. September 2024 gemessen worden. Bei der Frage, welche Aspekte den Deutschen in West und Ost besonders große Sorgen bereiten, wurde der größte Unterschied beim Erstarken des Rechtsradikalismus vermerkt (West 52 Prozent/Ost 38 Prozent).

Ruft man sich dagegen die Medienberichterstattung im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg in Erinnerung, erhält man einen anderen Eindruck. Parteien und Talkshow-Gäste diskutierten, wie gespalten Deutschland sei, die Ostdeutschen würden zu einem Drittel Rechtsextreme oder gar Nazis wählen, die AfD sei eine Gefahr für die Demokratie, für Frieden und Freiheit. Oder man geht sogar so weit wie die ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten im Kommentar zu den Wahlergebnissen. Sie zog am Tag des AfD-Wahlsiegs am 1. September 2024 Parallelen zwischen diesem Ereignis und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, den die deutsche Wehrmacht am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen auslöste.

Bisher war in solchen Fällen in der veröffentlichten Meinung in Deutschland die Unterstellung vorherrschend, man würde durch unpassende Vergleiche den Nationalsozialismus und Holocaust verharmlosen. Davon ist in den veröffentlichen Debatten wenig bekannt geworden. Auch hat das ZDF ihrer Spitzenfrau nicht das Vertrauen entzogen. Was wiederum auch den Schluss zuließe, nicht der Beginn des Zweiten Weltkriegs mit allen seinen Menschheitsverbrechen und sechs Millionen ermordeten Juden im Gefolge wird historisch downgegradet, sondern der Thüringer AfD-Sieg mit Björn Höcke wird zutreffend eingeordnet: Mehr als 30 Prozent der Thüringer und Sachsen „haben rechtsextrem gewählt." Und für Frau Schausten noch schlimmer: „Es ist ihnen egal, rechtsextrem zu wählen." Das alles ist schwer erträglich! Geht es auch ein paar Nummern kleiner?

Aber nicht nur Bettina Schausten, das ZDF, sondern vor allem ein großer Teil des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt haben bezogen auf die AfD und den Osten seit der ersten Pegida-Demonstration 2014 in Dresden einen sehr eingetrübten, westdeutschen Silberblick. Das zu korrigieren ist es höchste Zeit.

WIE ANDERS IST DER OSTEN WIRKLICH?

Eine andere und ganz einfache Interpretation der Wahlergebnisse, inklusive des Erfolgs des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), könnte nämlich lauten: Die Ostdeutschen haben keine Lust darauf, den „Autoritäten", den Vorsprechern in Medien, etablierten Parteien und Unternehmen zu folgen. Sie wählen, was ihnen passt und auf dem Wahlzettel steht. Wer ihnen kampagnemäßig und über alle Kanäle etwas einzutrichtern versucht, erinnert sie eher an alte DDR-Zeiten. Damals waren es der Marxismus/Leninismus und die Historische Mission der Arbeiterklasse, an die kaum einer glaubte, obwohl es alle immer wieder lernen und aufsagen mussten. Auch wusste fast jeder: Die militärisch hochgerüstete DDR war kein „Friedensstaat". Vielleicht folgten sogar mehr im Westen als in der DDR der Argumentation der SED-Führung, dass wer Erich Honecker und das Politbüro kritisierte, ein Kriegstreiber sei und den Frieden gefährde. Zumindest konnte man während der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 einige Ängste im Westen vor der Destabilisierung der DDR so verstehen.

VIELLEICHT SIND DIE DDR-BÜRGER WENIGER DIKTATURGESCHÄDIGT ALS IMMER WIEDER BEHAUPTET WIRD. SIE HABEN VIELMEHR EINE ALLERGIE ENTWICKELT GEGEN JEDE ART VON IDEOLOGIE.

Vielleicht sind die DDR-Bürger weniger diktaturgeschädigt als immer wieder behauptet wird! Sie haben vielmehr in den langen Jahren der SED-Diktatur eine Allergie entwickelt gegen jede Art von Ideologie. Sie haben vielleicht sogar den Rechtsstaat und die Demokratie besser verstanden als ihre westdeutschen „Brüder und Schwestern". Anders als in einer Diktatur können sie heute Wahlen im demokratischen Rechtsstaat dafür nutzen, der Regierung mitzuteilen, es reicht. Eine andere Politik muss her und nicht eine andere Kommunikation oder „Haltung". Wenn alle Parteien mehr oder weniger dieselbe Politik verfolgen, wählt man die „Alternativen" oder solche, die vor-Ort sind und sich kümmern. Das ist nicht rechtsextrem, sondern einfach nur interessegeleitet. Wenn Parteien Inhalte vertreten, die ich nicht teile oder sogar verabscheue, und wenn Menschen diese sogar wählen, fallen sie damit noch lange nicht aus dem demokratischen Spektrum. Wer da dazu gehört, entscheidet in Deutschland das Bundesverfassungsgericht und nicht die konkurrierenden Parteien oder Medien.

Für die Begrenzung der Zuwanderung ist seit zehn Jahren keine Lösung in Sicht. Das Einzige, was konkret geholfen hatte, war der vielgescholtene EU-Türkei-Deal. Wie man Heizen, Autofahren, Essen, Reden und Schreiben soll, will man sich nicht vorschreiben lassen. Auch hat man mit dem „Kapitalismus“ in den letzten 35 Jahren weniger gute Erfahrungen gemacht: Städte sterben, auf dem Land sind medizinische Versorgungseinrichtungen oft unerreichbar, auf Arzt-Termine muss man lange warten, wenn man – wie die meisten Ostdeutschen – nicht privat versichert ist.

Schwerer zu erklären ist m. E. die Einstellung vieler Ostdeutscher zur russischen Invasion in der Ukraine. Es hat vermutlich weniger mit Putin-Liebe oder Friedenssehnsucht zu tun als mit der kritikwürdigen und unpolitischen Einstellung, der Krieg in der Ukraine ginge uns nichts an.

NORMALBÜRGER NEHMEN IN IHREM UMFELD OFT FRÜHER UND STÄRKER PROBLEME WAHR ALS GROSSSTADTELITEN ODER REGIERUNGSVERTRETER.

Ich bin ohnehin weit davon entfernt, das (Wahl-) Verhalten und manchmal auch die bodenlose Dummheit vieler Ostdeutscher zu rechtfertigen. Auch wie fast alle AfD-Politiker agieren und argumentieren finde ich unerträglich. Für mich ist die AfD kein möglicher Koalitionspartner. Aber auch das BSW als nationale, sozialistische Partei braucht eine professionelle, kritische Begleitung in den Medien und keine Dauereinladung der Protagonistin in die Talkshows zur besten Sendezeit. Oft erweisen überforderte oder eitle Journalisten und Chefredakteure der Demokratie Bärendienste.

Nur wir alle haben zu akzeptieren: Auch einfache Menschen, man könnte sie auch „Normalbürger“ nennen, die jeden Tag ihrer ordentlichen „Handarbeit“ nachgehen, haben vor dem Gesetz dieselben Rechte und eine Stimme! Das ist so gewollt und auch richtig. Sie nehmen in ihrem Umfeld oft früher und stärker Probleme wahr als Großstadteliten oder Regierungsvertreter. Diese können sich von den Folgen ihrer politischen Entscheidungen freikaufen. Ihre zur Schau gestellte Fremdenfreundlichkeit beschränkt sich nicht selten auf die gute Behandlung der eigenen Putzfrau oder des Pflegepersonals der Eltern.

Viele Menschen in den östlichen Bundesländern haben möglicherweise keine Angst mehr vor Reputationsschäden. Könnte es sein, dass vielen Menschen im Osten gar nicht egal ist, rechtsextrem zu wählen? Nur haben sie aufgegeben zu versuchen, das westdeutschen Journalisten zu erklären.

Sie machten in der Vergangenheit und machen bis heute schlechte Erfahrungen mit ihnen. Wer erinnert sich noch an den journalistischen „Sündenfall“ Sebnitz, wo im Juni 1997 in einem Schwimmbad ein kleiner Junge ums Leben kam und wofür sich die Bildzeitung vier (sic) Jahre später ob des rechtsradikalen Framings entschuldigte?[2] Einige Menschen in Sebnitz und Sachsen vermutlich schon.

Könnte es also sein, viele Ostdeutsche haben sehr rationale Gründe, so und nicht anders zu wählen? Einer aus meiner Lausitzer Heimatprovinz, der selbst international tätig war, sagte mir schon vor fünf Jahren: Wenn ich in Köln bei meinem Arbeitgeber bin und gefragt werde, warum bei mir zu Hause so viele AfD wählen, dann antworte ich: Die wollen nicht, dass es so wird wie bei euch in Köln. Sie meinen damit wohl, dass die Kinder allein zur Schule radeln können, die Straßen sauber und sicher sind, nicht so viele Fremde herumsitzen und keine Frau Angst haben muss, allein nachts mit dem Bus zu fahren. Das mag als Gegensatz gar nicht stimmen, wird aber so wahrgenommen.

Klar ist jedenfalls nicht erst seitdem auch die Zeit darüber schreibt: Zuwanderung soll begrenzt werden. Und das darf man in einer Demokratie und in Deutschland eben auch wählen. Vor allem wenn andere Parteien das Gegenteil wollen oder sich aus Angst vor dem Medienecho nicht deutlich dazu äußern. Wer das Wahlverhalten der Ostdeutschen ändern will – bitte nicht vergessen, mehr als zwei Drittel in Ostdeutschland wählen nicht AfD und in Hessen lag 2023 die AfD mit fast einem Fünftel der Wählerstimmen vor der SPD – braucht eine andere Politik der Bundesregierung und eine möglichst ideologiefreie und korrekte Medienberichterstattung.

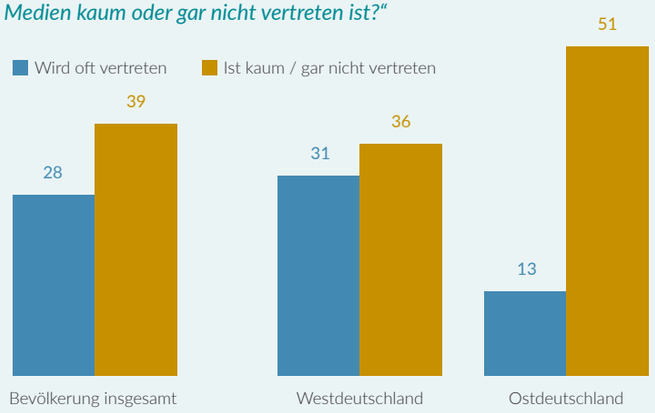
Was damit gemeint ist, lässt sich an vielen Beispielen zeigen. So grenzte die nachfolgende, wochenlange Berichterstattung des ÖRR an Kampagnenjournalismus, nachdem durch einen Bericht des teilweise öffentlich finanzierten Medienunternehmens Correctiv Mitte Januar 2024 ein Treffen von Rechtsextremisten am 25. November 2023 (sic) in der Villa Adlon am Lehnitzsee in Potsdam publik wurde. Es ging bei diesem privaten, angeblich geheimen Treffen umso abscheuliche Dinge wie die millionenfache Remigration von Menschen mit Migrationshintergrund. Darüber in privaten Gesprächsrunden sich auszutauschen, ist in Deutschtand grundsätzlich nicht verboten, was aber keiner im ÖRR sagte. Vielmehr wurde eine Parallele hergestellt mit der Erwähnung der Entfernung zur Villa am Wannensee, wo sich 1942 hohe Nazi-Funktionäre trafen, um die sogenannte Endlösung der Judenfrage zu beraten und damit den Tod von schätzungsweise sechs Millionen Juden zu beschließen. Ganz anders erfolgte die Berichterstattung zur genehmigten Demonstration von über 1.000 Menschen und der

extremistischen Gruppe Muslim Interaktiv am 28. April 2024 in Hamburg, die die Errichtung eines Kalifats in Deutschland forderten. Sofort wurde von den Rechtsexperten des ÖRRs alles sauber eingeordnet: „Das Kalifat auszurufen ist … von der Meinungsfreiheit gedeckt. Aber das Kalifat auszurufen ist ganz klar verfassungsfeindlich.“[3] Es mag Zufall sein, dass Potsdam im Osten und Hamburg im Westen liegt. Aber so manchem, auch sehr gebildeten Ostdeutschen fällt es schwer, darin eine neutrale Berichterstattung und korrekte Hintergrundinformation zu erkennen.

Parteien und Parlamente dürfen sich nicht der Mühe und der harten Arbeit der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner entziehen. Zumindest sollte sich keiner wundern, wenn Ausgrenzung nur bedingt funktioniert, durch Medienpräsenz sich die Wahlchancen der AfD sogar erhöhen und zunehmend Wahlkämpfe geführt werden, wo nur noch einer gegen die AfD übrig bleibt wie zuletzt in Brandenburg. Eine hohe Wahlbeteiligung sollte als Fest der Demokratie gefeiert werden können und weniger durch polarisierende Mobilisierung die Gesellschaft spalten.

Am Anfang hatte ich auf die sachlich gar nicht großen Differenzen zwischen West- und Ostdeutschen bei dem wahlentscheidenden Thema Migration verwiesen. Die folgende Graphik zeigt dagegen den großen Unterschied in den Antworten in West- und Ostdeutschland auf die Frage, ob man seine Meinung in den Medien wiederfindet. In den östlichen Bundesländern antworten 51 Prozent, die eigene Sichtweise sei kaum oder gar nicht vertreten.

Frage: „Wenn Sie einmal daran denken, wie die Medien berichten: Wird dabei oft die Meinung vertreten, die auch Sie haben, oder haben Sie das Gefühl, dass Ihre Sichtweise in den Medien kaum oder gar nicht vertreten ist?“



Alles beginnt und endet mit der Verantwortung der Medien – und damit meine ich in Deutschland immer noch zuerst den ÖRR – für eine sachliche Berichterstattung, also um möglichst viele, informative Beiträge zu guter Sendezeit. Der Informationsauftrag gibt dem ÖRR kein Recht zu einer einseitigen oder politisch vorgefassten Beeinflussung des Publikums. Ein umfassendes Nachrichten- und Kulturangebot sollte den mündigen Bürger nicht abschrecken, sondern eine fundierte eigene Meinungsbildung ermöglichen und im besten Fall Weiter-bilden. Weder Politik noch Medien haben den Auftrag, Moralpredigten zu halten. Vielmehr sollte jeder Bereich seiner Verantwortung nachkommen. Politik hat Probleme zu lösen; die Medien sollten professionell informieren, bilden und unterhalten. Ansonsten werden die einen abgewählt und die anderen abgeschaltet bzw. werden dem ÖRR die Zwangsbeiträge verweigert.

[1] Die Zeit, Nr. 39, 12.09.2024, S. 5, zeit.de/migrationsumfrage

[2] https://www.spiegel.de/panorama/fall-joseph-bild-zeitung-entschuldigt-sich-a-147018.html, abgerufen 29.09.2024

[3] Sarah Tacke, ZDF, 29.04.2024, https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/demonstration-hamburg-kalifat-muslim-interaktiv-100.html, abgerufen 29.09.2024.

«Die Freiheit des einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.»

Karl Marx, „Das Kapital“

Thomas Brockmeier

FREIHEIT VERZWEIFELT GESUCHT – UNTERNEHMERTUM BRAUCHT LUFT ZUM ATMEN!

Einführung

Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts. So wird denn die Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland mit unterschiedlichen Ausprägungen und Zuschreibungen hoch geschätzt, zum Teil mit Grundrechtscharakter: Recht auf Leben, Verbot von Sklaverei und Diskriminierung, Gedanken- und Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Als grundlegende Freiheitsrechte mit engem Wirtschaftsbezug wären etwa zu nennen die Freiheit der Berufswahl sowie grundlegende Gewerbe- und Vertragsfreiheit.

Auch ist es kein Zufall, dass das bundesdeutsche Strafrecht (wie das vieler anderer Staaten auch) in Haftstrafen – auch Freiheitsstrafen genannt – das schärfste Sanktionsschwert sieht. Freiheitsberaubung gilt als Kapitalverbrechen.

Doch nicht immer kommt die Freiheitsbeschränkung mit Brachialgewalt daher. Mitunter geschieht das Ganze subtiler, bisweilen gar schleichend – nach und nach wird die Luft zum Atmen knapper, werden Handlungsspielräume eingeschränkt. Man sieht sich einer Vielzahl von Stricken und Fäden ausgesetzt, die die eigene Handlungsfreiheit einschränken. Diese Vielzahl ist es, die dem Ganzen eben gerade nicht die Gestalt des berühmten „gordischen Knotens“ verleiht, der dann mit einem entschlossenen Hieb an der richtigen Stelle durchschlagen werden könnte. Denken wir beispielsweise an die Vielzahl rechtlicher Regelungen und behördlicher Auflagen, die Gewerbetreibende in ihrem täglichen Tun zu beachten haben, dann wird der immer wieder geäußerte Wunsch nach Deregulierung und Bürokratieabbau nur zu verständlich.

Aber auch hier gilt: Es gibt eben nicht *die* eine Vorschrift, die abzuschaffen wäre, um wieder Luft unter die Schwingen zu bekommen; es ist vielmehr die Gesamtheit der Regeln und Auflagen – die sog. „Regelungsdichte“ –, die manchem regelrecht die Luft zum Atmen und Agieren abschnürt. Nicht zufällig steht „Bürokratieabbau“ seit Jahren oben auf dem Wunschzettel vieler Unternehmer.

Soziale Marktwirtschaft: historisches Idealbild und aktuelle Realität

Die oben grob skizzierte Realität kontrastiert mittlerweile aufs Schärfste mit dem Idealbild der Sozialen Marktwirtschaft, das vor Jahrzehnten von Wissenschaftlern wie Franz Böhm, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Walter Eucken vorgedacht, von Alfred Müller-Armack und anderen konzipiert und konkretisiert und dann von Ludwig Erhard mutig und entschlossen ins Werk gesetzt wurde. Die Aufhebung der Bewirtschaftungsvorschriften durch das Leitsätzegesetz vom Juni 1948, begleitet von einer Währungsreform, schuf die Voraussetzungen für eine Entwicklung, die zwar im Volksmund als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurde, aber Fachleute mit ordnungstheoretischer Grundausbildung kaum überrascht haben dürfte: Wenn die Märkte offen sind und die Anreize stimmen, wird der Wettbewerb als dann geeignetes Koordinationsverfahren seine segensreichen Wirkungen im Grunde zwangsläufig entfalten. Unter zwei Voraussetzungen: Wenn man ihm Raum gibt und wenn er regelgebunden – heute würde man von „fair“ sprechen – abläuft. Das war in den ersten Jahren nach der berühmten „Stunde null“ und dem oben beschriebenen Startschuss nicht immer der Fall. So wurde nach einem Jahrzehnt freier Marktwirtschaft das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verabschiedet – umgangssprachlich auch „Grundgesetz der Wirtschaft“ genannt. Dieses Gesetz sollte insbesondere sicherstellen, dass ein Aspekt, um den es insbesondere etwa Walter Eucken mit seiner Idee einer „Wettbewerbsordnung“ zu tun war, in den Blick genommen wird: die entschlossene und wirksame Bekämpfung wirtschaftlicher Macht. Möglichst präventiv, durch grundsätzliches Kartellverbot und strikte Fusionskontrolle; oder zumindest disziplinierend durch eine aufmerksame Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen, kann doch eine marktbeherrschende Stellung prinzipiell durchaus durch Innovations- und/oder Leistungsüberlegenheit, also keineswegs nur durch wettbewerbsbeschränkendes Verhalten erreicht werden.

Die ordoliberalen Vordenker, die sich in den 1930er und frühen 1940er Jahren – zum Teil unter Gefahr für Leib und Leben – Gedanken über die mögliche Ausgestaltung einer menschenwürdigen und zugleich leistungsfähig effizienten Wirtschaftsordnung nach einem Ende der Nazibarbarei gemacht hatten, verorteten also mögliche Gefahren und Hemmnisse für (fairen) Wettbewerb und Einschränkungen der „Wettbewerbsfreiheit“ (Erich Hoppmann 1967) wie selbstverständlich im Wirtschaftssystem selbst. Mit wachem Blick auf die Strukturen (Fusionskontrolle) und die Verhaltensweisen der Akteure (Kartellverbot) wollte man die damit verbundenen Gefahren von Wettbewerbsbeschränkungen bannen. Getragen wurden sie von der festen Überzeugung, dass es kein wirksameres Mittel zur Bekämpfung wirtschaftlicher Macht gibt als Wettbewerb. Vermutlich wären sie nicht im Traum darauf gekommen, dass innerhalb einer solch neuen menschenwürdigen Ordnung – einer Demokratie mit durch freie Wahlen bestimmten politischen Entscheidungsträgern in Parlament und Regierung – Gefahren für den Wettbewerb von ganz anderer Seite drohen könnten. Nicht endogene, also dem Wirtschaftssystem und den Märkten

bzw. dem Verhalten der Marktteilnehmer selbst inhärente Risiken und Gefahren also, sondern gleichsam exogene – bewirkt ausgerechnet durch jene, die doch gerade eher Schiedsrichter- und Überwacherfunktionen haben und für gute Rahmenbedingungen sorgen sollten.

Die heutige Realität unterscheidet sich vom Idealbild der ordoliberalen Vordenker deutlich: Nicht eine von wenigen grundlegenden Vorschriften definierte Ordnung bildet einen stabilen Rahmen für unternehmerisches Wirken, ab und an vorsichtig angereichert oder angepasst durch wohldosierte Vorschriften mit klar definiertem Zweck. Sondern ein immer dichter werdendes Gestrüpp einer wahren Unzahl von rechtlichen Regelungen und behördlichen Entscheidungen, einander mitunter sogar widersprechend, ist eher dazu angetan, unternehmerische Aktivität zu lähmen oder gar zu unterdrücken als Lust auf unternehmerische Selbständigkeit zu machen. Das trifft übrigens nicht nur auf „klassische" Gewerbetreibende zu. Ein enger Freund mit eigener Arztpraxis in Berlin erzählte mir kürzlich den aus seiner Sicht kürzesten Witz; der Witz besteht aus einem einzigen Satz: „Niedergelassene Ärzte in Deutschland sind Freiberufler." Kurze Pause, danach schallendes Gelächter und der Zusatz: „Galgenhumor!" No further comment necessary.

Politischer Wettbewerb I: immer mehr (schlechte) Gesetze beschränken Freiheit

Idealtypisch stellt der (partei-)politische Wettbewerb in einer Demokratie eine Art Pendant oder Analogon zum wirtschaftlichen Wettbewerb in einer Marktwirtschaft dar. Diese Analogie geht dann auf, wenn das inhaltliche Angebot der politischen Parteien wohldefiniert und insoweit unterscheidbar ist. Diese Differenzierung ist zwingend notwendig, denn nur durch sie werden mehrere Angebote überhaupt zu Alternativen, zwischen denen dann entschieden werden kann. Ökonomie bedeutet immer Entscheidung zwischen Alternativen – die Freiheit zur Entscheidung, aber eben auch den Zwang zur Entscheidung. Wenn allerdings im Vorfeld von Wahlen die demoskopischen Forschungsinstitute Hochkonjunktur haben, um herauszufinden, was der Bürger bzw. die Wählerin will und die Parteien sich in ihrem „Wettbewerb" dann weitestgehend darauf beschränken, sich wechselseitig darin zu übertreffen, dem (vermuteten bzw. demoskopisch erforschten) Wählerwillen möglichst passgenau dienlich zu sein, dann darf man sich nicht wundern, wenn Unterschiede mitunter nur noch in Nuancen wahrgenommen werden können. Freiheit und politischer Wettbewerb? Fehlanzeige.

UNTERNEHMERTUM BRAUCHT LUFT ZUM ATMEN!

Mithin „verlagert" sich der Wettbewerb nicht selten auf andere Felder, selbst im Regierungshandeln wird das dann sichtbar. So bemühten sich beispielsweise der Bundeswirtschafts- und der Bundesfinanzminister vor wenigen Monaten im Rahmen eines beinahe absurd anmutenden Wettbewerbs darum, deutlich zu machen, wer von beiden der bessere („fleißigere") Minister sei; als Kriterium wählten beide die Anzahl der während der laufenden Legislaturperiode von ihrem jeweiligen Haus initiierten Gesetze. Die *Anzahl* der Gesetze! „Fleißkärtchenwettbewerb" zwecks Nachweis guter Regierungsarbeit? Es ist nicht zu fassen!

Hinzu kommt: Die Qualität der verabschiedeten Gesetze lässt mitunter sehr zu wünschen übrig. Damit ist – nota bene – *nicht* der *inhaltliche* Qualitätsbezug gemeint, sondern schlicht die oft als „handwerklich" bezeichnete Qualität: Eine nicht eben geringe Zahl der Gesetze erweist sich beispielsweise als nicht verfassungskonform. Das allein darf man wohl als Blamage bezeichnen und sollte Anlass zum Nachdenken geben, darf doch wohl mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass an der „Herstellung" der bewussten Gesetze nicht eben wenige Volljuristen beteiligt waren. Ein weiterer Aspekt: Nicht selten versäumt es der Bundesgesetzgeber, nachgeschaltete Verordnungen und Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Ohne diese jedoch sind die Gesetze praktisch wertlos, weil kaum anwendbar. Bleibt der Bund insoweit säumig, geht diese Pflicht auf die Länder über. Hakt es auch da, stehen die Zuständigen auf kommunaler Ebene nicht selten komplett mit leeren Händen und entsprechend hilfweil orientierungslos da. Als Beispiel aus jüngerer Vergangenheit sei etwa die Regelung zum sog. „beschleunigten Fachkräfteverfahren nach § 81a Aufenthaltsgesetz" angeführt: Mangels konkretisierender Anwendungs- und Durchführungsbestimmungen entstand auf kommunaler Ebene große Unsicherheit, wie denn nun mit der neuen Regelung zu verfahren sei. In manchen Bundesländern wurden „Zentralstellen" zur gebündelten Bearbeitung eingerichtet, in anderen nicht. Einige wenige Hinweise im Sinne der Definition eines Handlungskorridors hätten den meisten Kommunen und deren zuständigen Ausländerbehörden gewiss schon geholfen: Was müssen wir in jedem Fall tun? Was dürfen wir auf keinen Fall tun? Zwischen diesen beiden Leitplanken, kurz und präzise definiert, hätten sich dann Interpretations-, Ermessens- und Entscheidungsspielräume finden und nutzen lassen. Derlei Orientierung blieb leider aus. Bund und Länder bemühten sich zwar, bildeten eine gemeinsame Arbeitsgruppe, um eine Art „Leitfaden für die Praxis" zu entwickeln. Der Berg kreißte und gebar schließlich eine „Handreichung" mit mehr als 260 (in Worten: zweihun-

dertsechzig!) Seiten. Soll man das ernstnehmen? *Kann* man so etwas überhaupt ernstnehmen?

Dass die Bürokratie überhand nimmt, liegt jedoch nicht einfach „nur" an zu vielen oder auch handwerklich nicht immer gut gemachten rechtlichen Regelungen, sondern hängt auch mit einer fundamentalen Schieflage zusammen: Es gibt mittlerweile in Deutschland mehr als 5,2 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, aber weniger als 4 Millionen Selbstständige. Eine solche Dysbalance hält nicht einmal die stärkste Volkswirtschaft lange aus (und zu den stärksten zählt die bundesdeutsche seit geraumer Zeit schon nicht mehr – es sei nur auf die „rote Laterne" Deutschlands beim europaweiten Wachstumsvergleich hingewiesen). Der öffentliche Dienst ist seit geraumer Zeit der einzige Bereich, in dem die Beschäftigung nach Köpfen überhaupt noch zunimmt. Zugleich sind die Teilzeitquoten im öffentlichen Dienst signifikant höher als in der Privatwirtschaft. Im Kern bedeutet das: Es gibt ein massives „crowding out" – allerdings nicht bei den Investitionen (eine Gefahr, die es z.B. in der Welt von John Maynard Keynes noch gab), sondern bei der Beschäftigung (*das* hätte sich Keynes gewiss niemals träumen lassen …). Anders ausgedrückt: Die öffentliche Hand greift in massiver Weise auf die ohnehin schrumpfende Arbeits- und Fachkräftebasis zu – zu Lasten der Privatwirtschaft, damit zu Lasten der dadurch zunehmend austrocknenden Steuerquellen, was als unvermeidbare Folge dieser „Abkehr von Wertschöpfung" angesehen werden muss. Und damit letztlich zu Lasten des Gemeinwesens, dessen Eck- und Stützpfeiler ja schließlich durch Steuermittel finanziert werden. Durch die Aufblähung des öffentlichen Dienstes trocknet die öffentliche Hand also gleichsam ihre eigene Existenzgrundlage aus.

Politischer Wettbewerb II: Regierungshandeln setzt falsche oder zerstört Anreize

Der ifo-Geschäftsklimaindex gilt seit Jahrzehnten als verlässlicher Frühindikator für die künftige Konjunkturentwicklung. Die monatliche Umfrage unter 7.000 Unternehmen etwas gehobener Größe und durchaus ausgeprägter internationaler Orientierung fördert Antworten zutage, die als verlässlicher Stimmungsindikator gelten. Die IHK Halle-Dessau (wie viele andere der insgesamt 79 Industrie- und Handelskammern in Deutschland auch) führt seit 34 Jahren ebenfalls regelmäßig Konjunkturumfragen durch; quartalsweise werden rund 3.000 Unternehmen (davon 1.500 als Panel, weitere 1.500 jeweils als random walk) aus fünf Branchen befragt: Industrie, Bau, Handel, Dienstleistung, Verkehr – jeweils unterteilt in mehrere Unterzweige. Methodisch nahezu identisch mit der ifo-Umfrage lässt

sich auch auf diese Weise unter den weit überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen ein recht verlässliches Stimmungsbild einfangen – frei nach dem Motto „Unternehmermund tut Wahrheit kund" (Brockmeier/Ludwig 2017).

Das aktuelle Stimmungsbild ist nicht gut. Der Gesamtklima-Index, gebildet zur Hälfte aus aktuellem Lagebild einerseits und auf die nähere Zukunft gerichteten Erwartungswert andererseits, jeweils als Saldo aus positiven und negativen Rückmeldungen („Neutralmeldungen" bleiben unberücksichtigt), ist negativ:

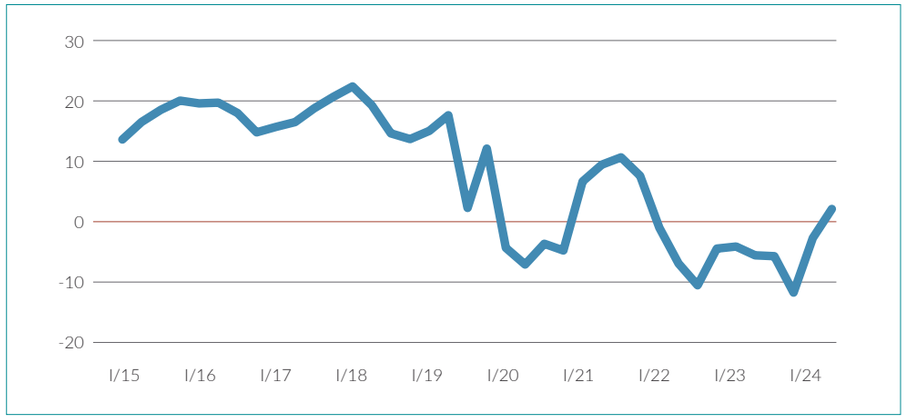
Grafik 1: Saisonbereinigtes Geschäftsklima im IHK-Bezirk Halle-Dessau

Ein so schlechtes Stimmungsbild mit einem Gesamtsaldo von unter null ergab sich bisher in der Regel nur als Reaktion auf exogene Schocks (Herbst/Winter 2008 sowie 2009: Finanzkrise; Frühjahr/Sommer 2020: Corona-Pandemie; Frühjahr 2022: Krieg in der Ukraine und Verschärfung der Energiekrise). Seit rund zweieinhalb Jahren jedoch ist der „Krisenmodus" gleichsam zur Gewohnheit geworden; viele Probleme sind praktisch „eingepreist", ein akut schockhaftes Ereignis musste jüngst nicht verarbeitet werden. Dennoch ist die Stimmung unter der Null-Linie. Kollege Patrick-Ludwig Hantzsch von der Creditrefom sprach angesichts der jüngsten Umfragewerte einer repräsentativen Umfrage unter mehr als 1.000 kleinen und mittleren Unternehmen gar davon, dass der Mittelstand aktuell „nahezu depressive Züge" zeige.

Ein weiterer Indikator: Die Investitionsabsichten befinden sich auf einem historischen Tiefststand! Das ist besonders misslich, stellen doch die

Investitionsabsichten einen besonders verlässlichen Stimmungsindikator dar, der neben der kurzfristigen Konjunktur- eben auch und insbesondere mittel- und langfristige Wachstumsrelevanz besitzt. Und für die immer wieder betonte „Transformation" der Industrie hin zur defossilisierten und letztlich klimaneutralen Produktion bräuchte es vor allem eines: wirtschaftliches Wachstum. Und das ist nun mal ohne Investitionen nicht zu haben.

Grafik 2: Saisonbereinigte Investitionsabsichten im IHK-Bezirk Halle-Dessau



Befragt man die wenigen Unternehmen, die überhaupt noch Investitionsabsichten hegen, nach ihren Motiven, so dominieren zu weit mehr als drei Vierteln defensive Motive: Kostenreduktion und sonstige Rationalisierungen oder schlicht Deckung des Ersatzbedarfs (nota: auch Abschreibungen wollen und müssen erst einmal verdient werden …). Offensive Motive wie Markterschließung, Innovation, Portfolioerweiterung etc. hingegen finden sich, wenn überhaupt, bestenfalls in homöopathischen Dosen. Hinzu kommt: Der Saldo der in- und ausländischen Direktinvestitionen ist seit mehreren Jahren ausgesprochen negativ. Das bedeutet nichts anderes als Kapitalflucht aus Deutschland (siehe Grafik 3).

Womit könnte das zusammenhängen? Befragt nach den Risiken, die die Unternehmen aktuell für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung sehen, rangiert die Antwort „wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen" mit mehr als 60 Prozent praktisch gleichauf mit den hohen Energie- und Rohstoffpreisen. Das ist an sich schon bemerkenswert genug – und bisher nie da gewesen. Berücksichtigt man zusätzlich noch, dass die vorleistungsgüterdominierte Industrie (Grundstoffchemie, Pharmazie, Papierindustrie etc.)

UNTERNEHMERTUM BRAUCHT LUFT ZUM ATMEN!

Grafik 3: Direktinvestitionszuflüsse Deutschlands

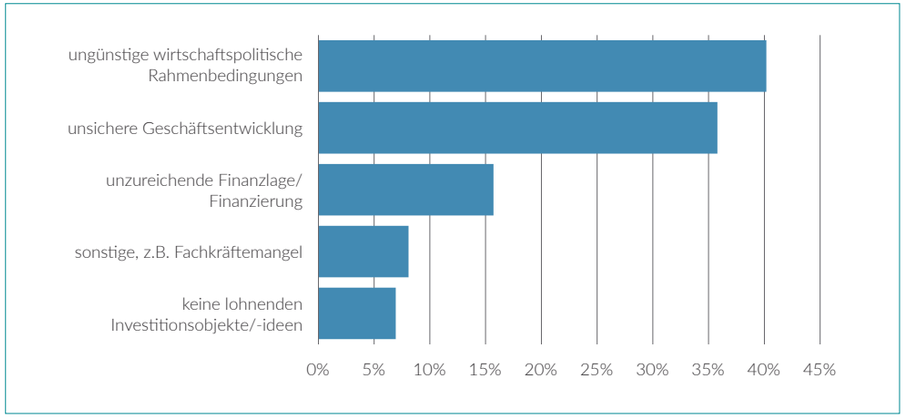
Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, Kurzbericht 15/2024

im IHK-Bezirk Halle-Dessau zu den energieintensivsten Wirtschaftsregionen Europas zählt (die Energieintensität der hiesigen Industrie ist zweieinhalb mal so hoch wie im bundesdeutschen Durchschnitt), eine bezahlbare und jederzeit verlässliche Energieversorgung mithin *die* Achillesferse der mitteldeutschen Industrie darstellen, dann ist diese Risikobeimessung für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nahezu unfassbar hoch. Getoppt wird das Ganze noch durch die Antworten der Unternehmen auf die explizite Frage nach konkreten Investitionshemmnissen: Da haben die ungünstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sogar den Spitzenplatz erklommen (siehe Grafik 4, Seite 94). Auch das gab es noch nie.

Leider muss es man es auf den Punkt bringen: Schlechtes Regierungshandeln vor allem in Berlin drückt auf die Stimmung – und konkret auch auf die (Investitions-)Budgets. Die vielfältigen Gründe dafür können hier nicht in extenso ausgeführt werden, deshalb mögen einige Schlaglichter genügen:

Der durchaus sehr aktive *Bundeswirtschaftsminister* hat leider mit einem beachtlichen Teil seiner Aktivitäten eben gerade nicht das getan, was Walter Eucken (1952/1990) mit einem seiner „konstituierenden Prinzi-

Grafik 4: Investitionshemmnisse



pien einer Wettbewerbsordnung“ gefordert hat: eine verlässliche Politik, die Vertrauen schafft, indem sie dem Postulat der „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ genügt. Das Gegenteil war bzw. ist der Fall: Die diversen Strom- und Gaspreisbremsen waren so kompliziert ausgestaltet, dass viele Unternehmen zu einer Preiskalkulation nicht in der Lage waren; ohne Preiskalkulation keine BWA, und ohne BWA keine Grundlage für Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Das Schreckgespenst einer sog. „Gasumlage“, das im IHK-Bezirk Halle-Dessau einigen Industrieunternehmen den Garaus gemacht hätte, wurde – zum Glück – wieder eingefangen; aber alleine die Androhung hat für massive Unsicherheit, ja Existenzängste gesorgt. Der Erstentwurf des „Heizungsgesetzes“ (Gebäudeenergiegesetz) gehört ebenfalls in diese Kategorie. Der Minister hat jüngst in bemerkenswerter Offenheit und Freimütigkeit eingeräumt, dass er damit wohl „zu weit gegangen“ sei; er habe die „Veränderungsbereitschaft“ weiter Teile der Bevölkerung überschätzt, der Testballon sei unsanft gelandet. Bürger und Unternehmer als Versuchskaninchen? Ein starkes Stück! Das Energieeffizienzgesetz oder auch die die jüngsten Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes arbeiten mitnichten mit Anreizen, sondern nahezu ausschließlich mit Geboten und Verboten. Zugespitzt formuliert muss man eigentlich konstatieren, dass diese (und manch andere) Gesetze nachgerade zentralverwaltungswirtschaftliche Züge tragen. Freiheit? Fehlanzeige …

Ein weiterer Punkt, der (ebenfalls) grundlegende Aspekte einer marktwirtschaftlichen Ordnung berührt, trat zutage, als der Bundeswirtschaftsminister vor etwa einem Jahr wesentliche Elemente der „Wasserstoffstrategie“ der Bundesregierung vorstellte. Dabei ging es neben einer Strategie für den Bau von „wasserstofffähigen“ Gaskraftwerken („H2-ready“) um ein sog. „Wasserstoffkernnetz“, durch dessen Leitungen der Wasserstoff (zu gewinnen durch Elektrolyseure in Deutschland sowie Import aus dem Ausland) an die Orte seiner Verwendung transportiert werden soll. Das Kernnetz soll eine Leitungslänge von knapp 10.000 Kilometern umfassen; für mehr als zwei Drittel davon sollen vorhandene Erdgasleitungen für Wasserstoff „umgewidmet“ werden, lediglich das verbleibende knappe Drittel des Kernnetzes müsste neu gebaut werden.

Der Auf- und Ausbau dieses Netzes soll nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministers „marktwirtschaftlich, also (sic!) privat“ finanziert werden. Dies offenbart insofern ein bemerkenswertes Verständnis von Marktwirtschaft, als der Staat sich hiermit seiner finanziellen Verantwortung für den Aufbau notwendiger Infrastruktur entzöge. Gerade die Energiewirtschaft jedoch (wie auch andere netzgebundene Industrien) gilt nicht zufällig als wettbewerbspolitischer Ausnahmebereich: Es handelt sich um ein sogenanntes „natürliches Monopol“, in dem man die Dinge aus guten Gründen eben nicht allein dem Markt überlässt. Vielmehr gilt es, die analytische „Trennung von Netz und Betrieb“ zu berücksichtigen und der damit verbundenen besonderen Verantwortung des Staates gerecht zu werden. Konkret bedeutet das eben nicht nur Regulierung als „Marktscharnier“, sobald die Marktreife erreicht ist, sondern auch und vor allem Verantwortung bei der Finanzierung der Netzinfrastruktur, *bevor* die Marktreife erreicht ist.

Oder nehmen wir die aktuelle Debatte über die Krise beim größten deutschen Autobauer. Der Bundeswirtschaftsminister lädt zum „Autogipfel“ und gibt im Anschluss bekannt, dass er einzelfallbezogene Subventionen zwar ablehne. Allerdings wolle und müsse er (sic!) „dem Markt ein klares Signal geben, wohin er sich entwickeln soll.“ Aha – der Bundeswirtschaftsminister weiß offenbar, wohin der Markt sich entwickeln soll. Das ist nicht nur eine „Anmaßung von Wissen“, wie es der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek (1975) einst genannt hat, sondern grenzt geradezu an Hybris. Denn es gibt natürlich nur einen einzigen Akteur, der dem Markt signalisiert, wohin er sich entwickeln soll: der Verbraucher, der durch seine Nachfrage konkrete Zahlungsbereitschaft signalisiert. Ludwig von Mises (1958/2012) hat diesen fundamentalen Zusammenhang einst mit dem wunderbaren Bild vom (vermeintlichen) „Automobilkönig“ illustriert, der sich eben von einem wirklichen Monarchen dadurch unterscheide, dass er sich jeden Tag dem kritischen Urteil seiner Kunden stellen müsse, die eben gerade nicht seine Untertanen, sondern im Gegenteil seine

Herren seien, denen er selbst zu dienen habe. Leider steht zu vermuten, dass ein solches Verständnis von Marktwirtschaft, wie es ausgerechnet der zuständige Bundesminister durch manche Äußerungen offenbart, das Vertrauen weiter Teile der Unternehmerschaft in die Politik nicht unbedingt stärkt.

Wechseln wir das Ressort: Aus dem Hause des *Bundesarbeitsministers* etwa stammen Regeln und Vorschläge, die leider nicht geeignet sind, die Anreize für eine Arbeitsaufnahme zu erhöhen. Die Regelsätze insbesondere für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern lassen es insbesondere für Vollzeitbeschäftigte in Mindestlohnnähe schlechterdings unattraktiv erscheinen, überhaupt eine Arbeit aufzunehmen. Das ist beileibe kein Vorwurf an jene Menschen, die so kalkulieren und entsprechend handeln – sie handeln subjektiv vollkommen rational. Es ist eine Kritik an den gesetzten Anreizen, die eben nicht dem Gemeinwohl dienen. Die Kosten für eine angemessene Unterkunft werden übernommen, die Regelsätze wurden jüngst spürbar erhöht, Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung werden übernommen, allerlei Sondervergünstigen beim ÖPNV und in anderen Bereichen wie Schule usw. gewährt. Wer da den Nettowert ausrechnet, braucht mitunter Blutdrucksenker, wenn ihm klar wird, welches Bruttogehalt er da erzielen müsste, um durch eigenes Arbeitseinkommen diesen Nettowert zu erhalten. Menschen können rechnen. Dass mit David Card ausgerechnet jener Ökonom das Konzept und die Ausgestaltung des Bürgergeldes unter Anreizgesichtspunkten scharf kritisiert, der nicht selten gerade von Befürwortern etwa eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns als „wissenschaftlicher Kronzeuge“ zumindest für die volkswirtschaftliche Unschädlichkeit sowie teilweise gar Nützlichkeit und Sinnhaftigkeit von Mindestlöhnen aufgerufen bzw. zitiert wird, stellt eine polit-ökonomische Volte besonderer Art dar (nota: David Card wurde im Jahr 2021, gemeinsam mit Joshua Angrist und Guido Imbens, für seine Mindestlohn-Studien mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet.)

Presseberichten zufolge ließ der *Bundesverkehrsminister* jüngst mehrere Anfragen (u.a. von Mitgliedern des Bundestages) zum Zustand der Straßen- und Brückeninfrastruktur unbeantwortet. Der *Bundesfinanzminister* musste sich vom Bundesverfassungsgericht die Leviten lesen lassen, weil ein von ihm zu verantwortender Bundeshaushalt nicht verfassungskonform aufgestellt war. Die Bundesbauministerin wiederholt Jahr um Jahr mantrahaft das Ziel, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen. Gerissen wird das Ziel Jahr um Jahr – ohne Folgen. Die Reihe ließe sich fortsetzen.

UNTERNEHMERTUM BRAUCHT LUFT ZUM ATMEN!

Sanktionslose Fehl- oder Minderleistungen pflegen in der Lebens- und Arbeitswelt von Unternehmern nicht vorzukommen. Unternehmerinnen und Unternehmer müssen ebenfalls Pläne aufstellen, kalkulieren und dann bei Strafe ihres wirtschaftlichen Untergangs jeden Tag draußen auf den Märkten einen „Hypothesentest“ bestehen, wie Wolfgang Kerber (1997) das einmal genannt hat. Und dieser Test heißt Wettbewerb. Wer diesen Test nicht besteht, scheidet aus. So einfach ist das. Deshalb hält sich gerade das Verständnis vieler Unternehmer für politische Fehlleistungen, zumal ohne Sanktion, in engen Grenzen. Da würde man sich seitens mancher politischer Entscheidungsträger manchmal einfach nur ein wenig mehr Ehrlichkeit sowie hier und da einen Hauch Demut wünschen. Das könnte zumindest in atmosphärischer Hinsicht vermutlich ein wenig zur Entspannung beitragen.

Regierungshandeln als Leistungsverweigerung oder gar Pflichtverletzung?

In § 1 (1) des IHK-Gesetzes heißt es u.a.: „Im Rahmen ihrer Aufgaben haben die Industrie- und Handelskammern insbesondere

- durch Vorschläge, Gutachten und Berichte die Behörden zu unterstützen und zu beraten,
- das Recht, zu den im Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden liegenden wirtschaftspolitischen Angelegenheiten ihres Bezirks in behördlichen (…) Verfahren sowie gegenüber der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen.“

Mit anderen Worten: Die Industrie- und Handelskammern haben – in Ausübung ihrer Pflichten und in Wahrnehmung ihrer Rechte – die Kraft des Arguments. Immerhin, das ist nicht wenig. Allerdings stößt diese Kraft komplett ins Leere, wenn auf der anderen Seite des Tisches jemand sitzt, der an Argumenten schlechterdings nicht interessiert ist. Darüber darf man sich als IHK-Vertreter dann kurz ärgern und weiter geht´s . Anders freilich liegen die Dinge, wenn dem durch entsprechendes Verhalten des Gegenüber unzweifelhaft dokumentierten Desinteresse an Argumenten nicht einfach nur etwas „Ärgerliches“ anhaftet, sondern wenn ihm womöglich gar eine veritable Pflichtverletzung zugrundeliegt. Denn zum einen muss das Prinzip der Ausgewogenheit zwischen Rechten hier und Pflichten dort stets gewahrt oder doch zumindest in Grundzügen erkennbar sein. Zum anderen können manche Pflichten zu bestimmtem Regierungshandeln sogar explizit festgeschrieben sein. Auch dies sei an konkreten Beispielen erläutert und illustriert.

Die IHK Halle-Dessau hatte sich vor geraumer Zeit mit einem Brief an Bundeskanzler Scholz gewandt und darin ihre Sorge um die Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung weiter Teile insbesondere ihrer Industriemitgliedschaft zum Ausdruck gebracht. Dieser Brief ist unbeantwortet geblieben, es gab nicht einmal eine Eingangsbestätigung. In jüngerer Vergangenheit hatten sich die Präsidenten der ostdeutschen Industrie- und Handelskammern, die insgesamt immerhin gut 750.000 Mitgliedsunternehmen vertreten, gemeinsam ebenfalls an den Bundeskanzler gewandt und nicht nur Sorgen bezüglich der Energiepolitik, sondern diverse Aspekte – auch Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik – adressiert. Dies geschah in Form eines offenen Briefes. Auch dieser Brief blieb ohne jede Reaktion (jedenfalls ohne jede Reaktion des Kanzlers). Abgesehen davon, dass dies zumindest eine bemerkenswerte Form der (Nicht-)Kommunikation darstellt – um den mit Pathos aufgeladenen Begriff der „politischen Kultur“ nicht zu bemühen –, drängt sich die Frage auf, wie die Kammern ihren gesetzlichen Aufgaben und Pflichten der Beratung nachkommen sollen, wenn der zu Beratende die Kommunikation verweigert.

Ein weiterer Punkt: In Art. 11 Abs. 1 und 2 des EU-Vertrages (wohl kaum ein gering zu schätzendes Gesetzeswerk) heißt es: „Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen. Die Organe pflegen einen offenen, transparenten Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.“ Diese beiden Absätze in Art. 1 EUV definieren des Inhalt dessen, was sich als „republikanische Pflicht“ der Regierung verstehen lässt. Im angelsächsischen Sprachraum würde man vermutlich von einem Kernelement von „good governance“ sprechen. In Rede steht nicht weniger als der wohldefinierte Anspruch auf Gehör. Wer sich als Regierender der Kommunikation verweigert, begeht also nicht weniger als eine Pflichtverletzung. Punkt. Wieder einmal ohne Sanktion? Erwischte Parksünder murren …

Fazit: Freiheit und Verantwortung gehören zusammen – Unternehmer leben genau das!

Keine Regel ohne Sanktion, keine Fehlleistung ohne Diskussion. Rechte und Pflichten – Freiheit und Verantwortung. Hermann Schulze-Delitzsch, mit Friedrich Wilhelm Raiffeisen einer der beiden maßgeblichen Gründerväter des Genossenschaftswesens in Deutschland, hat diesen Zusammenhang einmal in wunderbarer Klarheit auf den Punkt gebracht: „Wer die Verantwortung von sich weist, weist auch die Freiheit von sich.“

UNTERNEHMERTUM BRAUCHT LUFT ZUM ATMEN!

Unternehmer wissen und leben das. Insbesondere Eigentümerunternehmer erfüllen ein Postulat von Walter Eucken, der in einem weiteren konstituierenden Prinzip der von ihm entworfenen „Wettbewerbsordnung“ – jenem der Haftung – ebenfalls kurz und prägnant formulierte: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen.“ Weil Unternehmer dies bei Strafe ihres eigenen wirtschaftlichen Untergangs jeden Tag am eigenen Leibe spüren, sind sie hochsensibel für jene Bereiche, in denen dieses Prinzip entweder per se nicht gilt oder faktisch außer Kraft gesetzt wird.

Was es jetzt dringend braucht, ist eine Politik, die glaubwürdig vermittelt, dass sie der kreativen und innovativen Kraft schöpferischen Unternehmertums vertraut, dieser Kraft die nötige Freiheit zur Entfaltung einräumt und ihr nicht mit latentem Misstrauen begegnen und einem immer dichter werdenden Regelungs-Kleinklein von Ge- und Verboten das Leben schwer macht. Eine solche Politik wäre im Sinne des Gemeinwohls – „Wohlstand für alle!“

Literatur

Böhm, Franz (1937): Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart/Berlin.

Böhm, Franz (1950): Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Tübingen.

Brockmeier, Thomas und Udo Ludwig (Hrsg., 2017): Konjunktur. Relevanz von Unternehmensumfragen für Diagnose und Analyse, Halle (Saale).

Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für alle, Düsseldorf.

Eucken, Walter (1938): Die Überwindung des Historismus, in: Schmollers Jahrbuch (Halbband I.), S.191–214.

Eucken, Walter (1952/1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik 6. Auflage), Tübingen.

Hayek, Friedrich August von (1969): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, derselbe (Hrsg.): Freiburger Studien (Gesammelte Aufsätze), Tübingen, S.206–231.

Hayek, Friedrich August von (1975): Die Anmaßung von Wissen, in: ORDO, Band 26, S.12–21.

Hayek, Friedrich August von (1971): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.

Hoppmann, Erich (1967): Wettbewerb als Norm der Wettbewerbspolitik, in: ORDO, Band 18, S. 77–94.

Kerber, Wolfgang (1997): Wettbewerb als Hypothesentest: Eine evolutorische Konzeption wissenschaffenden Wettbewerbs, in: Delhaes, Karl von und Ulrich Fehl (Hrsg.): Dimensionen des Wettbewerbs. Seine Rolle

in der Entstehung und Ausgestaltung von Wirtschaftsordnungen, Stuttgart, S. 29–78.

Mises, Ludwig von (1958/2012): Vom Wert der besseren Ideen. Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik (hier: Erste Vorlesung: Kapitalismus, S.25–40), München.

Müller-Armack, Alfred (1947): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg.

Müller-Armack, Alfred (1973): Der humane Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft, in: Tuchtfeldt, Egon (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft im Wandel, Freiburg i.Br., S.15–26.

Röpke, Wilhelm (1947): Die Krise des Kollektivismus, München/Zürich.

Rüstow, Alexander (1949): Zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Rüstow, Alexander (1950–1957): Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, 3 Bände (hier insbes.: Band 2: Weg der Freiheit und Band 3: Herrschaft oder Freiheit?).

Greta Klotzki

DAS SCHWEIGEN DER MEHRHEIT

Wer spricht?

Ich bin 23 Jahre alt, weiblich und studiere seit drei Jahren Gesellschaftswissenschaften und Politik. An Gesellschaftswissenschaften reizte mich besonders, eine Bandbreite an neuen Perspektiven, Sichtweisen und Weltanschauungen zu erlangen. Das Ergründen von gemeinsamen Wahrheiten, den Austausch von Gedanken, das Stellen von Fragen und das gemeinsame Ringen um korrekte Antworten. Die öffentliche Debatte mit Menschen anderer Meinungen und Lebensrealitäten – eine der schönsten Errungenschaften der Demokratie und der Moderne.

Nun sind in den öffentlichen Diskurs neue Elemente getreten, die mich privat wie öffentlich beschäftigen und herausfordern. Die „Positionalisierung" – ein Konzept von Edward Said – fordert mich auf, meine Sprecherposition zu hinterfragen, zu reflektieren und transparent zu machen. Alles, was ich nun sage, kann nun nicht mehr frei im Raum stehen. Aufgrund meiner Hautfarbe, meines Geschlechtes und meiner gesellschaftlichen Stellung sprechen diese Zuschreibungen mitunter lauter als meine tatsächliche Stimme. Hier vollzieht sich eine Transition vom Positionalismus hin zum „positionalen Fundamentalismus". Dieser positionale Fundamentalismus schließt von einer sozialen Position auf eine inhaltliche Position und verabsolutiert das „Wer" im Sprechakt und Diskurs, erklärt Paula-Irene Villa Braslavsky in einem Interview mit Bernd Stegemann zum Thema „Feinde der Öffentlichkeit". Wie sich das für mich in der Realität anfühlt? Dass wir aufpassen müssen, was wir sagen – ich mich also ständig in meiner Position reflektiere, meine Meinung immer hinterfrage.

„Political Correctness", „Cancel-Culture" und Gendern haben in den letzten Jahren die Grenzen des Sagbaren verengt. Ob wir das als gut oder schlecht bewerten, spielt zunächst keine Rolle. Tatsache ist, dass der Diskurs sich verengt, Wertungen zunehmen und mit Etiketten wie „Verschwörungstheorie" und „Fake News" versucht wird, eine komplexe Realität der Informationen und Desinformationen zu ordnen. Was dabei mit der Meinungsfreiheit passiert, ist Ansichtssache. Denn was verstehen wir eigentlich unter Meinung? Und was unter Wissen?

Meinung und Wissen, Meinung und Wahrheit

In der Geschichte der Philosophie wird häufig zwischen Meinung und Wissen differenziert. Meinung sind weltanschauliche Positionen, die man weder beweisen noch belegen kann. Wissen hingegen beansprucht Allgemeingültigkeit. „Tatsachenbehauptungen kann man bestätigen oder widerlegen", sagt Marie-Luisa Frick in einem Gespräch im Philosophie Magazin zum Thema „Grenzen des Sagbaren". Etwas zu wissen, bedeutet also ausreichende objektive Begründungen für eine Tatsache anführen zu können. Doch was passiert, wenn die Maßstäbe der Wissenschaft selbst in Verdacht geraten, subjektiv, defizitär, ja vielleicht sogar Schuld an weltweiten Ungerechtigkeiten zu sein? Was passiert, wenn die Wissenschaft selbst als ein kulturelles, störendes Artefakt verstanden wird?

Nicht umsonst wurden in den letzten Jahren vermehrt philosophisch-politische Schriften zum Spannungsfeld zwischen Meinung und Wissenschaft veröffentlicht. So schreibt die Philosophin Elif Özmen in ihrem Buch „Wissenschaftsfreiheit im Konflikt" (2021), dass bei dem Bemühen um Wahrheit als „etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes (Wilhelm von Humboldt)", „weder gesellschaftliche Nützlichkeit, noch andere soziale, politische, ökonomische, ethische oder weltanschauliche Normen eine tragende Rolle" dabei spielen dürfen. Doch genau das ist besonders an den Unis immer mehr der Fall. Unter dem Schutzmantel der „Political Correctness" verschwimmen die Grenzen zwischen Meinung und Wissenschaftlichkeit. Hier in Deutschland, wie weltweit, haben in den letzten Jahren vermehrt Professorinnen und Professoren um ihre gute Reputation und ihren Lehrstuhl kämpfen müssen und im Zweifelsfall verloren, so wie die Evolutionsbiologin Carol Hooven, die ehemals an der Harvard University lehrte. Für sie endete ihre universitäre Karriere, nachdem ihr vorgeworfen wurde, transphobe Aussagen bei einem Interview mit Fox-News getätigt zu haben. Besonders im akademischen Bereich ist die Spannung zwischen Freiheit und Begrenzung der Wissenschaft deutlich zu spüren.

BESONDERS IM AKADEMISCHEN BEREICH IST DIE SPANNUNG ZWISCHEN FREIHEIT UND BEGRENZUNG DER WISSENSCHAFT DEUTLICH ZU SPÜREN.

Der Diskurs

Doch kriegen eben nicht nur die Professorinnen und Professoren dieses Spannungsverhältnis zu spüren. Denn die Grenzen des Sagbaren sind dehnbar, das Gesagte überall. Von Foucault lernen wir: Sprache ist Macht, Sprache macht Realität. Sprache gestaltet, ermöglicht uns erst zu Denken und Handeln. Analysiert man den Diskurs – also alles Gesagte, alles im Raum existierende und nicht existierende – so kann man Rückschlüsse auf Machtverhältnisse, auf Machtfaktoren und Macht Dynamiken ziehen.

Diese sogenannte „Diskursanalyse“ lässt sich besonders gut mit Geschriebenem, Medialem, Verdinglichten machen. Die strukturierte Analyse von zum Beispiel Artikeln in der taz ermöglicht Fragen wie: „Kommen bestimmte Menschen oder Positionen systematisch nicht zu Wort?“, „Finden wir systematische Exklusion?“

Spannend wird es nun, wenn wir die Diskursanalyse im lebendigen Raum, in gesellschaftlichen Subsystemen oder in gesamtgesellschaftlichen Systemen durchführen. Kommen bestimmte Positionen häufiger zu Wort als andere? Sind manche Positionen vielleicht sogar gen inexistent? Oder werden sie kategorisch ausgeschlossen und unhörbar gemacht?

Wie muss ich nun doch in mich hineinlächeln, wenn ich diese Zeilen schreibe, denn die moralischen Abwertungen von CDU-Wählerinnen und -Wählern, die mir in den letzten Jahren im Studium begegnet sind, grenzen schon fast an Systematik. Da ich keine Erhebung zum Thema „Wie frei fühlst du dich, an der Uni deine politische Meinung zu sagen“ gemacht habe, kann ich hier nur anekdotisch für mich als Einzelperson sprechen. Doch ich weiß, dass ich manchmal lieber keine Fragen im Seminar gestellt habe, manchmal lieber nicht in die Debatte eingestiegen bin, manchmal lieber einfach meinen Mund gehalten habe.

POLITICAL CORRECTNESS VERPFLICHTET SICH NICHT DEN PRINZIPIEN DER WISSENSCHAFTLICHKEIT, SONDERN DER GERECHTIGKEIT, DER MORAL.

Einer, der seinen Mund nicht gehalten hat, ist John McWhorter, der in seinem Buch „Die Erwählten“ über die intoleranten Seiten des Antirassismus schreibt. Der Diskurs des Antirassismus, so McWhorter, sei ein Diskurs der Angst und der Schuldzuweisung, welcher schon fast an religiösen Wahn erinnere. Entgegen den Prinzipien der Aufklärung – wo Vernunft geboren und Wissenschaftlichkeit entsprungen – sei das Ziel der dritten Welle des Antirassismus, dass sich weiße Menschen lebenslang ihrer weißen Schuld und ihrer weißen Privilegien bewusst sind. Der sogenannte „Erziehungsauftrag" weißer Menschen sei der Ausgangspunkt ihres Handelns.

„Korrektes“ Handeln, „korrekte“ Sprache – nun keine Fragen der Meinungen mehr, sondern der Tatsachen. Denn „political correctness“ verpflichtet sich nicht den Prinzipien der Wissenschaftlichkeit, sondern der Gerechtigkeit, der Moral. Spricht man also nicht politisch „korrekt“, vergeht man sich an den Schwächeren, ist man moralisch ein schlechter Mensch.

Gefühle

Beim Schreiben des letzten Satzes musste ich innehalten. Einem unbekannten Publikum Gefühle offenzulegen, ist nicht leicht. Bis hierhin habe ich mich mit meinen eigenen Erfahrungen deutlich zurückgehalten. Denn beim Schreiben dieses Textes sehe ich vor meinem inneren Auge ständig einen Kommilitonen von mir, der mir ins Ohr flüstert: „Dein Ernst? Du stellst dich auch noch als Opfer dar? Rassismus ist ein Weltherrschaftskonzept. Deine Opferhaltung ist problematisch.“

Doch stelle ich mich wirklich als Opfer dar, wenn ich meine Gefühle zum Ausdruck bringe? Sind meine Gefühle unechter, illegitimer, weil ich ich bin? Wären meine Gefühle legitimer als die eines weißen Mannes? Und können Gefühle überhaupt legitim sein? Ich stelle hier viele Fragen, denn ich habe auch viele. Viele unbeantwortete und ungehörte Fragen. Mir fehlt der Raum, um sie zu stellen.

Alles, was ich bis zu diesem heutigen Tag weiß, ist, dass ich mich in der Debattenkultur unwohl fühle, dass ich das Gefühl habe, „etwas fehlt”. Wie ich es anfangs erwähnt habe, werfen diese neuen gesellschaftswissenschaftlichen Konzepte, wie die „Positionalisierung“ von Edward Said, neue, spannende Perspektiven auf, die ganz sicher einen Mehrwert für die Wissenschaft und Gesellschaft haben. Jedoch fehlt es mir an offenem Raum und Mut, die Fragen zu stellen, die logisch aus so etwas folgen. Besonders an Unis – eine schwere Enttäuschung für mich. Denn Identitätspolitik betrifft die Identität aller in einer Gesellschaft lebenden Menschen und hat ganz sicher soziale wie auch materielle Konsequenzen für Individuen. Und wie kann man als Gesellschaft zusammenleben, wenn Gefühle von manchen als relevanter gelten als von anderen? Wer entscheidet darüber?

Demokratie

Menschen und ihre Vielfalt von Erfahrungen und Erlebnissen sichtbar machen, sehe ich als einen wichtigen gesellschaftlichen Mehrwert, zumal Demokratie mit ihren hohen und ehrenwerten Idealen der Gleichberechtigung und Freiheit kein Selbstläufer ist. Es sollte erstrebenswert sein, allen Menschen die gleichen Chancen zu bieten, niemanden auszuschließen, gemeinschaftlich zu denken und zu handeln.

Doch ist Demokratie eben auch ein Balanceakt und muss einer erwachsenen öffentlichen Debatte, ja vielleicht auch Streitkultur standhalten können. Wenn jedoch nicht mehr mit gleichen Karten gespielt wird, wenn also Moral über Wissenschaftlichkeit steht und manche Perspektiven systematisch ausgeschlossen werden, hat man nicht viel gewonnen. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass es für das Wagnis „Demokratie“ fes-

te und klare Regeln braucht, die die gleiche Gültigkeit für alle Teilnehmenden haben. Nicht umsonst setzt sich „Demokratie“ aus „demos“ (Volk) und „kratos“ (Kraft, Herrschen) zusammen.

Das bedeutet, dass es Raum und Toleranz für alles Sagbare innerhalb der Grenzen des Grundgesetzes geben muss. Anders als Foucault fragt sich Habermas bei seiner Diskursethik nicht „Wer hat Macht?“, sondern vielmehr „Was soll sein?“ Wie sieht der ideale Diskurs aus? Welche Umstände müssten gegeben sein, damit ein wirklicher Diskurs entstehen kann?

DAS WAGNIS ‚DEMOKRATIE‘ BRAUCHT FESTE UND KLARE REGELN.

Seine Antwort ist: Es braucht Offenheit, Gleichheit, Rationalität, Inklusion und Konsensualität. Um eine Grundlage für eine Wahrheitsfindung zu schaffen, müssen alle Teilnehmer frei sein, ihre Meinungen und Argumente ohne Angst vor Repression oder Ungleichheit zu äußern. In Zeiten, in denen sich Menschen durch ihre gute Moral auszeichnen, in denen auf Social Media mehr über dich gesprochen wird als im echten Leben, in Zeiten, in denen Videozusammenschnitte dich Dinge sagen lassen, die noch niemals deinen Mund verlassen haben, kann das jedoch schwerer sein als gedacht. Es ist schwierig, die richtigen Worte leicht zu finden.

Luisa Neuberger, Evan Wright

WIR KÖNNEN NUR SO DENKEN, WIE WIR ES GELERNT HABEN

Das deutsche Schulsystem orientiert sich an einem übergeordneten Ziel: Die Schüler sollen ganzheitliche Bildung erhalten, um dem humanistischen Ideal des Menschen gerecht zu werden. Schüler sollen bis zu ihrem Abschluss eine Vielzahl von Fähigkeiten und Interessen entwickeln. Der Ansatz zielt darauf ab, nicht nur kognitive Fähigkeiten, sondern auch soziale, emotionale und kreative Aspekte zu stärken. Ein vielseitiger Unterricht fördert das individuelle Wachstum und die Selbstverwirklichung. Das soll schlussendlich dazu führen, dass jeder Absolvent des deutschen Schulsystems ein an unsere Gesellschaft angepasster, mündiger Bürger und vor allem freier Mensch ist.

Es ist schon lange bekannt, dass wir Menschen durch Wiederholungen lernen. Je öfter man etwas sieht oder sich mit einem Inhalt auseinandersetzt, desto tiefer wird das Verständnis. Ebenfalls wird so das langfristige Speichern der Informationen gefördert. Tatsächlich muss die Durchschnittsperson etwas fünf bis sieben Mal gesehen haben, bis sie es sich merkt. Für die Schule ist es also eindeutig von Vorteil, Inhalte zu wiederholen und zu vertiefen.

Aber ist es wirklich immer sinnvoll, Inhalte zu wiederholen und neu zu belichten? Wo liegt die Grenze und welche negativen, unerwünschten Konsequenzen kann die übermäßige Wiederholung mit sich bringen?

Die Probleme entstehen nicht, wenn Inhalte eines Themas wiederholt werden, sondern wenn einzelne Themen wiederholt überbetont werden. Das offensichtlichste Problem, das sich aus der übermäßigen Wiederholung im Unterricht ergibt, ist eine Monotonie. Diese Monotonie ist wie ein Todesurteil für das Lernen und besonders die Motivation. Wenn man als Schüler erstmals ein Thema als übermäßig unterrichtet wahrnimmt (man hat es bereits verstanden, aber es wird immer wieder wiederholt) führt dies zwangsweise zu Desinteresse und folglich geringerem Lernerfolg.

Wir halten fest: Unterricht muss abwechslungsreich gestaltet werden, nicht nur hinsichtlich der Form, sondern auch inhaltlich.

Die übermäßige Repetition eines Themas führt auch zu einer Polarisierung der Lerngemeinschaft. Vor allem, wo die Repetition der Erweiterung des Themenhorizontes dient, sind Schüler fast immer unter- oder überfordert. Nur selten entspricht der Lernstand eines Schülers dem Unterrichtsstand. Entweder bestehen feste Grundlagen zu einem Thema, sodass der Schüler mit geringem Aufwand sich weiteres, aufbauendes Wissen aneignen kann (Unterforderung) oder diese Grundlagen fehlen, was dazu führt, dass der Vertiefungsgrad in einem Thema für manche Schüler schlicht unerreichbar ist.

Das Problem wird ebenfalls durch die ungleichmäßige Themenaufarbeitung verschärft. Inhalte aus einem Themenbereich werden fächerübergreifend unterrichtet. Leider geschieht dies meist mit dem Problem der unausführlichen Vorarbeit im jeweiligen Fach. Folglich kann nicht sinnvoll auf dem vorausgesetzten Vorwissen aufgebaut werden. Oft wird generell kein Zusammenhang zwischen den einzelnen Themenfeldern hergestellt, sodass diese Unterichtsart zu einem Verhängnis, statt zu einem Vorteil für den Schüler wird.

Außerdem kann eine einseitige Fokussierung auf bestimmte Themen verheerende Auswirkungen auf die Kreativität und Individualität der Lernenden haben. Wenn der Unterricht stark auf wiederholte Inhalte oder bestimmte Perspektiven ausgerichtet ist, bleibt wenig Raum für kritisches Denken und persönliche Entfaltung. Schüler werden oft dazu ermutigt, vorgegebene Antworten zu reproduzieren, anstatt eigene Ideen zu entwickeln oder verschiedene Ansichten zu erkunden. Dies führt nicht nur zu einem Verlust an kreativen Ansätzen, sondern auch zu einer uniformen Denkweise, in der individuelle Talente und Interessen nicht gefördert werden. Langfristig kann dies ihre Fähigkeit beeinträchtigen, innovative Lösungen für komplexe Probleme zu finden. Ein abwechslungsreicher und offener Unterricht hingegen würde die Vielfalt der Perspektiven und das kreative Potenzial jedes Einzelnen anerkennen und fördern.

Wie bereits angedeutet, lernen Schüler in der Schule vorgegebene Antworten zu reproduzieren. Sie lernen auf eine bestimmte, „richtige“ Art und Weise, zu denken, zu analysieren, zu funktionieren. Man lernt, welche Gedankenmuster anspringen müssen und welche automatischen Lösungen es geben muss. Raum für eigene freie und vor allem nicht erlernte Gedanken bleibt da häufig nicht übrig. Man lernt welche Ursachen zu welchen Folgen führen müssen und welche Lösung zu welchem Problem passen muss. Neue Lösungen finden da häufig kaum Gehör.

Physisch sind wir frei; wir werden für unsere „freien“ Gedanken auch nicht bestraft, dennoch sind wir nicht komplett frei. Wir sind eingeschränkt, sogar gar gefangen, in unseren antrainierten Denkmustern – in unserem „richtig“ und „möglich“, dadurch, dass wir gelernt haben wie wir erfolgreich sind und sein müssen. Die Folge daraus ist nun, dass wir (als

Gesellschaft) unser kreatives „freies“ Denken in gewisser Weise verloren haben. Wir können nur so denken, wie wir es gelernt haben – „Das freie Denken haben wir verlernt.“

Deutlich können wir das Phänomen des „eingeschränkten“ Denkens daran erkennen, dass wir uns bis heute nicht erklären können, wie die Ägypter vor Jahrtausenden ihre gigantischen Pyramiden mit den damaligen Mitteln bauen konnten. Bis heute forschen zahlreiche Forscher und Ingenieure daran. Theorien zur folge können wir uns dies nicht erklären, da die Menschen damals auf eine andere Art und Wiese denken und verstehen konnten, wie wir es heute nicht mehr können. Sie sind auf Ideen gekommen auf die wir mit unserem heutigen Denken gar nicht kommen können und uns somit nicht vorstellen können – ganz gleich wie simpel die Idee gewesen sein mag. Sie hatten andere Ansätze und somit ein ganz anderes Verständnis für das Finden von Lösungen. Dies beruht allerdings auf Gegenseitigkeit: Die Ägypter hätten wahrscheinlich selbiges Problem, wenn sie die heutige Zeit betrachten würden. Daraus resultiert nun die Frage: Kann man überhaupt so frei und losgelöst denken? Ist man nicht immer irgendwie durch Normen und erlernte Denkmuster (dadurch, wie unsere heutige Welt funktioniert) in seinem freien Denken eingeschränkt?

Dennoch würden wir die Theorie aufstellen, dass es nicht unbedingt hilfreich ist stringent an die beschriebenen Denkmuster gebunden zu werden und diese antrainiert zu bekommen. Wir denken, dass eine freiere Unterrichtsgestaltung mit mehr Freiraum (ohne wiederholendes monotones Beleuchten beispielsweise der Klimathematik ausschließlich von einem Standpunkt aus) unter Umständen zielführender, im Sinne der Kreativität (u.a. Innovation), für eine Gesellschaft sein könnte.

Dadurch, dass wir so denken, wie wir es erlernt haben, mag es sein, dass wir auf simple Innovationen niemals kommen werden. Ein Wiedererlernen des „freieren“, weniger von Normen geprägten, Denkens könnte das innovative Denken auf eine neue Ebene heben.

Des Weiteren gibt es eine Obergrenze zur Menge an Inhalt, der in der Schule vermittelt werden kann. Die logische Konsequenz, die sich daraus ergibt, dass ein Großteil der Unterrichtszeit einigen wenigen Themen gewidmet wird, ist, dass andere möglicherweise relevanteren Themen zu kurz kommen. Dies ist der Grund, warum Inhalte wie physische und psychische Gesundheit oder finanzielle Erziehung in der Schule fehlen, obwohl seit Jahren für deren Einführung appelliert wird.

Aus unseren Erfahrungen können wir berichten, dass einige Inhalte in den Rahmen der selektierten Themensetzung fallen. Besonders problematisch ist im Laufe unserer Schullaufbahn das Thema „Klimaschutz/ Klimawandel“ gewesen. Dieses Themengebiet ist bereits unzählige Male in diversen Unterrichtseinheiten behandelt worden. Die Belichtung erfolgte aus jeglicher Sicht, allerdings ohne das Herstellen von Zusammenhängen oder das Aufbauen von Grundwissen, und beschränkte sich nicht nur auf ein oder zwei Fächer, sondern war Teil des Unterrichts in Englisch, Politik und Wirtschaft, Deutsch, Biologie, Physik und Chemie. Unsere Erfahrung zeigt keinen wahrnehmbaren Mehrwert im Hinblick auf Verständnis, Kompetenz oder Anwendung zu diesem Thema. Tatsächlich können wir bezeugen, dass Schüler nur abgestumpft und frustriert sind. In der Schule, aber vor allem in der Praxis, hat das Unterrichten dieses Themas nahezu nur das Gegenteil von dem bewirkt, was ursprünglich beabsichtigt wurde. Fast keiner möchte sich mit Klimaschutz/ Klimawandel auseinandersetzen. Erzwungene Langeweile führt zu einer wahrgenommenen Bedeutungslosigkeit.

Die negativen Konsequenzen für die Leistung der Schüler machen sich nicht nur in einem akademischen Rahmen bemerkbar, sondern vor allem in der Praxis. Wer Klimaschutz bis zum Abwinken in der Schule gehabt hat, wird sich wahrscheinlich nicht außerschulisch engagieren, um das Problem zu bekämpfen.

Um dem deutschen Bildungsauftrag gerecht zu werden, Freiheit zu fördern und kritisches Denken zu unterstützen, ist eine grundlegende Umgestaltung des Lehrplans unvermeidbar. In der Bandbreite der Themen muss eine Vielfalt entstehen. Dies bedeutet nicht, dass mehr Fächer geschaffen werden sollen; lediglich, dass die gesellschaftsbezogenen Themen vervielfacht werden müssen, um für echte Bildung zu sorgen, anstatt weiter Wasser in ein bereits volles Glas zu schütten. Es beweist sich rasch, dass so insgesamt mehr Wissen vermittelt werden kann. Die um einiges wichtigere Folge ist jedoch, die Förderung des kritischen Denkvermögens und der eigenständigen Meinungsbildung. Zudem schafft man ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen Didaktik und persönlicher Freiheit.

Die Fehlannahme des Kultusministeriums besteht darin, dass die Häufigkeit der Wiederholung einzelner Themen im Verhältnis zu ihrer wahrgenommenen Bedeutung steht. Die Folge: Uns und Millionen anderen Schülern wird ständig die gleiche Leier von morgens bis abends eingetrichtert. Aber wie sollen sie auch anders denken, wenn ihnen genau das beigebracht worden ist und somit ihr kritisches Denkvermögen und ihre Kapazität für Reflexion massiv gestört sind? Freiheit bedarf Freiheit, und bis der Teufelskreis durchbrochen wird, werden wir anzunehmender Weise keine positive Entwicklung wahrnehmen.

Unsere Hoffnung und auch unser Appell ist dieser: Schafft die thematische Verdichtung ab. Unterrichtet uns strukturiert zu mehr Themen und bietet uns ein solides Fundament, um unsere eigenen freien Meinungen entwickeln zu können und unsere persönlichen Freiheiten wahrnehmen zu können.

Denken ist wie Luft: Es breitet sich überall aus, wo es Platz hat. Je mehr Freiheit wir haben, desto mehr können wir denken und neues Wissen erwerben.

TEIL 3

WAS GETAN WERDEN KANN

«Man muss noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können.»

Friedrich Nietzsche, „Also sprach Zarathustra“

Kai A. Konrad

MEHR FREIHEIT – ODER MEHR FÜRSORGE?

Manche Dinge der privaten Lebensführung entscheidet jeder Bürger für sich selbst. Andere Dinge werden scheinbar ganz natürlich von staatlichen Stellen entschieden oder verordnet. Welche Fragen in welchen Entscheidungsbereich gehören, ist oft nicht eindeutig. Die Einführung der Gurtpflicht im Auto war einst Anlass heftiger Kontroversen. Manche fanden die Vorschrift gut, andere haben sie als Bevormundung empfunden. Heftige Kontroversen über die Zuordnung von Entscheidungskompetenz gab es zuletzt während der Corona-Pandemie. Soll der Staat für mich entscheiden, ob die möglichen Vorteile einer Impfung die möglichen Nachteile überwiegen? Über welche Beschränkungen der Freizügigkeit oder anderer persönlicher Freiheiten darf der Staat entscheiden? Oder noch fundamentaler: Dürfen wir als Bürger über eine willkürliche Beendigung unseres Lebens frei und selbstverantwortlich entscheiden?

Über die Zuordnung von solchen Entscheidungsrechten entscheiden in einer Demokratie die Bürger. Aber wovon hängt es ab, ob die Bürger eine Frage gern selbst entscheiden möchten? Wann findet man es selbst gut, dass der Staat etwas entscheidet? Wer wünscht sich einen freiheitlichen Staat, eigene Entscheidungen und eigene Verantwortung dafür? Wer wünscht sich eher einen behütenden und fürsorglichen, ja einen paternalistischen Staat? Und wie findet der gesellschaftliche bzw. politische Meinungsbildungsprozess über diese Dimension von Staatlichkeit statt? Das sind viele Fragen, denen man sich nur schrittweise nähern kann.

Große Meinungsunterschiede in der Bevölkerung

Interessant bei all diesen Fragen ist die Unterschiedlichkeit der Meinungen. Am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen ist uns dieser Sachverhalt aufgefallen, als wir eigentlich die Auswirkungen der Pandemiekrise auf die Lebenszufriedenheit der Menschen messen wollten (Konrad und Simon 2021). Die Studie zeigte einen massiven Abfall der Lebenszufriedenheit zwischen Januar 2020 und Mai 2020. Der Rückgang an Lebenszufriedenheit war individuell von der generellen Einstellung zu einem selbstbestimmten Leben abhängig. Die freiheitsbeschränkenden Maßnahmen waren besonders bitter für diejenigen, die gern selbst entscheiden. Und die Unterschiedlichkeit der Einstellung der Bürger hierzu hat uns verblüfft. Konfrontiert mit dem Statement „Ich möchte das Recht haben, auch Dinge zu tun, die mir schaden können“ gibt es etwa so viele Befragte, die dieser Aussage zustimmen, wie Befragte, die dieser Aussage widersprechen. Was aber sind die Gründe für diese unterschiedlichen Einstellungen?

MEHR FREIHEIT – ODER MEHR FÜRSORGE?

Eine genuine Präferenz für eigene Entscheidungen?

Die Frage nach den Gründen ist nicht neu. Eine mögliche Antwort geben Benz, Frey und Stutzer (2004) und Benz und Frey (2008). Sie haben Indizien dafür gesammelt, dass die Präferenz für eigene Entscheidungsfreiheit auf einen genuinen nicht weiter erklärbaren Nutzen des eigenen Entscheidens zurückgeht. Und wie es Geschmacksunterschiede über Alltagsdinge des Konsums gibt, mag es auch Geschmacksunterschiede und Vorlieben für das eigene Entscheiden geben. Wenn man Verhaltensvorhersagen machen will, muss man aber nach den Ursachen solcher Präferenzunterschiede fragen. Manche Menschen tragen gern Jeans, andere nicht. Gibt es eine genuine Vorliebe für das Tragen von Jeans? Falls ja, eignet sich dies nicht für Vorhersagen darüber, ob eine bestimmte Person wohl gern Jeans trägt. Man mag deshalb nach tieferliegenden Faktoren suchen, die zugleich beobachtbar sind. Im Beispiel mit den Jeans: Es mag bestimmte Berufe geben, in denen es einen „Dresscode“ gibt. Dann wird erklärbar, weshalb Bankangestellte seltener Jeans tragen als Cowboys. Ähnlich ist es mit den Präferenzen für oder gegen Paternalismus: Unterschiedliche Lebenspfade, unterschiedliche Lebensumstände und vieles mehr mögen diese Unterschiede prägen. An unserem Institut gehen mehrere Personen der Frage nach diesen tieferliegenden Gründen nach.

DER WUNSCH NACH FREIHEIT UND SELBSTBESTIMMUNG SOLLTE VOR ALLEM IN GESELLSCHAFTEN MIT DIVERSEN UND GUT AUSGEBILDETEN MENSCHEN STARK SEIN.

Tieferliegende Gründe für die Unterschiede

Eine mögliche Theorie (Konrad 2024) fokussiert auf zwei Faktoren: Entscheidungsfähigkeit und gesellschaftliche Diversität. Gutes Entscheiden will gelernt sein. Statistiken interpretieren zu können oder „Bayesianisch“ denken zu können, kann helfen. Personen, die solche Fähigkeiten besitzen, mögen vielleicht lieber selbst zu entscheiden. Personen, die sich bei der Analyse von Situationen schwertun, verlassen sich vielleicht lieber auf den Staat. Und Diversität? Wenn der fürsorgliche Staat entscheidet, muss er das mit einem groben Raster tun. Der Staat kann kaum jeden speziellen

Einzelfall individuell regulieren. Je diverser die Bürgerinnen und Bürger sind, desto seltener passt deshalb die staatliche Regulierung zum Einzelfall. Der Staat wird sich deshalb auf den „typischen" Fall konzentrieren müssen. Je weniger eine Person in dieses „typische" Muster fällt, desto weniger kann sie darauf vertrauen, dass der Staat richtig für sie entscheidet.

Man kann sich zum Beispiel fragen, ob der Staat Altersvorsorgeentscheidungen an sich ziehen soll oder große Spielräume für private Entscheidungen belassen soll. Personen mit untypischen Vorstellungen über ihren Lebensabend und Personen, die in finanziellen Angelegenheiten gut ausgebildet sind, werden eher selbst entscheiden wollen. Die empirische Evidenz liefert dafür tatsächlich Anhaltspunkte (Sainz Villalba und Konrad 2024).

Politische Präferenzen in Sachen Paternalismus

Viele Menschen sind mit der entscheidungsorientierten Verarbeitung von statistischer Information schnell überfordert. Andere sind gut für solche „Denksportaufgaben" gerüstet. Das Schulsystem, aber auch die einzelnen Lernentscheidungen der Bürger führen zu diesen Unterschieden. Und manche Bürger haben Bedürfnisse und Wünsche, die dem statistischen Durchschnitt sehr ähnlich sind. Andere denken, dass ihre Wünsche eher atypisch sind. Die jeweilige Position in diesem Koordinatensystem mit den Dimensionen „Entscheidungsfähigkeit" und „Exzentrizität" bestimmt mutmaßlich den eigenen Wunsch nach mehr oder weniger freier Selbstbestimmung. Und so bestimmen die Verteilung der Entscheidungsfähigkeit und die Diversität der Gesellschaft mutmaßlich auch die politischen Mehrheiten in der Frage, ob der Staat mehr oder weniger paternalistisch sein soll.

FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT BEDINGEN EINANDER, DOCH MÜSSEN SIE IN EINEM AUSGEWOGENEN VERHÄLTNIS STEHEN.

Hier ergibt sich auf gesellschaftlicher Ebene ein interessanter und vielleicht verblüffender Feedback-Mechanismus, der eine mögliche Erklärung liefert, weshalb es freiheitliche und paternalistische Staaten gibt. In einer paternalistischen Gesellschaft greift der Staat kleinteilig und allumfassend in die Entscheidungen der Bürger ein. Dort hat es für den Bürger wenig Sinn, sich zu informieren, statistische Grundkenntnisse zu erwerben und sich entscheidungsfähig zu machen. Der Staat entscheidet sowieso fast alles. In einer freiheitlichen Gesellschaft hingegen baut der Staat auf individuelle Entscheidungen und Verantwortung. Der Bürger muss selbst entscheiden. Deshalb lohnt es sich für den Einzelnen, sich selbst gut zu informieren und sich entscheidungsfähig zu machen. Fragt man die Bürger in diesen beiden Welten danach, ob sie gern selbst entscheiden oder lieber einen Staat haben, der für sie fast alles entscheidet, dann sind die Antworten sehr unterschiedlich. Bürger in der ersten Welt unterstützen politisch einen paternalistischen Staat. Und es wird sich in dieser Welt auch eine politische Mehrheit für einen paternalistischen Staat finden. In der anderen Welt mit informierten und ausgebildeten Bürgern entstehen hingegen politische Mehrheiten, die sich einen liberalen Staat wünschen.

Ein Feedbackmechanismus, der vieles erklären kann

Interessanterweise sind beide diese Welten „stabile Gleichgewichte", also stabile politische Zustände. Ein liberaler Staat gibt Bürgern Anreize, sich entscheidungsfähig zu machen, die dann in einem solchen Staat für sie sehr nützlich sind. Und wenn sie diese Fähigkeiten erst einmal erworben haben, dann wollen sie sie auch nutzen. Deshalb möchten sie, dass der Staat freiheitlich bleibt. In einem paternalistischen Staat ist es genau umgekehrt. Die Investition in individuelle Entscheidungskompetenz zahlt sich nicht aus, denn der Staat nimmt einem ja alle Entscheidungen ab. Die Bürger wünschen sich aber dann, dass der Staat sie tatsächlich umfassend schützt und Entscheidungen übernimmt. Sie wünschen sich also einen paternalistischen Staat.

Ähnliches gilt für die Frage der Ausprägung großer Unterschiede zwischen den Bürgern, was ihre Lebensplanung und Lebensgrundeinstellungen angeht. In einer diversen und pluralistischen Gesellschaft wünschen sich viele einen freiheitlichen Staat. Sie können dort die Suche nach Glück auf diverse Weisen erfolgreich meistern. In einer sehr homogenen Gesellschaft mit sehr engen Verhaltensnormen und einheitlichen vorgezeichneten Lebensprofilen kann der Staat Entscheidungen treffen, die für alle ziemlich richtig sind. In einer sehr homogenen Gesellschaft kann man als Einzelner darauf vertrauen, dass der Staat Entscheidungen trifft, die man selbst gut findet.

Gesellschaftliche Homogenität oder Diversität einer Gesellschaft fallen nicht vom Himmel. Sie sind selbst das Ergebnis von individuellen Entscheidungen über Lebenspfade und persönliche Erfahrungen. In einem paternalistischen Staat mit staatlichen Einheitsentscheidungen ist es besser, wie die anderen zu sein, weil der Staat so entscheidet wie man selbst entschieden hätte. In einem freiheitlichen Staat kann sich hingegen Diversität

frei entfalten, denn sie wird nicht durch Einheitsvorschriften und die späteren Entscheidungen des Staats bestraft. Diversität und freie individuelle Entscheidungen sind also komplementär zueinander.

Schlussfolgerungen

Ist der freiheitliche Staat der Endpunkt gesellschaftlicher Entwicklung? Die angestellten Überlegungen sprechen eher dafür, dass staatliche Gemeinschaften mit sehr unterschiedlichen Anschauungen zu Freiheit und Paternalismus sehr stabil nebeneinander existieren können. Freiheitliche Gemeinwesen setzen Anreize für ihre Bürgerinnen und Bürger, so zu werden, dass sie diese Freiheit erstrebenswert finden. Das kann freiheitliche Gesellschaften stabilisieren. Und paternalistische Gemeinwesen setzen Anreize für ihre Bürgerinnen und Bürger, so zu werden, dass sie sich in einem fürsorglichen Staat besonders wohl fühlen. Das kann paternalistische Gesellschaften stabilisieren.

Wenn das so ist, dann führt das zu bestimmten Vorhersagen, die sich empirisch untersuchen lassen: Bringen homogenere Gesellschaften von schlecht ausgebildeten Bürgern im politischen Prozess eher stabile paternalistische Gemeinwesen hervor? Und finden sich Gesellschaften mit großer Diversität und mit gut ausgebildeten Bürgern eher in freiheitlichen Gemeinwesen wieder? Diese und andere Fragen zeigen: Es eröffnet sich hier ein großes und gesellschaftspolitisch relevantes Forschungsfeld.

Literaturquellen

Benz, Matthias, and Bruno S. Frey, 2008, The value of doing what you like: Evidence from the self-employed in 23 countries, Journal of Economic Behavior & Organization, 68(3-4), 445–455.

Benz, Matthias, Bruno S. Frey, and Alois Stutzer, 2004, Introducing procedural utility: Not only what, but also how matters, Journal of Institutional and Theoretical Economics, 160(3), 377–401.

Konrad, Kai A., 2024, The political economy of paternalism, Public Choice. https://doi.org/10.1007/s11127-024-01168-y.

Konrad, Kai A. und Simon, Sven A., 2021, Paternalism Attitudes and the Happiness Value of Fundamental Freedoms, Working Paper of the Max Planck Institute for Tax Law and Public Finance No. 2021-04, https://ssrn.com/abstract=3816728 or http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3816728.

Sainz Villalba, Carmen, und Kai A. Konrad, 2024, Preferences for government regulation of pensions: What I want for myself and what I want for others, Journal of Behavioral and Experimental Finance, 44, 100970.

Otfried Höffe

WAS DEMOKRATIEN IN KRISEN ZUSAMMENHÄLT

Von Sozialwissenschaftern erwartet man Theorien, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit gerecht werden. Diese Erwartung wird mittlerweile vielerorts enttäuscht. Niemand leugnet die enormen Schwierigkeiten, die wegen der sich häufenden Krisen zu bewältigen sind: etwa wegen der Finanz-, später der Covid-Krise, wegen der schon lange bestehenden Flüchtlings- sowie der Umwelt- und Klimakrise. Trotzdem drohen unsere Gesellschaften nicht auseinanderzubrechen. Vielmehr gelingt ihnen, was man – hier ist Pathos erlaubt – als ein Wunder bezeichnen darf: Sie halten zusammen, ohne dabei ihren Grundcharakter als rechtsstaatliche Demokratie aufzugeben.

Viele Soziologen und Politikwissenschafter fragen allerdings lieber, was die Gesellschaften überfordert und auseinandertreibt – und arbeiten solcherart die in Krisen sich breitmachenden Fliehkräfte heraus. Daran müsste sich jedoch ein zweiter Argumentationsschritt anschließen, der untersucht, wie die Gesellschaften die immer wieder auftauchenden Fliehkräfte zu bändigen verstehen. Denn statt sich aufzulösen, entkommen sie der Gefahr des Auseinanderbrechens. Somit ist in der gesellschaftlichen Wirklichkeit das Potenzial sozialer Bindekraft stärker als dasjenige der Gegenkräfte. Woraus aber schöpfen unsere rechtsstaatlichen Demokratien ihr fraglos erhebliches Kohäsionspotenzial?

WO ALLEN MENSCHEN ERLAUBT IST, IHR LEBEN NACH DEN EIGENEN ZIELEN UND INTERESSEN ZU FÜHREN, TAUCHEN VIELE KONFLIKTE GAR NICHT ERST AUF.

Dank den einschlägigen Modernisierungsprozessen, hier vor allem der Säkularisierung, zeichnen sich die westlichen Gesellschaften heute durch eine Vielfalt von politischen, religiösen, aber auch areligiösen und antireligiösen Anschauungen und eine nicht geringere Vielfalt von gesellschaftlichen Kräften und persönlichen Lebensstilen aus. Sofern die entsprechenden Anschauungen und Lebensformen anderer nicht beeinträchtigt werden, gelten sie dank den verfassungsrechtlich garantierten Freiheitsrechten allesamt und unterschiedslos als gleichberechtigt. Offensichtlich enthält ein derart qualifizierter Pluralismus ein großes Potenzial an Bindekraft: Dort, wo allen Menschen erlaubt ist, ihr Leben nach den eigenen Zielen und Interessen zu führen und dies auch von der Rechtsordnung gewährt und gewährleistet wird, tauchen nämlich viele aus vorpluralistischen Gesellschaften bekannte Konflikte gar nicht erst auf.

WAS DEMOKRATIEN IN KRISEN ZUSAMMENHÄLT

Wegen eines weiteren Modernisierungsschrittes, der mit der Säkularisierung einhergeht, kann sich politische Herrschaft nicht mehr «von Gottes Gnaden», sondern nur noch von den Betroffenen her rechtfertigen. Weil alle öffentliche Gewalt vom Volk ausgeht und für das Volk und durch das Volk auszuüben ist, wird selbst in repräsentativen, nur durch wenige plebiszitäre Elemente angereicherten Demokratien der gesellschaftliche Zusammenhalt sichtbar praktiziert. Das entsprechende Kohäsionspotenzial wird durch zwei für demokratische Entscheidungsprozesse unentbehrliche Faktoren verstärkt: durch intensive öffentliche Debatten über die jeweils anstehenden Probleme und durch eine demokratische Grundtugend, nämlich die Bereitschaft und Fähigkeit, trotz der unvermeidlichen Konkurrenz von Interessen und Überzeugungen zu tragfähigen Kompromissen zu gelangen.

Gesetze statt Willkür

Für moderne Gemeinwesen kaum weniger wichtig als die Demokratie ist ein dritter Modernisierungsschritt, die Einführung des Rechtsstaates. Legitimationstheoretisch gesehen herrschen in ihm nicht Personen mit der Gefahr der Willkür, sondern Gesetze. Weil sie als Regeln dafür sorgen, dass alle Personen, sie mögen reich oder arm, mächtiger oder weniger mächtig sein, im Prinzip gleich behandelt werden, stärken sie die Bereitschaft zum gewaltfreien Zusammenleben.

In einem vierten, allerdings nicht allerorten gleich anerkannten Modernisierungsschritt hat sich die Marktwirtschaft als die der staatlich-bürokratischen, «sozialistischen» Ordnung überlegene Wirtschaftsform erwiesen: Denn nicht nur bringt der Markt die Nachfrage nach Gütern und Leistungen mit dem entsprechenden Angebot in Einklang. Er stimuliert auch die Entwicklung sowohl der Talente als auch der Leistungsbereitschaft. Auf diese Weise schafft er den sowohl von den einzelnen Bürgern als auch vom Gemeinwesen gewünschten Wohlstand. Mit seinem doch erheblichen Steueraufkommen finanziert er nämlich die öffentlichen Aufgaben, die von der materiellen Infrastruktur über das Rechts-, das Bildungs- und das Gesundheitswesen bis zu kulturellen Einrichtungen reichen. Überdies ermöglicht er einen in der Summe gewiss nicht kleinlichen Sozialstaat. Und nicht zuletzt fördert die – jetzt soziale, mehr und mehr auch ökologische – Marktwirtschaft mitlaufend die für alle Menschen so elementaren Bedürfnisse nach Anerkennung und Selbstachtung.

Bei einem weiteren Modernisierungsphänomen, dem öffentlichen Bildungswesen, liegt das Potenzial für den gesellschaftlichen Zusammenhalt schon in der Natur der Sache, nämlich der Öffentlichkeit. Nirgendwo sonst

hat nicht eine vage Gesellschaft, sondern eine klar benennbare Instanz, die demokratische Politik, einen so großen Einfluss auf die Fähigkeit und Bereitschaft (hier: der Heranwachsenden), miteinander zu leben. Ohne die Unterschiede in den Begabungen und im Lernwillen zu verdrängen, werden sie stark relativiert.

Der Pluralismus der Gesellschaft spiegelt sich «natürlich» in der Schülerschaft wider. Auch wenn das entsprechend «multikulturelle» Zusammenlernen kaum spannungsfrei stattfindet, können die Schüler doch, wenn auch nicht immer «aus vollem Herzen», die hier einschlägige Grundtugend einüben: das einander respektierende Zusammenleben, die Toleranz. Tolerant ist freilich nur, wer gegen andere Ansichten und Lebensformen nicht gleichgültig ist. Er muss sie vielmehr als Zumutungen erfahren und sie trotzdem (im Gegensatz zur Intoleranz) aushalten. In ihrer Elementarstufe erträgt die Toleranz Andersartigkeit nur widerwillig. Guten Lehrern kann es aber gelingen, ihre Schüler zur freien Anerkennung zu motivieren. Und bei begnadeten Lehrern steigert sich die Toleranz zu einer intellektuellen, emotionalen und sozialen Neugier auf das sogar provokativ andere.

TOLERANT IST NUR, WER GEGEN ANDERE ANSICHTEN UND LEBENSFORMEN NICHT GLEICHGÜLTIG IST. ER MUSS SIE ALS ZUMUTUNGEN ERFAHREN UND SIE TROTZDEM AUSHALTEN.

Freilich ist die Toleranz nicht so naiv, auch gegen Intoleranz tolerant zu sein. Allen Versuchen, andersartige Überzeugungen und Lebensweisen auch nur verbal oder gar mit Gewalt zu bekämpfen, tritt sie kompromisslos entgegen. In gesellschaftskritischen Debatten wird immer wieder behauptet, der moderne Mensch sei ein bindungsloses Subjekt, das nur seine eigenen Interessen und diese überdies recht rücksichtslos verfolge. Träfe diese Behauptung die Wirklichkeit, so wäre es um das Zusammenleben schlecht bestellt. Denn es stürzte unsere Gesellschaften in eine mindestens latente Dauerkrise.

Ehrenamtliches Engagement

Schon der Umstand, dass entsprechende Kulturkritik nicht erst seit einigen Jahrzehnten, sondern mittlerweile seit Jahrtausenden – etwa seit Altägypten, auch Babylon – bekannt ist, sollte uns skeptisch stimmen. Und eine realitätsoffene Sozialwissenschaft nähme die zahllosen Sport-, Musik- und Sozialvereine zur Kenntnis, in denen in unseren Breiten sich annähernd 40 Prozent der Bevölkerung engagieren.

Schließlich darf man nicht unterschlagen, wie viele Bürger ehrenamtlich, ohne jede Vergütung, tätig sind. Ferner widerspricht der angeblichen Bindungslosigkeit die etwa in Kammern organisierte, ebenfalls vielfach rein ehrenamtliche Selbstverwaltung der verschiedensten Berufsgruppen: von Handwerkern, Gewerbetreibenden und Unternehmern über Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen bis hin zu Schriftstellern, Musikern und bildenden Künstlern. Zusätzlich zu dem darin enthaltenen Kohäsionspotenzial sollte man die demokratischen Elemente nicht übersehen: Die Vereine, Kammern und anderen gemeinnützigen Organisationen sind Orte, an denen vielfältige Demokratie praktiziert wird. Daher ist es nicht übertrieben zu sagen, sie seien für den – demokratisch verfassten – sozialen Zusammenhalt unentbehrlich.

Die Bilanz, die sich nach diesem Überblick aufdrängt, widerspricht der verbreiteten Diagnose, angesichts der Polykrise drohe die Gesellschaft auseinanderzufallen. Wahr ist, dass von den immer wieder neuen Krisen enorme Fliehkräfte ausgehen, so dass sich keine Gesellschaft sicher sein kann, gegen die Gefahr eines Auseinanderbrechens gefeit zu bleiben. Aufgrund der skizzierten Faktoren tun sie das aber, namentlich dank der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundstruktur unserer Gesellschaften sowie der sozial und ökologisch qualifizierten Marktwirtschaft. Hinzu kommen Bürgertugenden wie Toleranz und Kompromissbereitschaft und der in der Bürgergesellschaft, im Vereinsleben und im Ehrenamt vielfältig praktizierte gesellschaftliche, politische und kulturelle Gemeinsinn. Infolgedessen verfügen moderne Gesellschaften über ein bemerkenswert grosses Potenzial, die stets neuen Herausforderungen zwar nicht immer optimal, am Ende aber doch hinreichend gut zu bewältigen.

«Freiheit besteht nicht darin, dass man tun kann, was man will, sondern darin, dass man geworden ist, was man soll, gemäß dem, was Gott will.»

Dietrich Bonhoeffer, „Widerstand und Ergebung“

Peter Klotzki

FREI UND BERUFEN

Die Freiheit einer Gesellschaft ist ebenso Voraussetzung für die Existenzen der Freien Berufe, wie diese die Säulen der freien Gesellschaft sind. Sie bedingen sich, wie das in keiner anderen Berufsgruppe der Fall ist. In Deutschland arbeiten über sechs Mio. Menschen in den Freien Berufen, davon rund 1,5 Mio. als Selbständige. Sie stehen zusammen für einen Anteil von knapp elf Prozent am Bruttosozialprodukt. Sie arbeiten aber nicht für irgendwas und irgendwie, sondern sie erbringen Schlüsselleistungen für die Versorgung, die Sicherheit, den Zugang zum Recht, zur Gesundheit und das weder auf eine radikal marktorientierte, noch auf verstaatlichte Art und Weise.

Zur Ausübung gehören die hohe Qualität dank persönlicher Leistungserbringung. Genauso wie das Vertrauen, dass Patienten nicht damit rechnen müssen, dem Staat oder digitalen „Datenkraken“ ausgeliefert zu sein, dass alle den Rechtsweg wählen können, unabhängig vom Geldbeutel, weil es Gebührenordnungen gibt. Dass man sich darauf verlassen kann, unabhängige Expertise zu erhalten und nicht Systemen mit Vertriebsdruck ausgeliefert zu sein. Freie Berufe wahren ein hohes Maß aus Wirtschaftlichkeit und Verantwortung, Es gedeiht in Eigenverantwortung und Selbständigkeit, in beruflicher Selbstverwaltung durch Kammern und nicht durch staatliche Behörden.

Dieses System der Freiheit bei gleichzeitiger Marktnähe hat Deutschland hohe Werte in den gesundheitlichen, rechtlichen und technischen Standards gebracht und konnte in den vergangenen Jahren zusätzliche Aufgaben übernehmen - an erster Stelle die lösungsorientierte und effiziente Bewältigung der Corona-Pandemie über die ärztlichen Praxen mit der Erstversorgung.

Unter Druck gekommen wie nie zuvor

Dieses atmende Modell einer mittelständisch freiberuflichen Struktur steht aber unter Druck wie nie zuvor. Es sind demographische Probleme, die verstärkt durch zum Teil falsche arbeitsmarktpolitische Entscheidungen verschärft werden. Es sind Jahresring für Jahresring Pflichten an Bürokratie und Dokumentation entstanden, die nur hartgesottenen Menschen die Freude an der Berufsausübung nicht verderben. 27 Prozent der Arbeitszeit über alle Freien Berufe hinweg geht es um die Bedienung solcher Vorgaben. Vieles davon ist unproduktiv und reduziert die Tätigkeiten für die Menschen. Die Umsatzausfälle in den Freien Berufe belaufen sich auf 19 Mrd. Euro jährlich. Aus diesen Vorgaben, aus dem immensen Zuwachs im öffentlichen Dienst an den „falschen Stellen“ spricht nicht nur Misstrauen gegenüber Vertrauen, sondern letztlich auch eine andere gesellschaftspolitische Vorstellung. Ungeschminkt und unfreundlich kommt diese in der Gesundheitspolitik daher mit der Vorstellung, einen Teil der medizinischen Versorgung auch auf (1.000) Gesundheitskioske zu übertragen. Ein komplett staatliches Gesundheitssystem ist genauso ineffizient wie ein radikal Privates zerstörerisch ist.

Politischer Kurs der Freiheit notwendig

Dazu brauchen wir aber auch einen politischen Kurs der Freiheit. „Gefragt wie nie, unter Druck wie nie“ beschreibt die aktuelle Wirklichkeit. Sie wird von vielen Freiberuflerinnen und Freiberuflern genau so erlebt. Freiberufliche Strukturen scheinen mehr oder weniger bewusst, zumindest sehenden Auges auf Verschleiß gefahren zu werden. Auch dies ist ein Schaden an der Infrastruktur! Unser Land verschleißt eben nicht nur Straßen und Schulen, sondern auch die freiberufliche Daseinsvorsorge.

Es geht um den Erhalt der besonderen Stellung der Freien Berufe zwischen Staat und gewerblicher Wirtschaft. Es geht um die eigenverantwortliche, agile, persönliche Art und Weise, die für die Gesellschaft so wichtigen Leistungen zu erbringen – unter Druck zwischen einem immer größer werdenden öffentlichen Sektor auf der einen Seite und einem rabiaten investorengetriebenen „Wettbewerb“, der nach ganz anderen Regeln „spielt“, auf der anderen Seite.

Der vom BfB initiierte Demokratie-Campus sammelt Kompetenzen und Expertise und bietet Vernetzung.

Wir brauchen einen besseren und freiheitlich-gebildeten politisch-gesellschaftlichen Resonanzboden. Es braucht Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die ein Grundverständnis von Freiheit haben – als menschliche und effiziente Form der Aufgabenwahrnehmung, eigenverantwortlich organisiert. Denn 75 Jahre nach dem Start des Grundgesetzes ist etwas ins Wanken geraten. Der von Allensbach und dem Medienforschungsinstitut Media Tenor entwickelte Freiheitsindex verzeichnet in Deutschland zwar jetzt eine leichte Aufwärtsbewegung, doch insgesamt mit dem schlechtesten bislang aufgezeichneten Wert. Der Anteil der Menschen, die der Aussage zustimmt, sie könnten sich frei äußern, ist dramatisch gesunken.

Wir stehen vor entscheidenden Weichenstellungen

Wir stehen vor Weichenstellungen für oder gegen die Freiheit. Die Zeiten verlangen den Freiheitskämpfern viel ab. Wir kommen um Klarheit nicht herum. „Frei und berufen“ zu sein, verlangt vor allem eines: Mut. Weniger bewusst, aber täglich erlebbar ist es das Handeln einer zum Teil übergriffigen Politik. Bürokratie ist nur die Auswirkung eines misstrauischen Staates, der ins einzelne gehend selber regulieren möchte, der Dokumentation und Kontrolle ohne Verhältnismäßigkeit vor allem auch der Wirtschaft auferlegt, der sogar Denunziation den Boden bereitet, indem er Strukturen dafür schafft – Stichwort „Meldestellen“. Wer Freiheit bewusst oder fahrlässig durch einen übergriffen Staat fördert, sorgt für eine „Steuer auf mentale Ressourcen“, so aktuell Bundesjustizminister Marco Buschmann. Dabei müssten wir alle mentalen Ressourcen auf den immer stärkeren internationalen Wettbewerb richten. Und es stellt sich auch die Frage nach dem Menschenbild, wenn Bürgern wie Unternehmern kleinteilig vorgeschrieben wird, welches Tempo beim Bleistiftanspitzen erlaubt ist. In der abgelaufenen Legislaturperiode der EU gab es statt Bürokratie-Entlastung einen Aufbau wie noch nie – „one out, four-in“ war das Verhältnis von abgeschaffter Regulierung zu neuer. Und in den Kernbereichen, der Daseinsvorsorge wachsen die Beamtenzahlen und der öffentliche Dienst wesentlich langsamer als in den „Überwachungs- und Kontroll-Feldern“. So wird der produktive Bereich, der alles trägt, durch den unproduktiven erdrosselt. Werden Menschen unmündig wie kleine Kinder behandelt, ist dies ebenso ein ethisches, wie es letztlich ein wirtschaftliches Problem wird. Besonders in Deutschland hat die Bereitschaft zur Selbständigkeit immer weiter abgenommen und hat einen Tiefstand mit 3,5 Mio. erreicht.

Der Kick-Off des Demokratie-Campus fand im Mai 2024 in Berlin statt.

„Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit“

Wir müssen einem Kurs widersprechen, der auf mehr Staat setzt, damit Freiheits-Effekte ignoriert und zerstört und am Ende nicht mehr einlösen kann, was sie zu Recht erwarten. Das schadet der Demokratie im Systemwettbewerb, wie man an den Wahlergebnissen in den Neuen Bundesländern erkennen kann. Das Versagen von eigentlich freiheitlichen Systemen, die leider auf zu viel Staat gesetzt haben, führt die Menschen zu autoritären Richtungen, die zu allerletzt auf die Freiheit und die Freiheitseffekte setzen. Ein „Demokratiefördergesetz“ bedeutet für viel wiederum Bevormundung, geistige Fremdbestimmung, verbunden mit staatlicher Aufsicht, anstatt die Freiheit des Menschen zu setzen. Statt politische Fehlentwicklungen zu korrigieren, werden letztlich demokratische Reaktionen darauf bekämpft. Hier sind Demokratien auf die schiefe Bahn gelangt. Der BFB unterstützt die demokratische Ordnung nicht nur deklaratorisch, sondern praktisch – mit dem Demokratiecampus. Er sammelt Kompetenzen, Expertise und bietet Vernetzung mit den Partnern Media Tenor, Medienverband der Freien Presse (MVFP), Reporter ohne Grenzen und Transparency International. Er wird vor allem angefragt für Schulungen und Präsenz bei Veranstaltungen und stellt Vor- und Fehlurteilen Fakten und Expertise vor allem zu Presse- und Meinungsfreiheit sowie Regierungs-Qualität entgegen.

„Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit. Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut“, formulierte Perikles vor fast 2.500 Jahren. Das Glück der Freiheit ist jeden Einsatz wert, also seien wir mutig!

«Die einzige Möglichkeit, mit einer unfreien Welt umzugehen, ist, so absolut frei zu werden, dass deine Existenz ein Akt der Rebellion ist.»

Albert Camus, „Der Mythos des Sisyphos“

Amélie Petschner

WIR, DIE JUGEND

Ein Medienprojekt für freies Denken in der Politik

Als junge Menschen befinden wir uns inmitten einer immer älter werdenden Bevölkerung. Abgesehen von den Konsequenzen, die dies für unseren Einstieg ins Berufsleben haben wird, hat es auch erhebliche Auswirkungen auf unsere Rolle und unseren Einfluss in der Politik.

Das Gleichgewicht in der Bevölkerung hat sich zugunsten älterer Generationen verschoben, die zwangsläufig andere Meinungen und Prioritäten haben. Dies beeinflusst direkt die Ergebnisse, die wir in der Politik sehen, sowohl die gewählten Parteien als auch die neu entstehenden Gesetze. Während unsere Stimmen an Gewicht in Wahlen verlieren, wie schaffen wir nachhaltigen Wandel?

Ein sehr eindringliches Beispiel dafür, wie junge Leute ihre Meinung äußern und für ein ihnen wichtiges Thema einstehen, sind die Pro-Palästina-Proteste, die 2024 auf den Universitäts-Campi stattfanden. Es machte Schlagzeilen, sorgte für Kontroversen und wurde Teil des Gesprächs um den Konflikt. Wenn wir ein paar Jahre zurückblicken, haben auch die Fridays-for-Future-Proteste globale Aufmerksamkeit erregt und das Thema Klimaschutz ins Rampenlicht gerückt. Sobald aktiviert und mobilisiert, ist dieses Engagement der Jugend für soziale Themen weiterhin ein wichtiger Teil des politischen Diskurses.

Aber unser Einfluss sollte nicht nur durch Proteste sein. Theoretisch hat jeder Bürger durch seine Stimme denselben Einfluss, sobald er sie nutzt: Die Herausforderung besteht darin, die Menschen dazu zu bringen, dies auch zu tun. Allerdings nehmen junge Menschen, selbst bis etwa 30 Jahre, proportional weniger als ältere Mitglieder in ihren jeweiligen Gesellschaften an Wahlen teil.[1] Einer der Gründe, warum das so ist, ist die Rolle der Medien.

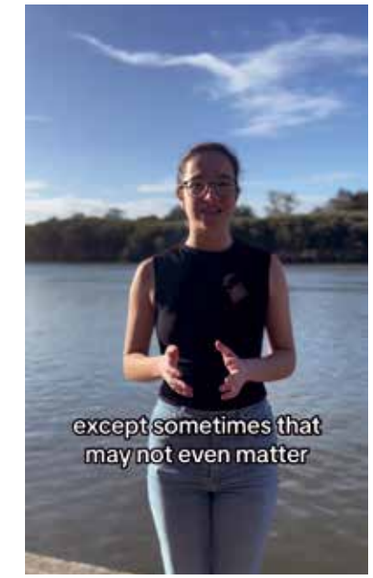
Die ernsten Memes des Internets

Es ist nicht überraschend, dass der massive Wandel hin zu sozialen Medien als Quelle für Networking und Information einen erheblichen Einfluss auf uns alle hat – aber die Jugend ist davon am stärksten betroffen.

Das endlose Scrollen und der „Dopamin Hit" machen es einfach, Stunden online zu verbringen und sich zu fragen, wo die Zeit geblieben ist. Natürlich verbreiten sich mit diesem Wandel hin zu sozialen Medien Nachrichten (und Fake News) bemerkenswert schnell über diese Kanäle.

Während es im Internet viele fraglichen Dinge gibt, nehmen viele Menschen es ernst. Soziale Medien verwischen die Grenzen zwischen wahr und falsch, was zu einem Anstieg von Fehlinformationen führt, wobei dubiose Quellen und böswillige Lügen scheinbar überall verbreitet sind. Wie die Daten des Freiheitsindex 2024 zeigen, beziehen insbesondere die unter 30-Jährigen ihre Nachrichten von YouTube, X (vormals Twitter) und anderen sozialen Medien. Allerdings sehen die meisten Leute diese Plattformen nicht als besonders zuverlässig an. Dieses offensichtliche Paradoxon ist genau das Problem – es handelt sich um Fake News, die als zuverlässig getarnt sind, oder um etwas, das nur ein bisschen falsch ist, um Fakten in eine bestimmte Richtung zu verzerren.

Junge Menschen bekommen oft viel Kritik für die Zeit, die sie online verbringen, obwohl dieses Phänomen mit der Zeit nur wachsen wird. Anstatt soziale Medien zu verurteilen, sollten wir beginnen, uns anzusehen, wie wir die Kultur umgestalten können, um einen positiven Wandel in der Gesellschaft herbeizuführen. Es ist wichtig, sowohl die Medien online als auch die „normalen" Medien ernstzunehmen, da der Ort, an dem sich Menschen informieren, weitreichende Konsequenzen für ihre Glauben und Handlungen hat.



Natürlich soll das nicht heißen, dass alle jungen Leute ignorant oder uninformiert sind. Allerdings haben die Algorithmen, die bestimmen, was ein bestimmter Zuschauer jeden Alters sieht, eine immense Macht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese Algorithmen sind nicht mit dem Ziel entwickelt worden, die genauesten oder zuverlässigsten Nachrichten zu präsentieren: Sie wollen lediglich die Nutzer so lange wie möglich beschäftigen. Das führt wiederum zur Schaffung sogenannter „Echokammern", in denen die Seite den bestehenden Glauben widerspiegelt, um diese Weltanschauung zu verstärken, anstatt den Nutzer einer Vielzahl von Ideen auszusetzen.

Das Internet als Nachrichtenquelle muss ernstgenommen werden, da es weitreichende Konsequenzen dafür hat, was die Menschen glauben, unabhängig davon, ob es wahr oder falsch ist. Das Verständnis sowohl der Anziehungskraft als auch der Mechanismen, die es so verlockend machen, kann uns ermöglichen, besser anzupassen, wie wir Medien und Ideen teilen, um gesunde und produktive Diskussionen über Nachrichten, Politik und soziale Themen zu fördern.

Blue Iris

Als 16-Jährige habe ich selbst die Kluft bemerkt, die die meisten jungen Menschen zwischen sich und der Politik empfinden. Wenn man zur Wahlurne darf, ist es wichtig, aktuelle Themen zu verstehen sowie eine Meinung zu haben, die die eigenen Ansichten widerspiegelt und nicht nur die der Eltern oder eines Influencers. Das ist und scheint offensichtlich zu sein, aber es gibt eine Lücke zwischen dieser Realität und dem, wo wir gerade stehen. Diese Lücke wird durch soziale Medien noch verstärkt.

Selbst die Nachrichten, die es in sozialen Medien gibt, sind selten, wenn überhaupt, mit der direkten Absicht erstellt worden, junge Menschen in die Politik einzubeziehen und unsere globale Zukunft mitzugestalten.

Mit der Entwicklung des Blue Iris Channels war genau das mein Ziel. Diese Plattform erfüllt das Bedürfnis nach gründlich recherchierten, ansprechenden Inhalten, die junge Menschen dort abholen, wo sie stehen. Er bringt Themen, die oft fern erscheinen, in einen Kontext, um zu zeigen, wie sie uns wirklich betreffen. Das zentrale Konzept hinter allen Inhalten ist „Politics, People, Progress“ (Politik, Menschen, Fortschritt), in einem Format von der Jugend, für die Jugend. Ich habe den Blue Iris Channel geschaffen, um über verschiedene soziale Medienplattformen (TikTok, Instagram, YouTube) junge Leute zu erreichen, mit Videos, die nicht länger als eine Minute dauern. Die Inhalte bestehen sowohl aus Erklärungen, die verschiedene Themen und aktuelle Ereignisse in einem ansprechenden Format diskutieren, als auch aus Interviews mit Führungspersönlichkeiten und Individuen, aus Politik und globalen Projekten.

Dieses Medienprojekt umfasst mehr als nur nette kleine Videos. Es will die Denkweise junger Menschen über ihre Rolle in der Gesellschaft und der Welt verändern, indem es sie mit wichtigen Themen konfrontiert. Über Bildung hinaus ist dies ein Aufruf zum Handeln, der Aufbau einer Gemeinschaft, die leidenschaftlich daran interessiert ist, einen positiven Einfluss auszuüben und nachhaltige Veränderungen zu schaffen.

Vision für ~~die Zukunft~~ heute

Die Macht, Veränderungen zu schaffen, liegt immer in den Händen des Kollektivs. Da dieses Kollektiv in diesem digitalen Zeitalter so sehr globalisiert wurde, bietet es uns die Möglichkeit, ein Netzwerk zukunftsorientierter Führungspersönlichkeiten zu schaffen, und eine Kultur, in der freie Meinungsäußerung und Diskussionen als Teil unseres politischen Prozesses gefeiert werden. Dieser freie Austausch von Meinungen und Ideen ist nicht nur ein Element der Demokratie, sondern ein grundlegender Pfeiler. Es geht nicht darum, dass die Jugend von heute „endlich ihre Handys weglegt“, sondern darum, dieses globale Netzwerk zu nutzen, um Gespräche zu entfachen, Leidenschaft zu wecken und nachhaltige Handlungen zu initiieren.

TikTok: tiktok.com/@blue.iris.channel
Instagram: instagram.com/blueirischannel/
YouTube: youtube.com/@BlueIrisChannel
blueirischannel@gmail.com

[1] Herre, B. (2024, Juni 3). Young people are less likely to vote than older people—Often considerably so. Our World in Data. https://ourworldindata.org/data-insights/young-people-are-less-likely-to-vote-than-older-people-often-considerably-so

«Freiheit ist das einzige Ziel, das die Menschen dazu bringt, sich der Unmenschlichkeit zu widersetzen.»

Franz Fanon, „Die Verdammten dieser Erde“

Annabelle und Michelle Schatz

WAS IST FREIHEIT BZW. SIND WIR FREI?

Michelle

Neulich las ich einen Text über Freiheit, der in einem Schulbuch erscheinen soll. Nicht bei uns, sondern in Bayern. Sie druckten dort die Umfrage ab, dass sich nun wieder mehr Menschen in Deutschland frei fühlen. Ich schaute auf die Linie und fragte mich: „Was ist das überhaupt – Freiheit"? Und begann zu überlegen, ob ich mich frei fühle.

Denn um dieses Gefühl zu haben, müssten wir ja zunächst einmal unabhängig sein. Oder anders gefragt: Wann bzw. ab wann sind wir das? Wird uns in der Schule beigebracht, wie wir unabhängig werden? Vermitteln sie uns dort, wie wir ohne technische Geräte zurechtkommen können? Wie wir in der Natur überleben können? Oder stellen sich diese Fragen nur wir, die nicht in der Stadt zu Hause sind?

Wenn ich mich mit Kindern in nicht so entwickelten Ländern vergleiche: Sie haben viele, aber nicht so tolle Schulen. Oder gehen gar nicht in die Schule – aber dafür haben sie vielleicht mehr Wissen, wie man überlebt. Wir haben in unseren Schulen z.B. Algebra – aber weiß ich dadurch, wie ich das Gemüse und Obst für mein Essen pflanze? Welche Pilze oder Kräuter gesund oder sogar heilend sind? Wir haben viel Wissen, aber ein Rezept für ein unabhängiges freies Leben gibt uns keiner. Haben wir unsere Freiheit für Komfort ausgetauscht?

Wer zeigt uns, wie wir unsere Abhängigkeit von Smartphones stoppen können? Viele sagen: „Die heutige Jugend hängt nur noch am Handy" – aber haben sie sich schon mal überlegt, ob wir das überhaupt wollen, das abhängig sein? Wenn sie einen jungen Menschen fragen, ob er von Drogen oder Alkohol abhängig sein möchte: Denken sie, dass er „Ja" sagen würde?

Der Unterschied zu Drogen bzw. Alkohol auf der einen Seite und den Handys auf der anderen liegt doch vor allem in den Algorithmen. Die Verantwortlichen bei Tiktok, Youtube und Insta haben sie so programmiert, dass wir Jungen (oder ehrlich gesagt auch Erwachsene) im Prinzip fast keine Chance haben, das Smartphone wegzulegen. Obwohl wir es doch eigentlich tief im Inneren wollen. Sagen Sie mir: Sind die Menschen tief in Inneren glücklich und erfüllt – oder erleben sie durch „kurze" Medien-Unterhaltung dieses schnelle Glücksgefühl eher nur als eine Ablenkung vom eigentlichen Empfinden? Denn indem mir das bewusst ist, bedeutet es ja noch lange nicht, dass ich das Gerät weglege. Man kann natürlich ein Zeitlimit festlegen – aber das Gefühl, kurz bevor es gesperrt wird oder nachdem es jemand wegnimmt, ist so, wie wenn jemand deine Lieblingssendung einfach mittendrin ausschaltet. Es tut mir weh, wenn ich Familien sehe, wo alle Mitglieder am Gerät sind und keine oder keiner mit dem Kind spricht. Das muss elend sein.

Für Freiheit braucht es eben auch viel Mut. Haben wir den Mut, „Nein" zu sagen? Wenn der Chef kommt und die Bitte äußert, Überstunden zu machen – obwohl wir wissen, dass zu Hause die Kinder sich schon so lange auf Ihre Eltern freuen, dass sie wieder zusammen spielen können?

Für ein freies Leben braucht man überall sehr viel Mut. Es können erste, kleine Schritte sein, die dann Großes bewirken. Das verstehen viele nicht. Wenn man den Mut noch nicht hat, kann man aber doch Vieles tun. Zum Beispiel: Man kann die Anderen unterstützen und loben statt beneiden. Ein Beispiel wäre, kleine Betriebe, die unabhängig sein möchten, dadurch zu unterstützen, dass wir dort einkaufen, weil die Art, wie sie ihre Produkte entwickeln, nachhaltig ist. Wir können bei solchen Projekten mitmachen und unsere Ideen einbringen. Mein Freund Tom, den ich von ein paar Jahren in einem Seminar kennengelernt habe, bietet solche tollen Projekte für Jugendliche an. Er wurde vom Organisationskommittee der nächsten Olympischen Spiele in Los Angeles gebeten, Vorschläge für die SDGs zu machen. Da können wir alle uns Wettbewerbe überlegen, die dann weltweit in den nächsten vier Jahren ausprobiert werden. Da, wo es klappt, erhalten die Gewinner in diese neuen, für die Umsetzung der 17 SDG-Ziele hilfreichen Wettbewerbe neben den Sportlern dann ihre Gold-, Silber- oder Bronzemedaillen. Denn es wäre doch schön, wenn solche nachhaltigen Projekte in ähnlicher Weise ausgezeichnet werden wie die, die am schnellsten die 100 Meter schaffen. Falls Du so etwas schon machst oder bei solchen Projekte mitmachen möchtest, kannst Dich für Dein Projekt bewerben. Es geht darum, so viel Gutes wie möglich für unsere Erde zu tun. Einfach Tom Root unter Hopsports kontaktieren.

Michelle Schatz und Tom Root beim SDG Lab in Davos 2019

Wir können uns alle in unserer Umgebung umschauen und fühlen: „Was würde mir gut tun?" Das wäre doch gleichzeitig ein erster Impuls, mich selber zu ermutigen, neue Schritte zu wagen. Denn: Alles, was Du machst, kommt zu Dir zurück. Vergiss das nicht.

Annabelle

Das Telefon klingelte. Madeaux war am anderen Ende der Leitung. Ich hatte bis dahin nur ein Foto von ihr und ihren Freundinnen gesehen. Und nun war sie plötzlich ganz nah und echt in meinem Leben. Ich konnte sie kaum verstehen: Französisch hatte ich vor drei Jahren noch nicht in der Schule.

Aber Richie übersetzte, was sie sagte: „Hallo. Mein Name ist Madeaux. Darf ich Annabelle sprechen?“, hörte ich ihn sagen. Ich war viel zu aufgeregt, um zu antworten. Jetzt schossen mir wieder alle Bilder durch den Kopf: Ein Mädchen, genauso alt wie ich, lebte irgendwo in einem Land in Afrika, von dem ich noch nie etwas gehört hatte: Kongo.

Was ich aber wusste: Sie hatte noch nie in ihrem Leben mit einer echten Puppe gespielt. Und Schulbücher hatte sie auch keine. Die Buben in ihrer Klasse spielten barfuß Fussball. Einen Ball hatten sie auch nicht. Jedenfalls nicht so einen, wie die, mit denen sie hier in der Pause immer spielen. Und natürlich keine Fussballschuhe. Als ich davon das erste Mal gehört hatte, fanden ich und meine Klassenkameradinnen das mega gemein. Also begannen wir in der Klasse hier in der Schweiz unsere Freundinnen zu fragen: „Habt Ihr Puppen, mit denen ihr nicht mehr spielt? Und leere Schulhefte zum Schreiben?“ Mama machte dann noch ein Poster, das wir vor der Schule verteilten – Ihr könnt es hier auf der Seite sehen.

Poster „Girls helping Girls“, 2021

Und dann ging es irgendwie alles ganz schnell. Nicht nur an meiner Schule kamen ganz viel Spielsachen, aber auch Schulhefte und Bücher zusammen. Wenn ich mich richtig erinnere, waren es über fünf Kisten. Als ich meiner Freundin in Österreich davon erzählte, begann die auch ihre Freundinnen zu fragen. Sie wollte natürlich auch mitmachen. Also kamen noch mehr Kisten. Marlene, die Schwester von Greta – ich glaube, sie schreibt auch hier in diesem Buch – hatte davon gehört und nun sammelte auch noch eine Schule in Berlin für die Kinder in dem Dorf.

All das schoss durch meinen Kopf, als ich die Stimme von Madeaux hörte: „Ich bin Madeaux. Bist Du Annabelle?“ – und dann war da eine lange Pause. Meine Schwester schubste mich und sagte, ich müsse etwas sagen. Aber was sollte ich denn nur antworten? Ich war viel zu aufgeregt und nervös. Schließlich hatte ich noch nie mit einem Mädchen in einer anderen Sprache geredet. Und dann noch in Afrika … „Ich bin Annabelle.“

Viel mehr kam mir nicht über die Lippen. Aber als sie mich fragte, wann ich sie besuchen komme, da sagte ich ganz schnell: „Bald“. Und dann malte ich ein Bild für sie und schickte es Richie über WhatsApp.

In der Schule hatten wir über ein halbes Jahr mit meiner Lieblingslehrerin Flavia Stössel immer wieder über das Leben der Kinder in Afrika gesprochen. Ich fand es ganz schön gemein, dass sie nicht so viel Möglichkeiten haben wie wir. Mir vorzustellen, dass ich ohne Bücher, Stifte und Hefte lernen soll, war komisch. Auch dass Madeaux noch nie im Urlaub war. Aber das Schlimmste: Keine einzige Puppe zum Spielen und sich Nachts trösten lassen, wenn man allein ist. Oder mal wieder irgend einer gemein war.

Von Annabelle für Madeaux

Dabei war sie schon acht Jahre alt. Richtig wütend wurde ich dann, als ich hörte, dass unsere Kisten ihr Dorf immer noch nicht erreicht hatten. Dabei hatten wir alles so organisiert, dass sie (es waren am Ende über 25 Kisten) bestens in das Flugzeug des Präsidenten gepasst hätten. Aber seine Leute sagten, sie wollten sie nicht mitnehmen. So eine Gemeinheit. Dann haben wir sie halt so dort hingeschickt. Aber die kamen auch erst einmal nicht an. Irgendwie wegen noch extra Gebühren, oder so. Ich habe es nicht verstanden. Aber das machte mich nur wütender: Warum müssen Erwachsene nur so fies sein? Können die sich nicht vorstellen, wie sehr sich Madeaux und ihre Freundinnen auf die Geschenke gefreut haben?

Drei Jahre später sehe ich jetzt in dem Schulbuch die Grafik, die mein Vater uns immer zeigt: ob Menschen sich frei fühlen. Ob sie überhaupt etwas aussuchen können? Da kommt mir dann immer Madeaux in den Kopf: Was kann sie wählen? Kinder, die in totaler Armut aufwachsen: Welche Möglichkeiten haben sie, etwas in ihrem Leben zu ändern? Wieviel braucht es eigentlich, um ihr Leben neu zu gestalten?

«Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander, doch müssen sie in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.»

Otfried Höffe, „Demokratrie im Zeitalter der Globalisierung“

Ishan Pratap Singh

ZUSAMMENARBEIT17

Von Ich Gegen Dich zum Du und ich versus Das Problem

«Während der Zeit, in der die Menschen ohne eine gemeinsame Macht leben, die sie alle in Ehrfurcht hält, befinden sie sich in dem Zustand, den man Krieg nennt, und zwar einen Krieg eines jeden gegen jeden.»

Thomas Hobbes, Leviathan

Der Freiheitsindex ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie sehr sich die Menschen davor fürchten, ihre Meinung zu äußern. Die große Vielfalt der geäußerten Meinungen und der Inhalte – sowohl der echten als auch der gefälschten – bringt die Aufgabe der Medien, die Wahrheit zu vermitteln, gehörig durcheinander. Die Wahrheit hat zunehmend einen Preis, der für viele zu hoch ist, um ihn zu tragen. Noch wichtiger ist, dass der Tod der freien Erforschung der Wahrheit den Tod des Konsenses bedeutet. Aber was können wir tun, um Konsens, Zusammenarbeit und Wahrheit zu schützen?

1) UNSERE STÄRKE

Die Zusammenarbeit ist die größte Stärke des Menschen. Um in einer dezentralisierten Weltordnung zusammenzuarbeiten, brauchen die Menschen einen Konsens. Globale Normen wie die Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen sind grenzenlose Ziele, die eine Einigung mehrerer Interessengruppen über den weiteren Weg erfordern.

2) VERWENDEN WIR SIE HEUTE?

Der glorreiche Zug der Zusammenarbeit ist jedoch ins Stocken geraten. In einer Welt zwischen den Ordnungen, die nicht unipolar und noch nicht multipolar ist, nehmen die Konflikte zu. Interessanterweise ist diese Dynamik der Macht auch die Dynamik der Wahrheit – in jeder strittigen Frage ist das Verhältnis der Schuld in der Regel weder 100:0 noch eine falsche Äquivalenz von 50:50, sondern es liegt in der Regel immer irgendwo dazwischen. Der traditionelle Weg, dieses Verhältnis zu verstehen, waren Debatten. Jetzt funktionieren die Debatten nicht mehr.

Erstens: Ob auf internationaler Ebene in Bezug auf Israel und Palästina oder bei innenpolitischen Themen wie Roe v. Wade in den USA – Debatten verstärken die eigenen Überzeugungen, anstatt sie zu hinterfragen. Eine Debatte ist heute eher eine Darbietung als eine Übung zur Wahrheitsfindung, zum Festhalten an Fakten und zur Vertrauensbildung. Sie wird vielmehr zum Gegenteil, da die Kultur mit dem technologischen Zugang, den Fehlinformationen und den Anreizen der Wirtschaft nicht Schritt halten kann.

Das zweite Problem ist, dass die Menschen in den beiden genannten Beispielen und in vielen anderen dieser Tage die Legitimität des Standpunkts der anderen Seite nicht anerkennen. Es gibt mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen als Unterschiede. Einem Argument liegen mehrere Prämissen zugrunde, und in der Regel stimmen die Menschen in den meisten Punkten überein. Um es noch weiter zu treiben: Die Menschen nehmen an, dass die andere Seite, in der Regel eine große Mehrheit ihrer Landsleute/sozialen Identitätsgruppe, verrückt oder seltsam ist. Das ist in der Regel nicht der Fall. Dies führt dazu, dass man sich weigert, dem anderen zuzuhören, ihm gegenüber apathisch ist oder Annahmen über seine andere Weltanschauung aufstellt.

DIE MENSCHEN NEHMEN AN, DASS DIE ANDERE SEITE VERRÜCKT ODER SELTSAM IST. DAS IST IN DER REGEL NICHT DER FALL.

Das dritte Problem besteht darin, dass das Thema in der Regel nicht genau an dem Punkt behandelt wird, an dem man sich nicht einig ist. In dem erwähnten Beispiel ist A für Abtreibung und B für das Leben, aber niemand bezeichnet sich selbst als Anti-Abtreibungsbefürworter oder Lebensgegner. Die Diskussion wird von den Grundsätzen der Wahlfreiheit und des Lebens und ihrer idealen Ausdehnung abgelenkt und konzentriert sich stattdessen auf das Gewinnen. Gewinnen ist für den Krieg, nicht für den Konsens.

Viertes Problem: Das Thema ist in der Regel vielschichtig, wird aber immer binär betrachtet. Dadurch ist es der gemäßigten Mehrheit nicht möglich, eine nuancierte Untersuchung zu „Depends“ zu erstellen, sondern sie wird von lauteren Minderheiten auf der rechten und linken Seite übernommen, die „Aye“/„Nay“ unterstützen, oder umgekehrt. Das macht das Argument nicht linear, sondern zu einem Netz.

Das fünfte Problem besteht darin, dass der Schwerpunkt eher auf den Absichten als auf den Vorzügen der Angelegenheit liegt. In Indien unterstützte eine große politische Gruppe die Gesetze CAA (Citizenship Amendment Act) und NRC (National Register of Citizens). Eine andere große Gruppe lehnte das CAA und das NRC vollständig ab. Es gab jedoch auch Befürworter des CAA und Gegner des NRC.

Das Versäumnis, wirklich „herauszufinden“, was richtig oder falsch ist, oder, wie es in den Sozialwissenschaften oft geschieht, was besser oder schlechter ist, geht mit dem Versäumnis einher, sich mit den Prämissen der eigenen und der Argumente der anderen auseinanderzusetzen. Dieses Be-

dürfnis, sich zu engagieren, wird durch eine automatische Annahme und Apathie gegenüber der anderen Seite ersetzt.

Dies ist ein ernstes Problem für die größte Stärke der Menschheit – die Zusammenarbeit.

3) MEHR IST IN SICHT

Auch wenn uns die Geschichte für die meisten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme in der Welt den Aufstieg, den Fall, die Kausalität und die Lösung lehren kann. Jetzt haben wir jedoch Entwicklungen wie den Klimawandel, die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Technologie der Vierten Industriellen Revolution, die Informationen schneller verarbeitet als das menschliche Gehirn. Alle drei, neben anderen, haben eines gemeinsam – sie wurden in der Geschichte der Menschheit noch nie erreicht.

DIE THEMEN VON GESTERN SPALTEN NOCH IMMER. ABER DIE EREIGNISSE VON MORGEN FANGEN GERADE ERST AN.

Die Themen von gestern spalten noch immer Familien, Freunde, Organisationen, Prominente und führende Persönlichkeiten bei Veranstaltungen, Festen wie Diwali, Eid und Thanksgiving, in den Nachrichtenredaktionen, den Sitzungssälen und den Gerichtssälen, aber die Ereignisse von morgen fangen gerade erst an.

Die Schaffung von Regeln und Normen für die spezifischen Fragen, die sich in einer dezentralisierten Welt zwischen den Ordnungen stellen werden, erfordert einen Konsens im Rahmen eines neuen dialektischen Prozesses mit den Mitteln des 21.

4) DIE NEUE DIALEKTIK DES KONSENSES

Gestützt auf Aumanns Agreement Theorem in seinem Aufsatz „Agreeing to Disagree“ können wir schlussfolgern, dass rationale Menschen, die bereit sind, ihre Vorannahmen zu aktualisieren, und die über eine gemeinsame Wissensbasis verfügen, die sie mit zunehmender Interaktion zu aktualisieren bereit sind, sich einfach nicht darauf einigen können, sich uneinig zu sein. Mit Unterstützung weiterer wissenschaftlicher Arbeiten wissen wir, dass eine einigermaßen lange Interaktion mehrere Seiten näher an einen Konsens bringen kann.

Der Neue Dialektische Prozess beinhaltet, dass mehrere Seiten versuchen, ein Problem der 17 SDGs zu lösen, und zwar in dem Wissen, dass man seine Ansichten ändern kann, wenn man die Argumente der anderen

Seite und die dahinter stehenden Prämissen sowie die Prämissen hinter diesen Prämissen und so weiter entdeckt.

Bei den 17 SDGs haben wir uns vielleicht darauf geeinigt, WAS geschehen soll, aber der Konsensprozess hört hier nie auf. Er ist in der Regel länger und wird durch diese Übung veranschaulicht:

Wählen Sie ein Thema, das Ihnen wichtig ist.

1. WAS ist in dieser Angelegenheit zu tun?
z.B. festgefahrene Themen: Israel-Palästina (UN-Abstimmung), Klimawandel (USA – innenpolitisch)

2. WARUM sollten wir das tun? Was ist wichtig?
z.B. Knackpunkte: Soziale Gerechtigkeit oder Gerechtigkeit für unsere Kinder? Effizienz/Privatsphäre?

3. WIE ist dies zu tun?
z.B. festgefahrene Themen: nukleare Abrüstung, öffentliches Schulsystem, Einwanderung (UK – innenpolitisch)

4. WANN sollte dies geschehen?
Beispiel: Sollen wir zuerst in Krankenhaus A oder in Schule B investieren?

5. WER wird dies tun?
z.B. festgefahrene Probleme: Regierung, Privatsektor oder Zivilgesellschaft?

Beantworten Sie für jedes Anliegen, an das Sie glauben, alle fünf Fragen. Wenn Sie zur Antwort auf die letzte Frage kommen, werden Sie feststellen, dass Ihre Lösung einzigartig ist, aber Sie brauchen gegenseitig kompatible Lösungen für einen Konsens. Suchen Sie sich eine beliebige Debatte aus, bei der Sie sich jemals nicht einig waren oder mit der Ihr Land konfrontiert war – selbst wenn Sie sich bei 1 einig sind, könnten Sie bei 4 oder einer anderen Ebene stecken bleiben. Der Konsens in der Sozialwissenschaft ist also kein Ereignis, sondern ein Prozess. Daher erfordert er den neuen dialektischen Prozess.

Unser neuer dialektischer Prozess zielt darauf ab, die Bereiche der Konvergenz hervorzuheben und die Bereiche der Divergenz abzubauen. Wir

legen ein gemeinsames Ziel fest und vertiefen die Prämissen der Argumente jedes Einzelnen. Nach mehreren Phasen der wiederholten Untersuchung erreichen wir einen Punkt, an dem wir übereinstimmen, und wenn wir uns wieder dem Argument zuwenden, hat sich der Konsens verschoben. Hegels Thesis-Antithesis-Synthesis. Dies wollen wir mit Open Source LLMs erreichen.

5) MECHANIK: Warum LLMs? Nicht als Agent, sondern als Mapper

Warum sind wir uns also einig, nicht einer Meinung zu sein? Wir können es einfach nicht ändern. Die logistische Aufgabe der Abbildung von Argumenten großer Interessengruppen ist etwas, das die menschliche Gesellschaft durch eine Debatte und eine Abstimmung oder Entscheidung gelöst hat, die durch die Durchsetzung gestützt wird. Um die Menschen wirklich zu überzeugen, brauchen wir die Technologie der vierten industriellen Revolution, insbesondere die großen Sprachmodelle der künstlichen Intelligenz, die mit dem Bombardement an Informationen umgehen können, das jetzt für jedes Thema und die vielfältigen Ansichten und die Prämissen jeder Ansicht zur Verfügung steht.

1. Hauptverantwortung, vergleichbar mit dem „Sprecher des Hauses“ in den Parlamenten der Welt. Er ist nicht derjenige, der seine Meinung kundtut, sondern derjenige, der die unzähligen Meinungen der Teilnehmer zusammenführt. Erhöhung des Niveaus der Debatte.
2. Verwandeln Sie die Voruntersuchung von einem stundenlangen in einen sekundenschnellen Prozess.
3. Machen Sie den Lösungsfindungsprozess zum Spiel.
4. Zeichnen Sie die divergierenden Argumentationsbereiche auf.
5. Faktenüberprüfung in Echtzeit

6) NEBENEFFEKTE: Die Reise des Vertrauens und des Wissens ist die Mühe wert, die man auf dem Weg zum Konsens auf sich nimmt

Obwohl wir als junge Organisation das Ziel verfolgen, bei einigen der schwierigsten Probleme der Menschheit einen Konsens zu erzielen, ist das Nebenprodukt ebenso lohnend. Die New Delhi Shapers' Focus Group hat herausgefunden, dass bei jeder Debatte, die mit einem klaren Ja/Nein beginnt, jeder im Laufe des Prozesses irgendwo bei „Kommt drauf an“ landet.

Außerdem

1. Vertrauen aufbauen: Wir erkennen, dass die „andere Seite“ nicht seltsam oder verrückt ist. Die Entdeckung zeigt eine Menge Gemeinsamkeiten, während wir uns mit dem Thema auseinandersetzen.
2. Mehr Wissen: Wir vertiefen uns und lernen als Nebenprodukt des LLM mehr Fakten und Zusammenhänge kennen, anstatt sie von oben herab durch die Regulierungsbehörde durchzusetzen.
3. Stärkere Überzeugung: Wir schärfen unsere Überzeugungen für die Ansichten, die wir vertreten, wenn sie den Argumenten anderer standhalten.
4. Schaffung einer Kultur des Engagements: Die Teilnehmer an diesem Projekt führen keine Show auf, sie bilden sich ihre eigene Meinung. Daher wird das Zögern, die eigene Meinung zu äußern, um politisch korrekt zu erscheinen, direkt in Frage gestellt. Es handelt sich um eine tiefgreifende Analyse der Lösungsfindung für Probleme. Da man nicht von außen beurteilt wird, unterstützt der Glaube an die Privatsphäre und die Freiheit, seine Meinung zu äußern, die dringende Notwendigkeit eines Engagements für Partnerschaften für die 17 Ziele.

7) Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

Wenden Sie sich an ishanpratapsingh14@gmail.com oder gscnewdelhicurators@gmail.com, um weitere Informationen zu erhalten.

«Wir müssen das, was wir denken, sagen. Wir müssen das, was wir sagen, tun. Wir müssen das, was wir tun, dann auch sein.»

Alfred Herrhausen

Nika Ristić, Natalia Parlov

DAS SDG ERASMUS CAFÉ: EIN WEG ZUR FREIHEIT DURCH BILDUNG UND ZUSAMMENARBEIT

In einer Zeit, in der die Welt zunehmend von Komplexität und globalen Herausforderungen geprägt ist, stellt sich die Frage: Wie können wir nicht nur die großen globalen Probleme angehen, sondern gleichzeitig auch individuelle Freiheiten fördern? Ist es möglich, in einer Welt, die von Klimawandel und sozialer Ungleichheit bedroht ist und vor wirtschaftlichen Herausforderungen steht, einen Raum zu schaffen, der sowohl die individuelle Entfaltung als auch den kollektiven Fortschritt unterstützt? Hier kommt das Konzept des SDG Erasmus Cafés ins Spiel – ein Ort, der darauf abzielt, Bildung, Kreativität und gemeinschaftliches Engagement zu vereinen, um sowohl auf lokaler als auch globaler Ebene positive Veränderungen herbeizuführen. Doch wie genau trägt dieses Café zur Förderung von Freiheit bei und inwiefern kann es das traditionelle Verständnis von Bildung und Zusammenarbeit revolutionieren?

Das SDG Erasmus Café und seine Ziele

Das SDG Erasmus Café ist mehr als nur ein physischer Raum für Diskussionen und Vorträge – es ist ein lebendiger Knotenpunkt für Zusammenarbeit, Austausch und Innovation. Gegründet, um die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals) zu fördern, bietet das Café jungen Menschen die Möglichkeit, sich aktiv an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu beteiligen. Der Fokus liegt auf Bildung, Innovation, Inspiration und der Schaffung nachhaltiger Gemeinschaften. Das SDG Erasmus Café zielt darauf ab, Menschen zusammenzubringen, die sich für Themen wie Klimaschutz, Bildung, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand engagieren.

Dabei geht es nicht nur darum, theoretische Kenntnisse zu erlangen, sondern auch praktische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Die Grundidee des Cafés ist es, junge Menschen in den letzten Schuljahren sowie Studierende mit Experten, Führungskräften und Gleichgesinnten aus verschiedenen Bereichen zusammenzubringen, um gemeinsam Ideen zu entwickeln, die über das traditionelle Bildungssystem hinausgehen. Aufgrund des offenen Austauschs mit Gleichgesinnten, Experten und Mentoren wird das Selbstbewusstsein gestärkt und das Gefühl vermittelt, dass jeder Einzelne in der Lage ist, Veränderungen herbeizuführen. Durch regelmäßige Treffen, Vorträge und Workshops wird das SDG Erasmus Café zu einem Ort der Inspiration und des Austauschs, an dem kreative Ansätze gefördert und innovative Lösungen erarbeitet werden.

Ein zentraler Bestandteil des Cafés ist die Schaffung eines Netzwerks von Erasmus-Cafés in verschiedenen Städten weltweit. Dieses Netzwerk soll es den Teilnehmenden ermöglichen, sich über Ländergrenzen hinweg

Inspiriert von den globalen SDGs: Die Ziele des SDG Erasmus Cafés in Kronberg

auszutauschen, voneinander zu lernen und gemeinsam an der Umsetzung der SDGs zu arbeiten. Darüber hinaus bietet das Café den Teilnehmenden Zugang zu internationalen Veranstaltungen wie der SDG Summer University und dem SDG Lab in Davos, wo sie ihre Ideen präsentieren und sich mit führenden Experten vernetzen können. Ziel ist es, nicht nur das Wissen der Teilnehmenden zu erweitern, sondern ihnen auch die Werkzeuge und Ressourcen an die Hand zu geben, die sie benötigen, um ihre Ideen in die Tat umzusetzen.

Bildung und Weiterdenken im SDG Erasmus Café: Der Schlüssel zu Freiheit und Innovation

Ein zentrales Anliegen des SDG Erasmus Cafés ist die Förderung von Bildung und kritischem Denken. Doch anders als im traditionellen Schulsystem, das oft auf die reine Reproduktion von Wissen abzielt, bietet das Café einen Raum für freieres, kreativeres Denken. Hier wird nicht nur vermittelt, „wie man denkt", sondern auch „was man denkt" wird hinterfragt. Dies steht im Gegensatz zu dem Problem der eingeschränkten Denkmuster, die durch übermäßige Wiederholungen im traditionellen Unterricht entstehen. Statt sich nur auf ein oder zwei Perspektiven zu konzentrieren, fördert das SDG Erasmus Café eine Vielfalt an Ansätzen und ermöglicht es den Teilnehmenden, neue Ideen zu entwickeln und sich mit komplexen Problemen auf kreative Weise auseinanderzusetzen.

Im Gegensatz zur Schule, die oft durch rigide Strukturen und ein festgelegtes Curriculum begrenzt ist, bietet das SDG Erasmus Café eine Umgebung, in der die Teilnehmenden ihre eigenen Interessen und Leidenschaf-

Schülerinnen und Schüler der Altkönigschule haben das SDG Erasmus Café in Kronberg gegründet.

ten verfolgen können. Der Fokus liegt hier nicht nur auf dem Erwerb von Wissen, sondern darauf, dieses Wissen in die Praxis umzusetzen. Es ist ein Ort, an dem Ideen nicht nur diskutiert, sondern auch verwirklicht werden. Diese Umsetzungsmöglichkeit ist es, die das SDG Erasmus Café von herkömmlichen Bildungseinrichtungen abhebt. Während Schüler in der Schule oft das Gefühl haben, lediglich für Prüfungen zu lernen und wenig Raum für kreative Entfaltung zu haben, bietet das Café eine Plattform, auf der sie aktiv an Projekten arbeiten können, die reale Auswirkungen auf ihre Gemeinschaften und die Welt haben. Hier gibt es keine Noten oder standardisierten Tests, die den Lernprozess einschränken könnten.

Das SDG Café als Raum für freie Entfaltung

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Cafés ist seine Rolle als Ort der Inspiration und der Selbstentfaltung. Während das traditionelle Bildungssystem oft darauf ausgelegt ist, Schüler auf vorgegebene Wege zu führen, bietet das Café die Möglichkeit, diese Wege zu hinterfragen und neue Richtungen einzuschlagen. Es ist ein Raum, der von den Ideen der Teilnehmenden lebt, ein Raum, in dem Visionen geboren und verwirklicht werden können.

Diese Freiheit ermöglicht es den Teilnehmenden, über die Grenzen des herkömmlichen Denkens hinauszugehen. Sie werden ermutigt, über den Tellerrand zu blicken und neue Ansätze für die Lösung von Problemen zu entwickeln. Dabei spielen nicht nur intellektuelle Fähigkeiten eine Rolle, sondern auch soziale und kreative Kompetenzen. Das Café bietet die Möglichkeit, diese Fähigkeiten in einem unterstützenden und mehrperspektivischen Umfeld zu entwickeln und anzuwenden, was zu einer tieferen und umfassenderen Bildung führt.

Ein Beispiel für diese Freiheit und Inspiration, die das Café bietet, ist die Möglichkeit, mit Menschen aus verschiedenen Bereichen und Kulturen sowie Altersgruppen zusammenzuarbeiten. Die Vielfalt der Teilnehmenden und die Vielzahl der Perspektiven führen zu einem reichen Austausch von Ideen und Erfahrungen. Dies ermöglicht es den Teilnehmenden, nicht nur ihre eigenen Fähigkeiten zu verbessern, sondern auch neue Denkweisen zu erlernen und anzuwenden.

Die Bedeutung von Praxisnähe und Handlungsmöglichkeiten

Das SDG Erasmus Café ermöglicht es den Teilnehmenden, das Gelernte direkt anzuwenden. Sie arbeiten an realen Projekten, die nicht nur theoretisch sind, sondern konkrete Ergebnisse liefern.

Diese Praxisnähe trägt dazu bei, das Verständnis für die SDGs zu vertiefen und gleichzeitig die Fähigkeit zu fördern, Lösungen für echte Probleme zu entwickeln. Die Teilnehmenden lernen, wie sie ihre Ideen in die Realität umsetzen können – sei es durch die Gründung eines sozialen Unternehmens, die Entwicklung nachhaltiger Technologien oder die Umsetzung lokaler Gemeinschaftsprojekte. Durch diese unmittelbare Anwendbarkeit des Gelernten entsteht ein tieferes Verständnis der behandelten Themen und eine stärkere Verbindung zwischen Theorie und Praxis.

Die Ideen und die Handlungsmotivationen sind oft in einer Stadt verteilt, sodass sich das mögliche Potenzial verläuft. Viele wissen von bestimmten Initiativen gar nicht. Ein Café, dass ein Treffpunkt für alle Initiativen bietet kann diese Problematik ändern. Zudem wird das Gefühl, gehört zu werden und etwas bewirken zu können, gestärkt. Das SDG Café bietet einen Raum, in dem jede Stimme zählt und Ideen nicht nur gehört, sondern auch ernst genommen und gefördert werden.

Hoffnung und Freiheit durch das SDG Erasmus Café

Das SDG Erasmus Café zeigt, dass Freiheit nicht nur durch das Streben nach individueller Unabhängigkeit, sondern auch durch gemeinschaftliches Engagement und Zusammenarbeit erreicht werden kann. Es bietet eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft – eine Zukunft, in der Bildung nicht nur dazu dient, Wissen zu reproduzieren, sondern um kreative Lösungen für die komplexen Probleme der Welt zu entwickeln. In diesem Sinne ist das SDG Erasmus Café ein Leuchtturm der Freiheit und des Fortschritts, der jungen Menschen die Möglichkeit gibt, ihre Welt zu gestalten und gleichzeitig ihre eigene Freiheit zu finden.

Bücher, die auf das Forschungsprojekt Einfluss hatten (Auswahl):

Arendt, Hannah: **Die Freiheit, Frei zu sein**; *DTV*
Balzer, Jens: **After Woke**; *Mathies & Seitz*
Beecher-Stowe, **Harriet: Onkel Toms Hütte**; *DTV*
Bonhoeffer, Dietrich: **Widerstand und Ergebung**; *Gütersloher Verlagshaus*
Bong, Jörg: **Die Flamme der Freiheit**; *Kiepenheuer & Witsch*
Dievernich, Frank E.P. et al: **Demokratie gestalten – Eine Aufforderung zum Handeln**; *FAZ*
Druyen, Thomas/Mangel, Valeska: **Aus der Zukunft lernen**; *Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft*
Eilenberger, Wolfgang: **Feuer der Freiheit – Die Rettung der Philosophie in finsterer Zeit 1933–1943**; *Klett-Cotta*
Franck, Anne: **Das Tagebuch der Anne Franck**; *Fischer*
Guérot, Ulrike: **Wer schweigt, stimmt zu**; *Westend*
Höffe, Otfried: **Den Staat braucht selbst ein Volk von Teufeln**; *Reclam*
Höffe, Otfried: **Die hohe Kunst des Verzichts**; *C.H. Beck*
Höffe, Otfried: Ist **Gott demokratisch? Zum Verhältnis von Demokratie und Religion**; *Hirzel*
Höffe, Otfried: **Kritik der Freiheit – Das Grundproblem der Moderne**; *C.H. Beck*
Höffe, Otfried: **Was hält die Gesellschaft noch zusammen?**; *Kröner*
Hübl, Philipp: **Moralspektakel: Wie die richtige Haltung zum Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht**; *Siedler*
Jonas, Hans: **Organismus und Freiheit – Ansätze zu einer philosophischen Biologie**; *Vandenhoeck*
Kant, Immanuel: **Ausgewählte kleine Schriften**; *Meiner*
Mau, Steffen: **Ungleich vereint – Warum der Osten anders bleibt**; *Edition Suhrkamp*
Mittelsten Scheid, Jörg: **Die verblassende Demokratie**; *FAZ*
Newman, Karl J.: **Die Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie – Europa 1918–1938**; *Kiepenheuer & Witsch*
Nida-Rümelin, Julian: **Cancel-Culture – Ende der Aufklärung?**; *Piper*
Noelle-Neumann, Elisabeth: **Die Schweigespirale**; *Piper*
Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas: **Alle, nicht jeder**; *DTV*
Orwell, George: **1984**; *Diogenes*
Orwell, George: **Farm der Tiere**; *Diogenes*
Oschmann, Dirk: **Der Osten: eine westdeutsche Erfindung**; *Ullstein*
Rhue, Morton: **Die Welle**; *Ravensburger*
Safranski, Rüdiger: **Einzeln Sein. Eine philosophische Herausforderung**; *Hanser*
Schatz, Roland (Hrsg): **Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland – Analysen und Vorschläge für die Zeit nach Corona**; *InnoVatio*
Stelzer, Tanja: **Und plötzlich ist die Welt eine andere – Sternstunden der Menschheit**; *C.H. Beck*
Stirner, Max: **Der Einzige und sein Eigentum**; *Reclam*
Swift, Jonathan: **Gullivers Reisen**; *Anaconda*
Vasconcelos, Jose Mauro de: **Mein kleiner Orangenbaum**; *Unionsverlag*
Weil, Simone: **Von der Schwierigkeit, den Kopf zum Himmel zu heben**; *Westend*
Winkler, Heinrich August: **Wie wir wurden, was wir sind**; *C.H. Beck*

LITERATUR

Prof. Dr. Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Halle-Dessau, lehrt seit zwanzig Jahren Volkswirtschaftslehre (insbes. Wirtschaftspolitik, Wettbewerbspolitik und Kartellrecht, Geschichte des ökonomischen Denkens) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Prof. Dr. Daniel Cassino ist ein amerikanischer Politikwissenschaftler, Historiker und Umfrageanalyst. Seine Schriften über Politik, Umfragen und Gender wurden in wichtigen Medien wie der Harvard Business Review, Le Monde und der Washington Post veröffentlicht.

Prof. Dr. Otfried Höffe ist ein deutscher Philosoph, der insbesondere mit seinen Arbeiten zur Ethik, zu Aristoteles und zu Immanuel Kant bekannt geworden ist. Er leitet an der Universität Tübingen das Forschungszentrum für politische Philosophie. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen zählt das Buch „Was hält die Gesellschaft noch zusammen?“ (Alfred-Kröner-Verlag, Stuttgart 2021).

Greta Klotzki, 23 Jahre alt, studiert im Doppelbachelor Gesellschafts- und Politikwissenschaften an der SciencesPo Paris und der Freien Universität Berlin. In Berlin geboren und aufgewachsen, interessierte sie sich schon immer für Perspektiven und Geschichten anderer Menschen und Kulturen, für Musik und Kunst. Als Sängerin im Kinderchor der Staatsoper entdeckte sie früh die Magie des interkulturellen Musizierens in Ländern wie Italien, China und Vietnam, und entschied sich, mit 16 Jahren ein Austauschjahr in die USA zu machen. Nach ihrem Abitur zog es sie für einen freiwilligen Dienst nach Frankreich, wo sie ihr Studium begann und dieses nun in Berlin fortsetzt.

Peter Klotzki arbeitet seit 2019 als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe in Berlin. Dieser steht mit 59 Mitgliedsorganisationen für über sechs Mio. Menschen in den Freien Berufen, davon rund 1,5 Mio. Selbständige. Der Rechtsanwalt fand nach einer journalistischen Grundausbildung beim Bundeswehr-Hörfunk über Stationen als MdB-Mitarbeiter und in der FDP-Bundesgeschäftsstelle wie -Fraktion in die Interessenvertretung der Wirtschaft. Vom Zentralverband des Deutschen Handwerks über die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Gesamtmetall bis zum Verband der Zeitschriftenverleger ist er bis heute auch diesen Branchen verbunden. Seine Mission ist eine faire, funktionierende, demokratische Gesellschaft, die auch vom Kategorischen Imperativ bestimmt ist – Kollektivismus lehnt er ebenso ab wie eine rücksichtslose Überdehnung des Ichs. Der überzeugte Christ engagiert sich ehrenamtlich für viele soziale Projekte. Für seine Vorstellungen einer freien, fairen und funktionierenden Gesellschaft streitet er ebenso auf Podien wie mit Veröffentlichungen.

Carsten Knop, geboren 1969 in Dortmund. Praktikum in der Redaktion der „Westfälischen Rundschau“, anschließend freie Mitarbeit in Lokalredaktionen dieser Zeitung. Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster. 1993 folgte das Volontariat im Hause der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, daran schloss sich 1995 die erste Redakteursstelle an: Für die „Börsen-Zeitung“ stand schnell die Versetzung als Korrespondent nach Düsseldorf fest. Der Ortswechsel machte 1996 die Rückkehr in das Düsseldorfer Büro der F.A.Z. möglich, das schon die Außenstation des Volontariats gewesen war. Nach der Zeit in Düsseldorf Wirtschaftskorrespondent zunächst in New York und dann in San Francisco. Seit 2003 wieder in Frankfurt, viele Jahre Leiter der Unternehmensberichterstattung, später auch für Wirtschaftsnachrichten zuständig. Von Anfang 2018 bis März 2020 Chefredakteur für die digitalen Produkte. Seit April 2020 Herausgeber.

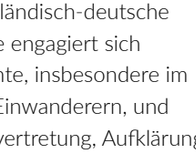
Prof. Dr. Dr. Kai A. Konrad ist Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen sowie Wissenschaftliches Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft und Honorarprofessor an der LMU München und der Freien Universität Berlin. Er war zuvor Universitätsprofessor im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft an der Freien Universität Berlin und Direktor am WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er ist Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften – Leopoldina und vier weiterer wissenschaftlicher Akademien. Seit 1999 ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen und war dessen Vorsitzender von 2011 bis 2014. 2023 wurde ihm die Ehrendoktorwürde an der Universität Basel verliehen.

Luisa Hellen Neuberger ist Schülerin der Altkönigschule Kronberg (Leistungskurse: Chemie und Politik & Wirtschaft – Abitur 2025) und engagiert sich in den Sustainable Development Goals (SDGs). Sie hat das Projekt MeCare-Stressmanagement im Schulalltag (SDG3) entwickelt und ist am Aufbau des SDG-Erasmus-Cafés Kronberg beteiligt. Luisa nahm unter anderem am SDG Lab in Davos (2024) und am SDG City Certification Hearing in Kronberg teil.

Günter Nooke ist studierter Physiker, postgradual ausgebildeter Arbeitsmediziner und war von 1995 bis 1998 Controller im größten Umweltsanierungsprojekt, der Rekultivierung der DDR-Braunkohlentagebaue und Industrieanlagen. Als ehemaliger DDR-Bürgerrechtler ging er 1990 in die Politik und leitete eine unabhängige Fraktion im Landtag Brandenburg. Er war von 1998–2005 Mitglied im Deutschen Bundestag, dort u.a. Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Kultur und Medien. Danach war Nooke Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und 2010 bis 2021 Persönlicher Afrikabeauftragter von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Im Jahr 2022 und 2023 arbeitete er für eine Global Health Company. Nooke ist Autor zahlreicher Artikel in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen und Herausgeber im Bereich Menschenrechte, Afrika und Entwicklungspolitik. Derzeit ist er als Berater tätig und bringt seine Erfahrungen als Beiratsmitglied der CHB Unternehmensgruppe im Themengebiet Internationale Beziehungen ein. Er beschäftigt sich auch mit grundsätzlichen Fragen der Wissenschaftstheorie.

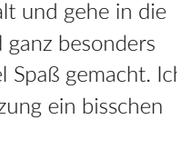
Natalia Parlov ist Schülerin der Altkönigschule Kronberg mit Leistungskursen Mathematik und Biologie. Sie nahm am SDG-Hearing in Kronberg im November 2023 sowie am viertägigen SDG Lab 2023 in Davos teil, ist in der SDG Arbeitsgemeinschaft aktiv und an der Eröffnung des SDG-Erasmus-Cafés in Kronberg beteiligt.

Dr. Thomas Petersen, geboren 1968 in Hamburg. Studierte 1987 bis 1992 an der Universität Mainz Publizistik, Alte Geschichte und Vor- und Frühgeschichte. 1993 Magister. Seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach, seit 1999 Projektleiter. 2001 Promotion. 2010 Habilitation an der Technischen Universität Dresden, seitdem Privatdozent an der TU. Past Präsident der World Association for Public Opinion Research (WAPOR). Jüngste Buchpublikationen: Der Fragebogen in der Sozialforschung. Konstanz: UVK 2014. Die Vermessung des Bürgers. Konstanz: UVK 2015. Ende des Aufruhrs. Wie die Deutschen mit sich selbst Frieden schlossen. Baden-Baden: Tectum 2017 (mit Tilman Mayer).



Amélie Petschner ist eine neuseeländisch-deutsche Australierin, die in Sydney lebt. Sie engagiert sich leidenschaftlich für Menschenrechte, insbesondere im Hinblick auf die Behandlung von Einwanderern, und möchte durch gezielte Interessenvertretung, Aufklärung und Recht einen positiven Unterschied bewirken. Amélie ist derzeit Schülerin der 12. Klasse und hat noch ein Schuljahr vor sich, bevor sie Jura und Politik studieren möchte, um die Wirkung zu erzielen, von der sie träumt. Als begeisterte Fechterin und engagierte Debattiererin kämpft sie ihre Gefechte mit ihrem Degen und mit ihren Argumenten. Sie betreibt den Blue Iris Channel auf TikTok, Instagram und YouTube – mit dem Ziel, junge Menschen für Politik und Jugendthemen zu begeistern.

Nika Ristić hörte zum ersten Mal von den SDGs, als sie in ihrem Auslandsjahr mit der Organisation High Seas High School über den Atlantik segelte. Bei den Landaufenthalten hat sie sich unter anderem angeschaut, wie jedes einzelne Land – von Europa bis Mittelamerika – die SDGs umsetzt. Zurück im normalen Schulalltag, fing sie an, sich in der SDG AG an der Altkönigschule Kronberg zu engagieren und sich für die Gründung des SDG-Erasmus-Cafés einzusetzen.



Annabelle Schatz: Ich bin 10 Jahre alt und gehe in die 5. Klasse. Ich mag Mathe, Musik und ganz besonders Tiere. „Girls helping Girls“ hat mir viel Spaß gemacht. Ich bin froh, dass wir mit aller Unterstützung ein bisschen helfen konnten.

Michelle Schatz: Ich bin 13 Jahre alt, introvertiert und mag die Natur. Menschen und ihr Verhalten faszinieren mich.

Roland Schatz, geboren 1965 in Bielefeld. Studierte 1984 bis 1997 an den Universitäten Fribourg/CH sowie Bonn Philosophie, Geschichte, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. 1985 Gründung des InnoVatio Verlags, 1993 Gründung von Media Tenor, 2014 Gründung der UNGSII Stiftung. Von 2013 bis 2019 war er Senior Advisor für den UN General Direktor in Genf und seit 2020 in gleicher Funktion für die Chefin des Climate Investment Fonds in Washington. 2020 wurde er von Papst Franziskus in die Covid-19-Kommission berufen.

Jüngste Publikationen: Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland. Zürich: 2021. Kann ein Blinder einem Blinden den Weg weisen? In: Das Corona Brennglas – Demokratie und Ökonomie nach der Pandemie. Edmund Stoiber & Bodo Hombach (Hg.). Baden-Baden: 2021.

Prof. Dr. Ralph Erich Schmidt, geboren 1964 am Bodensee. Studierte Rechtswissenschaft und Psychologie an den Universitäten Zürich und Genf. Fortbildung in Psychotherapie in Genf, Paris und New York. Derzeit Titularprofessor für klinische Psychologie an der Universität Genf und Psychotherapeut an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Grossneffe von Elisabeth Noelle-Neumann, Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Demoskopie Allensbach.

Jüngste Buchpublikation: Fred von Hoerschelmann/Elisabeth Noelle-Neumann: Briefwechsel. Göttingen: Wallstein 2021 (mit Hagen Schäfer).

Ishan Pratap Singh ist Kurator (2024–25) des Global Shapers Community's New Delhi Hub, eines der ältesten Hubs der Welt des Under-30-Netzwerks von Innovatoren, Aktivisten und Changemakern beim Weltwirtschaftsforum. Dies ist die wichtigste Plattform für junge Menschen unter 30 Jahren, die die größten Probleme der Gesellschaft außerhalb ihres Berufs lösen wollen, indem sie als echte Verbindungsglieder fungieren. Mit 21 Jahren ist er einer der jüngsten Kuratoren der Welt und hat Erfahrung in der Konzeption und Leitung von MECE-Projekten (Mutually Exclusive Collectively Exhaustive), die erfolgreich durchgeführt wurden und zu konstruktiven Ergebnissen für die Gesellschaft führten. Ishan ist der Gründer von Cooperation17, einer neuen Non-Profit-Organisation, die sich darauf konzentriert, mit Hilfe der Technologie der Vierten Industriellen Revolution Debatten in Diskussionen über die 17 SDGs zu verwandeln. Ishan hat einen Abschluss in Wirtschaft und Finanzen sowie unternehmerische Führung und Strategie von der Ashoka University mit einem Zeugnis und Abschlusspunkten für Sommerkurse in Unternehmensstrategie von der London School of Economics.

Evan Ralph Wright ist in den Vereinigten Staaten aufgewachsen und wohnt seit 2017 in Deutschland. Er ist Gymnasiast an der Altkönigschule Kronberg mit den Leistungskursen Politik & Wirtschaft und Englisch. Er engagiert sich seit Jahren bei gemeinnützigen, nachhaltigkeitsorientierten Organisationen wie der Tafel. 2022/23 war er Schulsprecher und ist weiterhin in der Schülerverwaltung aktiv. 2023 nahm er am SDG City Certification Hearing in Kronberg teil, 2024 am SDG Lab in Davos. Er ist Mitinitiator des SDG-Erasmus-Cafés Kronberg.

Layout, Satz, Redaktion:
Matthias Münch, Waltershausen

© InnoVatio Verlags AG, Zürich 2024
Originalausgabe
Alle Rechte vorbehalten

INNOVATIO
Data Driven Solutions

InnoVatio entstand 1985 als Angebot für alle, die interdisziplinäre Lösungen suchten. Eine neue Form von Dialog von Regierungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien als sogenannter „Runder Tisches“ entstand in den Schweizer Alpen. Als „Verlag für die denkende Hand“ erhielten Autoren neben der Plattform für ihre Ideen, die in der gleichnamigen Zeitschrift oder als Buch ihre Verbreitung fanden, zudem über Seminare wie der Zukunftswerkstatt „Freiburger Gespräche“ einen Resonanzboden, damit aus Chancen Wirklichkeiten wurden. Neue Ausbildungskonzepte entstanden, die in Flensburg, Karvina, Koblenz oder Witten Realität wurden. Neue Formen der Arbeitswelt in Gestalt von Technologie-Parks wurden in Dresden und Ostrava eingeführt. Im Schloss Glücksburg begegneten sich seit 1988 an der Kultur-Management-Akademie Wirtschaft und Kultur, um voneinander zu lernen. Zwischen 1987 und 1990 bot InnoVatio denen in Ungarn, Tschechien und der ehemaligen DDR eine geistige Heimat, die auf der Suche nach einem Dritten Weg keine billigen Lösungen hinnehmen wollten. Nach 1989 entwickelte InnoVatio gemeinsam mit Prof. Elisabeth Noelle-Neumann und Kollegen das Forschungsinstitut Media Tenor.

Da Medien (off- und später auch online) eine Schlüsselrolle in Veränderungsprozessen einnehmen, wurden ab 1994 Wirkungsmechanismen tagesaktuell erfoscht und mit im Rahmen der Internationalen Agenda Setting Conference diskutiert. Nach den Terroranschlägen von 9/11 2001 wurde InnoVatio vom World Economic Forum gebeten, den Annual Dialog Report zu konzipieren: Die Bereitschaft von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen sollte kontinuierlich erfasst und Lösungsmodelle für ein verbessertes gegenseitiges Verständnis entwickelt werden. Für Unternehmen wurden praktische Lösungen wie die Reputationsschutzversicherung oder Kommunikations-Cockpits auf den Markt gebracht. Für Wissenschaftler entstanden Indices wie das FAZ-Ökonomen-Impact-Ranking. Für die UN wurde mit dem Perception Change Programm sowie den Unlearning Intolerance Masterclasses und der UNGSII-Stiftung Formate geschaffen, die Erfahrungen der 80iger Jahre weltweit zu teilen. Auch nach 30 Jahren bleibt InnoVatio offen für Autoren, die ihre Ideen weltweit diskutiert und umgesetzt sehen wollen.

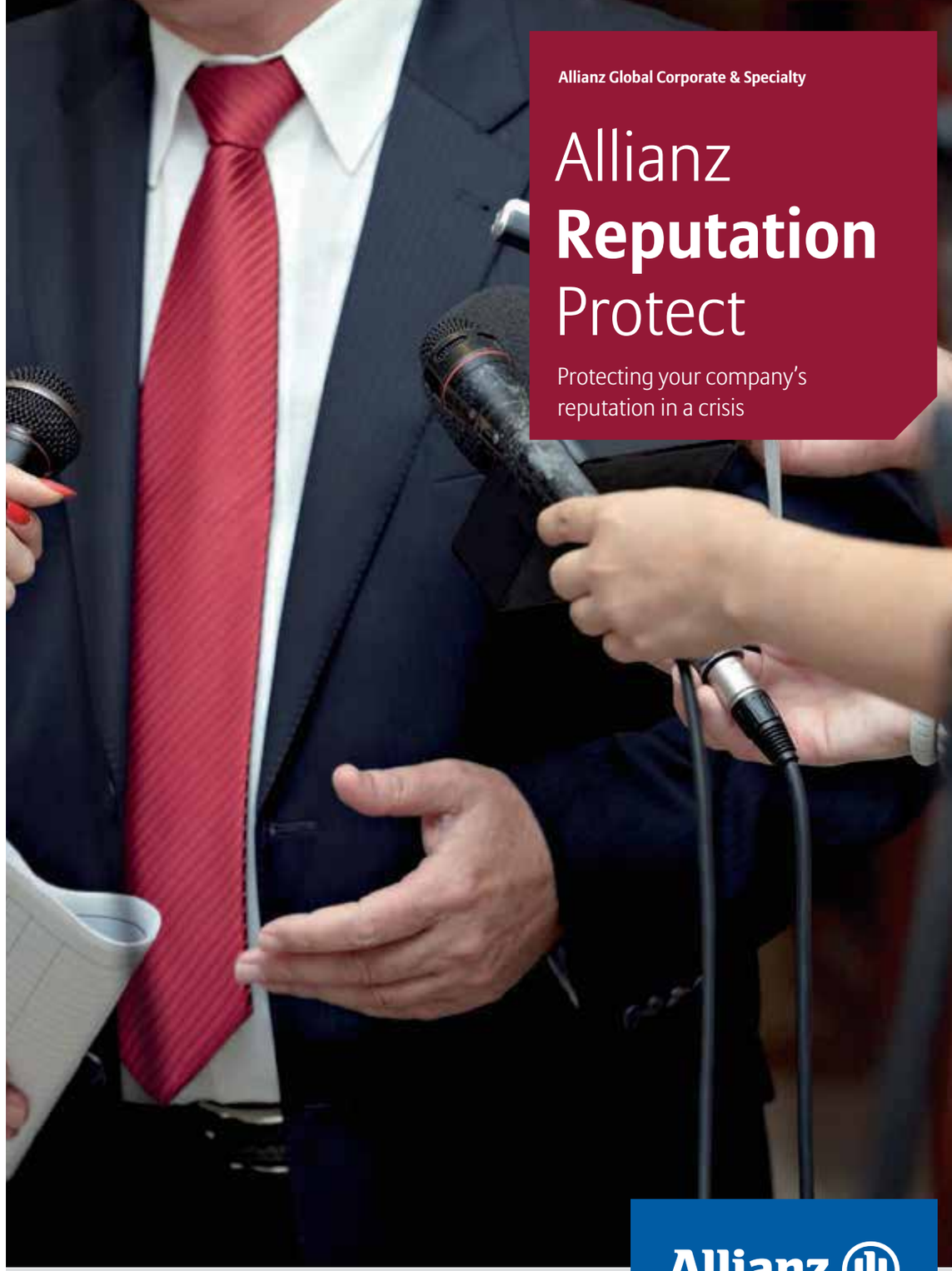
MediaTenor
strategic media intelligence

MEDIA TENOR wurde 1993 von Wissenschaftlern wie Peter Glotz, Hans Mathias Kepplinger, Wolfgang Donsbach and Hartmut Schiedermair und Journalisten auf Initiative von Elisabeth Noelle-Neumann und Roland Schatz in Bonn gegründet. MEDIA TENOR verfolgt seit dieser Zeit das Ziel, die Inhalte der Leitmedien im In- und Ausland Tag für Tag mit jedem Beitrag intersubjektiv nach Thema, Zeit- sowie Ortsbezug als auch Quellen und Bewertungen tagesaktuell wissenschaftlich zu erfassen. Dank dieses weltweit einmaligen Ansatzes konnten die Researcher von Media Tenor gemeinsam mit anderen Instituten im In- und Ausland die Agenda-Setting-Forschung um die Definition der Wahrnehmungsschwelle bereichern und zudem Medien-Impakt-Analysen vorantreiben. Seit 1995 wird für Redaktionen anhand des Media Tenor Zitate-Rankings eine Datenbank zur Qualitätssicherung im Bereich exklusive Inhalte zur Verfügung gestellt. 2013 hat Media Tenor mit Partnern das FAZ-Ökonomen-Ranking konzipiert und damit beigetragen, die Sichtbarkeit und Vielfalt von Experten der Wirtschaftswissenschaften in der Berichterstattung von 0,7 Prozent in 2013 auf mittlerweile 5 Prozent zu erhöhen.

Auf dieser Grundlage konnte zum Beispiel die Allianz Versicherung ein Produkt zur Reputationsversicherung weltweit auf den Markt bringen, Studien zum besseren Verständnis von Einflussfaktoren auf die Impf(un) willigkeit von Menschen konnten europaweit 2013 für die EU durchgeführt werden und nach 9/11 wurde gemeinsam mit dem World Economic Forum der Annual Dialog Report for Religions and Values konzipiert und umgesetzt.

Das Shorenstein Center der Harvard Kennedy School mandatiert seit 2004 für ihre Analysen zu den Einflussfaktoren auf das Wählerverhalten während der US-Präsidentschaftswahlen Media Tenor mit den kontinuierlichen Medien-Analysen. Seit Gründung hat das Forschungsinstitut über 1000 wissenschaftliche Arbeiten im In- und Ausland unterstützt. Ein besonder Schwerpunkt liegt seit 1998 in der gemeinsamen interdisziplinären Forschung, inwieweit künstliche Intelligenz auf dem Gebiet der qualitativen Texterkennung valide Lösungen anzubieten vermag.

www.mediatenor.com | www.agendasetting.com



Allianz Global Corporate & Specialty

Allianz **Reputation** Protect

Protecting your company's reputation in a crisis

Allianz

Heute ist Morgen schon Gestern

So wie die Augen nicht nur die Funktion haben, uns das Andere erkennen zu lassen, bieten sie den Anderen Chancen, unser Inneres zu erkennen: Diagnostik-Experten sehen präzise, wie es um unsere inneren Organe bestellt ist. Aufmerksamen bieten sie Indikatoren, wie es um unser Selbst bestellt ist.

Da mit dem Freiheitsindex 2024 die Deutschen erstmals wieder ihr Lager der Selbst-Bewussten gestärkt sehen, haben wir die Farbe des Umschlages von braun auf grün gewechselt. Und zu den Daten aus der Meinungsforschung sowie der Medienwirkungsanalyse teilen Menschen aller Generationen ihre Beobachtungen und Erfahrungen, warum sie sich nun wieder mehr trauen, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Oder eben nicht.

Mit 47:41 Prozent ist die Trendwende gelungen. Von den Werten direkt nach dem Fall der Mauer sind die Deutschen aber noch weit entfernt: Damals bekannten sich 78 Prozent zum Lager «Zuversicht» und nur 16 Prozent gaben an, sich im Lager «Vorsicht» sicherer zu fühlen. Das aktuelle Ergebnis kann das Land Martin Luthers also nicht zufrieden stellen. Daher sind in diesem Jahresband auch erstmals Leuchttürme sichtbar, die positive Entwicklung verstetigen können.

> «Noch nie gab es in der Bundesrepublik so große Bedenken, politische Meinung frei zu artikulieren. Nur Anhänger der Grünen sind noch von der Meinungsfreiheit überzeugt.»
> David Rech, Die Zeit, 20.12.23

«Die Freiheitssehnsucht der Deutschen nimmt zu, ihr subjektives Freiheitsempfinden nimmt ab.»
Susanne Gaschke, Neue Züricher Zeitung, 20.12.23

> «Die Erkenntnis, dass fast ausschließlich Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und dabei Unternehmer mit ihrem Geld voll ins Risiko gehen, kommt in den Medien nur noch unter der Wahrnehmungsschwelle vor.»
> Thomas Siegmund, Handelsblatt, 20.12.23

InnoVatio Verlag, Zürich
24,90 EUR/CHF